



Dr. Otto Wiesheu:

Klares Bekenntnis zum Transrapid

„Die Staatsregierung steht voll hinter einer Magnetbahnstrecke in München“, betonte der Wirtschaftsminister beim Transrapid-Symposium 2005. **Seite 4**



Dr. Günther Beckstein:

Steuereinnahmen der Kommunen steigen wieder

Wie Bayerns Innenminister im Kabinett berichtete, lagen die Einnahmen im ersten Halbjahr 2005 um elf Prozent über dem Vorjahresergebnis. **Seite 4**



Armin Grein:

40 Jahre Bundesverband Freie Wähler

Bei einem Festakt bezeichnete der Bundesvorsitzende seine Partei als „Mitstreiter beim Aufbau der Demokratie und Anwalt der Kommunen“. **Seite 2**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 6. Oktober 2005

56. Jahrgang / Nummer 19

Kommunale am 19. und 20. Oktober 2005:

Virtuelle Behörde Partner in Nürnberg

Tagung und Fachmesse für Kommunalbedarf

Der Bayerische Gemeindetag lädt zum vierten Mal zur Kommunale ein. Am 19. Oktober 2005 öffnet Bayerns größte Fachmesse für Kommunalbedarf, zwei Tage lang im Messezentrum Nürnberg ihre Tore. Erstmals ist die Bayerische Gemeindezeitung mit ihrer Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung, der „Virtuellen Behörde“, die bereits zum neunten Mal durchgeführt wird, Partner der Messe in der Frankenmetropole.



Angesichts der angespannten finanziellen Situation in den Kommunen sind neue, effiziente Lösungen und Konzepte gefragt, mit denen Einsparungen erzielt werden können. Wichtiger denn je ist derzeit für Vertreter von Städten und Gemeinden der Erfahrungsaustausch mit Kollegen. Die Kommunale ist das ideale Informations- und Dialogforum für Bürgermeister, Ge-

schäftsstellenleiter, aber auch Stadt- und Gemeinderäte. Parallel zur Fachmesse organisiert der Bayerische Gemeindetag zusammen mit dem Verband kommunaler Unternehmen und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund ein umfangreiches und interessantes Kongressprogramm.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl erwartet hochrangige Politiker zu der Veranstaltung. Ihr Kommen zugesagt haben die Staatsminister Dr. Günther Beckstein, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, Josef Miller, Christa Stewens und Dr. Otto Wiesheu.

„Wir hoffen, dass es nach den vorgezogenen Bundestagswahlen mit der neuen Bundesregierung und dem neuen Bundestag gelingt, unser Land fit zu machen in einer globalisierten Welt und damit für einen internationalen Wettbewerb“, schreibt Brandl in seinem Grußwort.

Weitere Details zur Kommunale und den Foren finden Interessierte im Internet unter www.bay-gemeindetag.de und unter www.kommunale.de. Das Programm der „Virtuellen Behörde“ ist nochmals etwas erweitert. Aussteller und Themen werden im Internet permanent unter www.gemeindezeitung.de aktualisiert.



Faire Partnerschaft zu soliden Konditionen: Bayerns Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl (links) und Dr. Peter Deml, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG.

Rahmenverträge zur Strombelieferung unterzeichnet:

Faire Partner solide Verträge

Gemeindetag baut auf E.ON Bayern

„Ich habe Einsicht in alle Kalkulationsunterlagen von E.ON Bayern erhalten“, versicherte Bayerns Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl anlässlich der Vorstellung des Rahmenvertrags zur Strombelieferung der Kommunen. Neben den günstigen Konditionen, die der kommunale Spitzenverband aushandeln konnte, waren es nach Brandls Worten vor allem die hohe Fachkompetenz und die menschliche Zuverlässigkeit von E.ON Bayern-Vorstand Dr. Peter Deml, die das Vertragswerk gelingen ließen.

Nach Angaben des bayerischen Energiedienstleisters E.ON Bayern haben sich bereits etwa 95 Prozent aller bayerischen Kommunen im Vertriebsgebiet des Energiedienstleisters für eine Strombelieferung durch E.ON Bayern ab dem Jahr 2006 ent-

schieden. Seit dem Jahr 2000 erfolgt die Stromlieferung von E.ON Bayern an rund 1.200 Kommunen über eine Rahmenvereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden. „Aufgrund des großen Erfolgs haben wir die Rahmenvereinbarung bis einschließlich 2009 verlängert“, erklärte Deml, im Rahmen einer Pressekonferenz.

Zugleich erläuterte er die Eckdaten der Rahmenvereinbarung: „Jeder Kommune steht es frei, der ab 2006 gültigen Rahmenvereinbarung beizutreten. Es besteht keine Verpflichtung dazu. Der Rahmenvertrag ist lediglich ein Angebot. Wer davon Gebrauch macht, kann jährlich aussteigen.“ Dass das E.ON Bayern-Angebot wettbewerbsfähig sei, zeige das Beispiel der Stadt Weiden. In einer europaweiten Ausschreibung habe man sich mit den Konditionen der Rah-

menvereinbarung durchgesetzt und erneut den Zuschlag für die Strombelieferung ab 2006 erhalten. „Das kommt nicht von ungefähr. Gemessen am heutigen Marktniveau bietet der Rahmenvertrag sensationell niedrige Preise. Man kann den Verbänden nur gratulieren. Sie haben zum Jahresbeginn 2005 einen optimalen Beschaffungszeitpunkt gewählt. Damals lagen die Preise um gut 20 Prozent unter dem Niveau von heute“, so Deml.

Energiesparfonds

Den Erfolg erklärt der Vorstandsvorsitzende ferner mit weiteren Besonderheiten der Rahmenvereinbarung: „Die Vereinbarung garantiert letztlich einen festen Preis bis einschließlich 2009. In den Jahren ab 2007 steigt der Preis zwar um jährlich rund zwei Prozent. Die damit verbundenen Erlöse wandern aber - und das ist ein absolutes Novum - in einen Zehn-Millionen-Euro-Fonds. Aus diesem Fonds können die Kommunen Mittel abrufen, um Energiesparmaßnahmen durchzuführen.“ Ein Beispiel: Eine Kommune mit 15.000 Einwohnern modernisiert ihre Straßenbeleuchtung. Dafür bekommt sie aus dem Fonds 28.000 Euro. Mit dieser Investition spart sie beim Betrieb der Straßenbeleuchtung rund 6.000 Euro pro Jahr. „Wir wollen mit diesem einmaligen Fonds eine Initialzündung für Energiesparmaßnahmen geben“, begründen Deml und Brandl das vereinbarte ökologische Engagement. Weitere Informationen unter www.eon-bayern.com.

Bayerische Landkreise:

Forderungskatalog an neuen Bundestag

Mehr Verantwortung für die Kommunen bei der Umsetzung der Arbeitsmarktreform Hartz IV forderte der Bayerische Landkreistag bei einer Pressekonferenz in München. „Geradezu unerträglich“ nannte Präsident Theo Zellner die nach wie vor in weiten Teilen vorhandenen Vollzugsprobleme bei Hartz IV/SGB (Sozialgesetzbuch) II. Dabei, so der Chamer Landrat, könnten die Landkreise für sich in Anspruch nehmen, gute Arbeit zu leisten. Verbesserungen seien nicht nur notwendig, sondern auch möglich: „Unser Ziel könnte einfacher erreicht werden, wenn wir über klare Zuständigkeiten verfügen“, betonte Zellner.

Er wies darauf hin, dass mit Hartz IV/SGB II eine im Grundgesetz nicht vorgesehene Mischverwaltung geschaffen worden sei: „Die Zuständigkeitsaufspaltung zwischen den Agenturen für Arbeit einerseits und den Landkreisen und kreisfreien Städten andererseits darf nicht dauerhaft aufrecht erhalten bleiben. Sie schafft unlösbare Probleme, steht einer klaren Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung entgegen und widerspricht auch noch der Verfassung.“ Zellner

forderte daher ein Tätigwerden des Gesetzgebers. „Wir Kommunen tragen gerne mehr Verantwortung, aber ein ‚Hineinregieren‘ der Bundesverwaltung muss dann ein Ende haben. Außerdem brauchen wir eine rechtlich abgesicherte und auf



Präsident Theo Zellner.

Dauer angelegte ausreichende Finanzausstattung.“

Nachvollziehbare Zahlen

Darüber werde bei der anstehenden Revision wie auch „innerbayerisch“ beim Finanzausgleichsgespräch für das Haushaltsjahr 2006 zu reden sein, erklärte Zellner. Änderungen be-

züglich der Erstattungsquote des Bundes bei den von den Kommunen zu tragenden Unterkunftsstellen kämen schon gar nicht in Betracht, solange der Bund keine nachvollziehbaren Zahlen auf den Tisch lege. Darüber hinaus müsse der Freistaat Bayern wie auch die anderen Bundesländer seine Einsparungen beim Wohngeld ungesaltdert an die Kommunen weitergeben. (Fortsetzung auf Seite 6)

Bund der Steuerzahler prangert an:

Verschwendung in nie gekanntem Ausmaß

Repräsentative Fälle im Schwarzbuch 2005

„Wenn wir davon ausgehen, dass fünf Prozent aller Steuergelder in Deutschland verschwendet werden, geht es im Jahr um 30 Milliarden Euro, die haarsträubende Versäumnisse, Schlendrian, Luxus und Eigennutz verursachen. Es wären keine Steuererhöhungen nötig, wenn mit dem Geld der Bürger sorgsam umgegangen würde“, erklärte der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf von Hohenhausen bei der Vorstellung des Schwarzbuches 2005 vor der Presse in München.

Deshalb verlangt der Präsident die Gleichbehandlung von Steuerhinterziehern und Steuergeldverschwendern. Amtsuntreue solle als Straftatbestand von einem unabhängigen Amtsankläger geahndet werden.

Riesige Einsparpotenziale

Auf sage uns schreibe 3,7 Milliarden Euro beläuft sich das von Vizepräsident Dr. Alfred Wöhl vorgestellte Verschwendungsvolumen allein in Bayern. Hauptschuld daran trägt die Bahn, der er bei der ICE-Trasse München-Ingolstadt-Nürnberg eine Kos-

tenexplosion von 2,2 Mrd. Euro vorwirft. Dass sie bei Rödentalfür 18 Millionen Euro eine vollkommen überflüssige Brücke in die Landschaft gesetzt hat, die jährlich mit Unterhaltskosten von etwa einer Million Euro zu Buche schlägt, nimmt sich vergleichsweise bescheiden aus.

Für zu teuer und vollkommen überflüssig halten die Steuerzahler auch den geplanten Umzug des BND von Pullach nach Berlin (1,7 Mrd.).

Da nimmt sich das „neue“ Logo der Stadt München doch richtig preiswert aus: Schlappe 1,3 (Fortsetzung auf Seite 2)

Neue von Sabrina

Claudia Elfers Führungsfähigkeit, ihr taktisches Geschick, ruhiges Agieren und letztlich eiserne Nerven haben der Stadträtin den Sieg in einem Machtpoker gebracht. Merke: Show allein sollte niemals die geistige Substanz dominieren.

Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Ärger mit dem Büchergeld	2
Milliarden fließen in den Hochwasserschutz	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: „Du bist Deutschland“ wird in den Kommunen umgesetzt	3
Multikulturelle Gesellschaft und Heimatkultur	3
Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen steigen	4
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV	4-6
Kommunaler Bau	7
Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	8-12
Kommunalfahrzeuge - Winterdienst	13/14
Aus den bayerischen Kommunen	15/16

Ärger mit dem Büchergeld

Opposition verlangt Abschaffung - CSU prüft die Praxis nächstes Jahr

Das zu Schuljahresbeginn in Bayern eingeführte und jetzt erstmals durch Schulen und Kommunen erhobene Büchergeld von 20 Euro an Grundschulen und 40 Euro an weiterführenden Schulen pro Schuljahr bleibt umstritten. In der ersten Vollversammlung des Landtags nach der Sommerpause wurde der SPD-Antrag auf Rücknahme der entsprechenden Änderungen von Schulfinanzierungs- und Erziehungsgesetz in Erster Lesung behandelt. Die Opposition bezog sich auf die Kritik sowohl von Eltern und Lehrern als auch seitens der kommunalen Spitzenverbände. CSU und Kultusminister Siegfried Schneider verteidigten das Büchergeld, stellten aber für das kommende Frühjahr eine Überprüfung der praktischen Anwendung in Aussicht.

Nach Ansicht des neuen SPD-Bildungssprechers Hans-Ulrich Pfaffmann verkennen CSU und Staatsregierung, dass durch dieses „Lernmittelfreiheit-Umgebungsgesetz“ die Belastung der Familien, Verwaltungsaufwand und Bürokratismus für Schulen und Kommunen gestiegen und schließlich auch der Datenschutz verletzt würden. Er bezog sich sowohl auf Gespräche mit den Lehrern und Elternverbänden als auch mit den Städten, Landkreisen und Gemeinden, die als Schulaufwandsträger betroffen seien. Bisher seien die Familien mit Schul-

kindern schon durch zahlreiche Abgaben belastet, beispielsweise durch Kopiergeld, Arbeitshefte, Taschenrechner, Atlanten, Sportkleidung, Mittagsbetreuung und Schulausflüge.

Bildungsgerechtigkeit

Die Bildungsgerechtigkeit und der gleiche Zugang zu Bildungschancen werde immer stärker von den finanziellen Möglichkeiten der Familien bestimmt. Was zudem für das Einsammeln des Büchergelds an Aufwand nötig sei, mache das Büchergeld zum „bürokratischen Monster“.

Der Entlastung des Staates um jährlich rund 15 Millionen Euro stehe eine Belastung der Kommunen von circa 8,2 Millionen Euro gegenüber: Für die Grünen unterstützte Bildungssprecherin Simone Tolle den SPD-Antrag. Die soziale Schere werde weiter auseinander klaffen. Auf die Kommunen zu verweisen, wie es CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann getan habe, sei falsch.

Joachim Herrmann:

Keine Abschaffung der Gewerbesteuer ohne gleichwertige Alternative

„Aus unserer Sicht steht eine Abschaffung der Gewerbesteuer derzeit nicht auf der Tagesordnung“, sagte der Fraktionsvorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, zum Bericht des deutschen Städtetagsvorsitzenden Christian Ude über die Gemeindefinanzen im Jahr 2005. „Mittelfristig werden wir aber eine Reform der Gemeindefinanzen nicht herumkommen.“ Alternativen könnten jedoch nur dann ernsthaft diskutiert werden, wenn gewährleistet sei, dass die Kommunen im Falle einer anderen Lösung auf keinen Fall schlechter gestellt werden.

Herrmann stimmt mit Ude überein, dass die Finanzlage der Kommunen nach wie vor schwierig sei, begrüßte aber die aktuelle Entwicklung bei den Kommunalfinanzen, die sich durch den Anstieg der Gewerbesteuererträge ergeben habe. Dabei sei aber besonders zu berücksichtigen, dass sich diese positive Entwicklung nicht gleichmäßig auf alle Städte und Gemeinden Bayerns auswirkt.

Die großen Unterschiede bei der Entwicklung der Steuereinnahmen zeigten, wie notwendig der kommunale Finanzausgleich sei. „Wir liegen mit dem Finanzausgleich für unsere Kommunen deutlich über dem Durchschnitt anderer Länder. Das soll auch so bleiben.“

Der Minister und Georg Eisenreich für die CSU-Fraktion wiesen die Vorwürfe zurück. Das Büchergeld sei maßvoll ausgestaltet und sozial abgefedert, stellte der Abgeordnete fest. Schneider sprach von einer vertretbaren Leistungseinschränkung. Im übrigen würden in vielen, gerade SPD-regierten Ländern entsprechende Abgaben erhoben. Zum Stichwort „Bürokratiemonster“ sagte der Minister, wenn Ausnahmen von der Zahlung vorgesehen seien, brauche es ein geregeltes Verfahren.

Es komme auf die Lehrer und die Kommunen an, dass dabei sowohl Peinlichkeiten für Schüler und Eltern vermieden, als auch der Datenschutz gewahrt werde. Die Kosten-Nutzen-Rechnung der Opposition erachtete Schneider als falsch. Die Kommunen würden entlastet. Andererseits betonte er, auch der

Staat müsse bei seinen Ausgaben - hier den Zuschüssen an die Kommunen - den Haushaltsausgleich berücksichtigen.

Vereinfachung

Das Rücknahmengesetz der SPD wird jetzt in den Ausschüssen beraten. Sowohl Schneider als auch Herrmann (vor der Landtagspresse) zeigten keine Neigung, es zu akzeptieren. Sie stellten jedoch in Aussicht, die Praxis des Büchergeldes im kommenden Frühjahr zu erörtern. „Wir werden das genau anschauen“, betonte der Minister. Nach Beratungen im Kabinett und in der CSU-Fraktion bereits beschlossen wurde eine Vereinfachung beim Geldeinsammeln. Die Klassenlehrer können künftig die verschlossenen Umschläge mit dem Büchergeld bzw. mit den Befreiungsanträgen selber öffnen und müssen sie nicht zunächst an „Vertrauenslehrer“ weitergeben, wie es der Datenschutzbeauftragte verlangt hatte. (s. GZ 17/08. 09. 05). **rm**

Milliarden fließen für Hochwasserschutz

Sofort- und Aktionsprogramm werden zügig umgesetzt
Regierung und CSU weisen Zweifel der Opposition zurück

In den nächsten drei Jahren wird Bayern je 150 Millionen Euro für den Hochwasserschutz zur Verfügung stellen. Sie gehören zu dem bereits vor der heurigen Flutkatastrophe be-

schlossenen Aktionsprogramm 2020 mit insgesamt 2,3 Milliarden Euro. Das hat Umweltstaatssekretärin Emilia Müller im Landtag aktuell noch einmal bestätigt. Die Opposition hatte Zweifel an den finanziellen Leistungen des Freistaats und deswegen mit Dringlichkeitsanträgen das Thema im Plenum erneut auf die Tagesordnung gebracht. Die CSU stellte dem einen eigenen Antrag entgegen, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, den Kommunen in allen „bewilligungsreif“ nachgewiesenen Anträgen noch heuer die Fördermittel ausbezahlen. Es ergab sich weitgehende Übereinstimmung.

Sparwut rächt sich

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) äußerte in der Aussprache Zweifel, dass der Freistaat seinen finanziellen Beitrag zur Behebung der Schäden und zum Hochwasserschutz angemessen leiste. Hier räche sich die Sparwut. Viele Schäden wären nicht eingetreten, wenn in den vergangenen Jahren vernünftig saniert worden wäre. Ruth Paulig (Grüne) forderte, der Freistaat müsse auch bei den in kommunaler Zuständigkeit stehenden Gewässern II. und III. Ordnung seiner Verantwortung nachkommen. Die Kommunen mahnte sie, keine Bebauungspläne für Hochwasserschutzgebiete mehr auszuweisen. Wenn die Staatsregierung sich hoher Zuschüsse rühme, vergesse sie zu sagen, dass der Bund, die EU und die Kommunen wesentlich beteiligt seien.

Lob für Bayerns Leistungen

Staatssekretärin Müller und Markus Sackmann von der CSU-Fraktion wiesen die Vorwürfe zurück. Sie nannten für die Jahre 1998 bis 2004 durchschnittlich 112 Millionen Euro und ab 2006 jährlich 150 Millionen Euro für Hochwasserschutz, die der Freistaat locker gemacht habe. Die Staatssekretärin verwies auf das Sofortprogramm mit 16,5 Millionen Euro. Auch Bundesumweltminister Trittin habe die bayerischen Leistungen gelobt.

In dem einstimmig angenommenen CSU-Antrag wird das Sofortpaket zur Behebung der August-Hochwasserschäden an allen Gewässern begrüßt und gefordert, das 1999 nach dem Pfingsthochwasser aufgelegte Aktionsprogramm 2020 beschleu-

Verschwendung in nie ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Millionen Euro wird die Umsetzung des Slogans „M ☐ YOU - MUNICH LOVES YOU“ kosten. Bis die Bundesagentur für Arbeit das rote „A“ aus weißem Grund in ein weißes „A“ auf rotem Grund verwandelt hat, dürften vergleichbare Summen zu Buche schlagen.

Luxuriöser Lebensstil eines Landrats

Angeprangert wird auch ein ehemaliger bayerischer Landrat, der seinen luxuriösen Lebensstil zum Teil aus der Kreiskasse bezogen habe. Der Konsum von Biofleisch, Wein, Parfum und Schmuck auf Kosten der Allgemeinheit bedeutete für den früheren Polizeibeamten eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und drei Monaten - auf Bewährung - und den Verlust seines Beamtenstatus und seines Versorgungsanspruchs.

In der Rubrik „Baukostenexplosionen“ werden die Bäder von Bodenmais und Bad Kissingen ebenso kritisiert, wie eine Tiefga-

rage in Garmisch-Partenkirchen. Großen Ärger verursachte auch ein dienstwilliger Studienrat an einem Fürther Gymnasium. Weil seine Vorgesetzten ihn nicht beschäftigen, werden die Steuerzahler mit monatlich rund 2.000 Euro belastet. Anders gelagert ist der dreiste Fall von Münchens faulstem Beamten, der nächtens in einer Schwabinger Kneipe hinter dem Tresen steht, sowie als Torjäger und Coach einer Münchner Fußballmannschaft erfolgreich ist. Im Dienst brachte er es hingegen auf 137 Krankheitsstage. Nach sieben Jahren wurde er per Gerichtsentscheid von seinem Dienst suspendiert.

1,4 Billionen Euro beträgt der derzeitige Schuldenstand der Bundesrepublik Deutschland. 1.453.981.005.156 Euro sind das in Zahlen ausgedrückt. Pro Sekunde beläuft sich der Schuldenzuwachs auf 1.714 Euro.

Verschwendung trotz leerer Kassen

„Diese Dokumentation beweist, dass die Verschwendung von Steuergeldern auch in Zeiten angeblich leerer öffentlicher Kassen keinesfalls abnimmt“, beklagen von Hohenhau und Wöhl. Das Schwarzbuch enthält neben Beispielen der öffentlichen Verschwendung in Bayern eine Vielzahl von Fällen aus anderen Bundesländern, Ministerien und Behörden, die als Musterbeispiele für öffentliches Fehlverhalten für diese jährliche Publikation ausgewählt wurden. Das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler enthält jedoch nicht nur neue Fälle.

Das Konzept der Dokumentation der öffentlichen Verschwendung sieht auch vor, zu prüfen, was aus den vorgestellten Verschwendungsbeispielen der Vorjahre geworden ist. Haben öffentliche Bauherren daraus gelernt? Hat die Verschwendungsmentalität nachgelassen? Sind Korrekturen in der Praxis erfolgt?

Die bayerischen Verschwendungsfälle des Schwarzbuches 2005 stehen im Internet unter www.steuerzahler-bayern.de. **z**

40 Jahre Bundesverband Freie Wähler:

Mitstreiter beim Aufbau der Demokratie

Bundesdelegiertenversammlung in Karlstadt
mit Festredner Josef Deimer

Im Rahmen der Bundesdelegiertenversammlung der Freien Wähler Deutschlands in Karlstadt/Mainfranken unter dem Motto „Freie Wähler: Kommunale Selbstverwaltung - Basis unserer Demokratie“ blickte der Dachverband auf eine 40jährige erfolgreiche Arbeit zurück. Bundesvorsitzender Landrat Armin Grein, Marktheidenfeld, bezeichnete dabei die Freien Wähler als „Mitstreiter beim Aufbau der Demokratie und Anwalt der Kommunen“, die die Demokratie auf der gemeindlichen Ebene stärken wollen.



In fünf Bundesländern - Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen sind die Freien Wähler mit über 40 Prozent aller Gemeinderatssitze stärkste kommunalpolitische Kraft. In Sachsen und Sachsen-Anhalt verfügen sie über 30 Prozent, in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen immerhin über 10 Prozent der Sitze. Freie Wähler sind demzufolge laut Grein in allen Flächenstaaten in den Kommunen „meist stark und aktiv“.

Von ihrem Selbstverständnis her seien die Freien Wähler in der Regel kommunalpolitisch angelegt, betonte Grein. „Wenn in einigen Bundesländern zum Landtag kandidiert wird, liegt das an den Parteien, die sich sowohl im Bund als auch in den Landtagen bei der Gesetzgebung und ihrem Finanzgebaren wirklich nicht kommunalfreundlich verhalten.“

Für Festredner Josef Deimer, Altbürgermeister von Landshut und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags, ist die kommunale Selbstverwaltung „Garant für soziale Gerechtigkeit im Sinne der Dezentralisierung von Macht“. Er verwies darauf, dass es einen Föderalismus ohne kommunale Ebene nicht gibt und ermahnte Bund und Länder, keine weiteren Lasten zum Nachteil der Städte und Gemeinden zu verschieben.

Josef Deimer zufolge ist die Finanzmisere nur das Symptom einer strukturellen Benachteiligung im föderalen System. Allerhöchste Wachsamkeit sei gefordert. Deimer sprach sich für eine Gemeindefinanzreform aus, die den Kommunen sichere Einnahmen gibt und gigantische Steuerverzichte gegenüber Konzernen zurücknimmt.

Einstimmig beschlossen die Freien Wähler Deutschlands, dass das Konnexitätsprinzip auch in Zukunft für den Bund im Grundgesetz an geeigneter Stelle zu verankern ist. Diesen Antrag will die Partei der neuen Bundesregierung ins Stammbuch schreiben. **DK**

Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West:

Zwanzig Kommunen neu im Programm

„Die Oberste Baubehörde hat in diesem Jahr 20 Kommunen neu in das Städtebauförderungsprogramm 'Stadtumbau West' aufgenommen. Dies veranschaulicht auch das große Interesse der Gemeinden an dem 2004 erstmals aufgelegten Förderprogramm“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein

Mit dem Programm unterstützen die Staatsregierung die Kommunen dabei, die mit dem Strukturwandel verbundenen städtebaulichen Probleme planvoll und vorausschauend zu bewältigen. Die sichtbaren Zeichen der demographischen Entwicklung und des wirtschaftlichen Wandels wie zurückgehende Einwohner- und Beschäftigtenzahlen, Brachflächen- und Gebäudedeleerstände in Innenstadtlagen erfordern nach den Worten des Ministers strategische Allianzen um die Attraktivität der bayerischen Kommunen.

In diesem Jahr stehen den nigt fortzuführen und aufzustoßen. Der gleichfalls einmütig gebilligte Grünen-Antrag fordert detaillierte Berichte der Staatsregierung ohne Terminfestsetzung. Der von der CSU abgelehnte SPD-Antrag enthielt u.a. die Forderung, die Landesmittel für den Hochwasserschutz um mindestens den gleichen Betrag wie die des Bundes zu erhöhen, die auf 33 Millionen Euro veranschlagt seien. **rm**

bayerischen Kommunen rund 12 Millionen Euro staatliche Finanzhilfen zur Verfügung, die sich auf 48 bayerische Städte und Gemeinden aus allen Regierungsbezirken verteilen.

„Die bisherigen Erfahrungen lassen eine Multiplikatorenwirkung in fünf- bis achtfacher Höhe der eingesetzten staatlichen Finanzhilfen erwarten. Damit wird ein erhebliches Investitionsvolumen gerade in den strukturschwachen Regionen angestoßen“, unterstreicht Beckstein. Ein Schwerpunkt des Programms liege bei Stadtumbaugebieten in der Grenzregion, die von gewerblichen oder industriellen Leerständen insbesondere in der Porzellan- und Textilindustrie betroffen sind. Hier sehen die Förderkonditionen für die Brachflächenkonversion einen erhöhten Fördersatz bis zu 80 Prozent vor. Dieser kommt beispielsweise bei den neu aufgenommenen Gemeinden Erben-dorf, Kötzing und Mitterteich zum Tragen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei Gemeinden, die mit den städtebaulichen Folgen der Umstrukturierung militärischer Liegenschaften befasst sind. Hier kommen neu hinzu die Gemeinden Brannenburg, Rottenburg/Laab, Kötzing, Neunburg vorm Wald, Schwabach, Ebern, Mellrichstadt und Leipheim.

Informationen im Internet: <http://www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebauforderung>. **z**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Arnfried Färber
83734 Hausham
am 16.10.

Bürgermeister
Friedrich Gagsteiger
91793 Alesheim
am 19.10.

Bürgermeister Franz Hader
96352 Wilhelmsthal
am 20.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Kling
86479 Aichen
am 14.10.

Bürgermeister
Erhard Hildner
95355 Presseck
am 22.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Opel
95362 Kupferberg
am 18.10.

Bürgermeister Michael Gansler
82497 Unterammergau
am 21.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Siegfried Heß
91578 Leutershausen
am 11.10.

Bürgermeister
Martin Bachhuber
83670 Bad Heilbrunn
am 14.10.

Bürgermeister Michael Bauer
92712 Pirk
am 14.10.

Bürgermeister Ludwig Eder
84389 Postmünster
am 16.10.

Bürgermeister Alfons Weber
87733 Markt Rettenbach
am 19.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otto Lederer
83104 Tuntenhausen
am 1.10.

Multikulturelle Gesellschaft und Heimatkultur

Von Dr. Georg Sinnacher, Altbezirkstagspräsident und Altlandrat

Der vergangene Wahlkampf 2005 war von den Themen Ökonomie und Steuermodelle, zu wenig von sozialen Fragen und gar nicht von der Kultur beherrscht. Es wurde nicht beachtet, dass in Zeiten des Mangels gerade die Kultur ein bedeutsamer sozial stabilisierender Faktor sein kann. Ein schleichender geistiger Klimawechsel hat dazu geführt, dass die Kultur unserer Gesellschaft in der großen Politik zu einer unbeachtlichen Größe degradiert wurde. Kultur ist keine Ware und kein errechenbares materielles Gut, sondern ein ideeller Wert, der die Personwürde des Menschen begründet und steigert. Es ist an der Zeit, die soziale Dynamik der Kultur wieder zu werten.

Wir leben zweifelsohne in einer multikulturellen Gesellschaft. Sie nimmt Bezug darauf, dass in jeder Gesellschaft Menschen unterschiedlicher Sprachen, Traditionen, religiöser Bekenntnisse, Wertvorstellungen, Staatsangehörigkeiten, Erziehungs- und Lebensstile zusammenleben. Multikulturelle Gesellschaft als Programm zielt auf den Abbau vorhandener Diskriminierung, lehnt die zwanghafte Anpassung unterschiedlicher kultureller Auffassungen und Verhaltensweisen

an eine vorherrschende Kultur ab, und rückt die Vorstellung eines soziokulturellen Pluralismus in den Mittelpunkt. Fast jeder europäische Staat und fast jedes

Land der Erde sind wenigstens zum Teil „multikulturell“. Der Ursprung aller menschlichen Kultur ist die Religion. Wie leben heute die Religionen zusammen? Längst ist der Islam in Deutschland keine exotische Erscheinung mehr, längst hat er den Charakter einer „Hinterhof-Religion“ verloren. Der Islam ist

Europäische Kernwerte

die drittgrößte Glaubensgemeinschaft in Deutschland nach Katholiken und Protestanten. Die relativ einfache Lage der Vergangenheit, dass im Wesentlichen zwei große christliche Kirchen den Horizont der Religionen ausfüllten, geht zu Ende. Diese Kirchen haben an Einfluss verloren und Konkurrenz bekommen. Zugleich wächst in rasantem Tempo die „Konfession der Konfessionslosen“. Heimat und Heimatpflege haben in der Gegenwart angesichts der unüberschaubaren Globalisierung eine neue Bedeutungsdimension bekommen. Nach der sehr unterschiedlichen kulturellen Geschichte Europas tritt das Europa der Vielfalt mit seinen unterschiedlichen Kulturen in den Mittelpunkt. Die Region und die jeweilige Heimat werden bedeutend. Die künftigen europäischen Kernwerte werden noch stärker von den Regionen geprägt werden. Ein kosmopolitisches Europa schließt die Anerkennung der nationalen und noch mehr der regionalen Identitäten wesentlich ein. Die europäische Vielfalt kann geradezu eine neue Sinnquelle sein.

Öffnung zur Welt

Heimat- und Volksmusikpflege haben nicht mit Enge und nostalgischer Verklärung zu tun, schon gar nicht mit Begrenzung, sondern stets mit der Öffnung zur Welt. Heimatkultur bewahrt nicht nur kulturelle Traditionen, sondern muss diese neu interpretieren, mit heutiger Sinngabe erfüllen und sich den kulturellen Themen öffnen. Auch in der Heimatkultur ist es höchste Zeit, dass das Zeitalter der Toleranz kommt. Schon deshalb dürfen die Augen vor den Gegenwartsproblemen der Heimat nicht verschlossen werden. Die Globalisierung bringt immer mehr Menschen zu der Erkenntnis, „dass man, um die Herausforderungen unserer Zeit und der Zukunft zu bestehen, die Verwurzelung jedes Einzelnen in seiner und unserer Geschichte wie Tradition braucht, genauso die Aufgeschlossenheit für unsere Gegenwart und Neuentwicklungen“ (Hans Zehetmair).

Die Heimat als Contra zur anonymen Globalität ist die aktuelle Wurzelfindung zur notwendigen Sozialisation. Heimat ist mehr als „bloße Sache“. Sie schafft Geborgenheit, Nähe und

bayerischen Kommunalpolitikern auch, dass der Freistaat Bayern bei der Förderung Vergabekriterien zugrunde legt, die einen vollen Kostenersatz häufig ausschließen. So werden beispielsweise nur so genannte Hauptnutzflächen wie Aufenthaltsräume gefördert. Kein Geld gibt es dagegen für Lagerräume, Sanitärräume, Gänge, Treppen, Heizungs- und Technikräume. Darüber hinaus wird der Kostenersatz mit einem pauschalen Höchstwert von 2738 Euro pro Quadratmeter gedeckelt, obwohl etwa in denkmalgeschützten Schulhäusern dieser Wert bei Umbauten nicht eingehalten werden kann.

Positiv vermerkt wurden dagegen die Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung in Sachen Hochwasserschutz. Alfred Lehmann zufolge werden sich in Ingolstadt im nächsten Jahr alle geplanten Projekte im Bau befinden. „Es geht etwas voran“, so der Oberbürgermeister. **DK**

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

tionen, religiöser Bekenntnisse, Wertvorstellungen, Staatsangehörigkeiten, Erziehungs- und Lebensstile zusammenleben. Multikulturelle Gesellschaft als Programm zielt auf den Abbau vorhandener Diskriminierung, lehnt die zwanghafte Anpassung unterschiedlicher kultureller Auffassungen und Verhaltensweisen

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberbayern:

Bürokratiemonster beseitigen!

Bei ihrer diesjährigen Tagung in Neuburg an der Donau hat die Bezirksversammlung Oberbayern des Bayerischen Städtetags davor gewarnt, das ab Oktober durch die Eltern zu zahlende Büchergeld aus städtischen Kassen zu begleichen. Anlass für die Warnung ist die Absicht der Städte Passau, Burghausen und Gersthofen, den Eltern schulpflichtiger Kinder die erhobenen 20 bzw. 40 Euro pro Schüler zu ersparen und den Betrag aus der Stadtkasse aufzubringen.

Die oberbayerischen Rathauschefs haben zwar Verständnis, wenn eine Kommune den mit dem Büchergeld verbundenen Bürokratismus nicht unterstützen will, halten es aber für äußerst gefährlich, wenn die Kommunen für ausbleibende Leistungen des Freistaats Bayern sozusagen als Ausfällbürgen aufkommen. Die meisten Städte seien ohnehin aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, das Büchergeld zu übernehmen. Auch wird befürchtet, dass Bayern seine Leistungen künftig noch mehr zurückfährt in der Hoffnung, dass es die Städte schon richten werden. Dieser fatale Eindruck müsse unbedingt vermieden werden, so der allgemeine Tenor.

Undankbare Aufgabe

Grundsätzlich halten die Kommunalpolitiker unter ihrem Bezirksvorsitzenden Alfred Lehmann (Ingolstadt) die Einführung des Büchergelds für einen Schritt in die falsche Richtung. Zum einen würden gerade Familien mit Kindern belastet, zum anderen werde zusätzlicher Bürokratismus auf den Weg gebracht. Erhebungen der Städte zufolge müssen die Kommunen bayernweit für den Einzug des Kindergeldes mindestens 8,2 Mio. Euro pro Jahr an Personal- und Sachkosten aufwenden. Auf die Städte und Gemeinden komme nämlich die undankbare Aufgabe zu, das Büchergeld in einem aufwändigen Verfahren inklusive

Mahnung und Vollstreckung einstreifen zu müssen. Sie müssten Anträge auf Befreiung bearbeiten, Vollstreckungshindernisse überprüfen und sich notfalls mit Widerspruchsverfahren und Klagen vor Gericht herumschlagen. Selbst das Kultusministerium rechne mit rund 300.000 Befreiungsanträgen pro Jahr.

G 8-Kosten ersetzen

Darüber hinaus forderte die Bezirksversammlung Oberbayern den Freistaat auf, den Kommunen die gesamten Kosten für den Ausbau der Schulen im Zusammenhang mit der Einführung des G 8 zu ersetzen. Die Kommunalpolitiker begründeten ihre Forderung mit dem Hinweis auf das Konnexitätsprinzip.

Allein in Oberbayern beantragten die Kommunen heuer für den Ausbau der Gymnasien im Rahmen des G 8 128 Mio. Euro. Bewilligt wurden aber durch die Regierung von Oberbayern lediglich 67 Mio. Euro. Damit liegt die Förderquote bei knapp 53 Prozent. Zusätzlichen Ärger löste bei den Kommunalpolitikern der Umstand aus, dass die Kommunen in Oberbayern deutlich schlechter gestellt werden als im restlichen Bayern. So liegt die Förderquote für die Baumaßnahmen bei den Gymnasien in den anderen sechs Regierungsbezirken bei durchschnittlich 73 Prozent. Das ist rund ein Drittel mehr als die Zuschussquote in Oberbayern.

Kritisiert wurde von den ober-

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul

Liebe Leser



Für die Kommunen war der alte Bundestag ein Desaster. Aber wird sich nun etwas bewegen? Der Souverän hat zwar gesprochen, aber was hat er eigentlich gesagt? Das Wahlergebnis aus der Bundestagswahl lässt viele Interpretationen zu.

Die Frage der sozialen Gerechtigkeit schien im Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu stehen. Aber was ist das? „Die Umverteilungsgerechtigkeit ist eine der größten Lebenslügen des Westens“ schrieb Roger Köppel in der Welt. Man hatte in vielen Gesprächen mit dem Wahlbürger das Gefühl, dass der soziale Neid bei der Entscheidung die größte Rolle gespielt hat. Darüber hinaus gibt es zunehmend große

„Du bist Deutschland“ wird in den Kommunen umgesetzt

Teile in der Bürgerschaft, die fest daran glauben, dass alles so (gut) bleibt, wie es ist und es Veränderungen nicht braucht. Gruppen, die nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch eine unionsgeführte Bundesregierung nur den kleinsten persönlichen Nachteil befürchteten, wichen mit ihrer Wahlstimme aus oder verweigerten ihre Stimme. Und so konnten die vielen kleinen Parteien ihr Klientel abspießen, ohne für eine Umsetzung den Beweis liefern zu müssen. Neben den Neo-Kommunisten schaffte es die SPD mit einer offensichtlich wieder funktionierenden Halbwahrheiten-Kampagne die Neid-Diskussion am Leben zu erhalten und aus einem absoluten Umfragetief wieder herauszukommen.

Viele denken bei der (sozialen) Gerechtigkeit nur an Verteilung. Die zu verteilenden Mittel aber fallen nicht vom Himmel, sie werden längst nicht mehr von dieser Gesellschaft erarbeitet. Wie lange wollen wir noch und können wir noch auf Kosten unserer Nachkommen und der immer weniger werdenden Kinder den Staat verschulden? Die Massenarbeitslosigkeit ist der größte Skandal. Diese Botschaft aber dringt nicht mehr durch. Kirchhof hatte keine Chance bekommen, rechtzeitig seine Visionen von einer gerechten Behandlung insbesondere der Familien unter das Wahlvolk zu bringen. Und es scheint auch so zu sein, dass im Wahlkampf offensichtlich solche Zusammenhänge, wie sie der Unions-Slogan verdichtete „sozial ist, was Arbeit schafft“ nicht mehr zu verdeutlichen und zu erklären sind, wohl weil sie komplex sind.

Stoiber selbst erklärte immer wieder, das die Deutschen ein „Erkenntnisproblem“ und nicht

so sehr ein Umsetzungsproblem hätten. Das ist zweifellos richtig. Solche Zusammenhänge zu verdeutlichen und zu erarbeiten, ist aber Aufgabe einer großen, echten Volkspartei, wie es die CSU auch nach diesem Wahlergebnis noch ist und bleibt. Die Stärkung der Eigenverantwortung, die Stärkung der kleineren Einheit, auch der Kommunen bis zu den Familien sowie der Kultur der Selbstständigkeit müssen neben den Tugenden der Solidarität

mit den Schwachen, der Subsidiarität als Hilfe zur Selbsthilfe und dem Prinzip der Nachhaltigkeit beispielhaft gemacht werden im politischen und gesellschaftlichen Handeln. Der Zusammenhang zwischen ausreichenden und profitablen Arbeitsplätzen und der Lebensqualität von Familien in unserem Lande muss deutlich herausgestellt und politisch dauerhaft umgesetzt werden.

Es gibt eine Reihe von Sozialpolitikern in der CSU, die nun laut bemängeln, dass es in diesem Wahlkampf an „Visionen“ gefehlt habe. Solche Visionen sind aber nicht in kurzfristigen Wahlkampfmanövern zu erfinden, sie müssen erdacht, gesucht, diskutiert, erarbeitet und beschrieben werden. Sie müssen plausible und konkrete Schritte der Umsetzung beinhalten, realistische Feinziele ohne das große Fernziel außer acht zu lassen. Die Union hat es versäumt, durch Beispiele transparent zu machen, dass eine Wettbewerbsgesellschaft nicht nur leistungsfähiger, sondern auch sozialer ist, weil sie Lebenschancen für noch mehr Menschen bereit stellt.

Alois Glück hat immer wieder aufgezeigt, was eine aktive Bürgergesellschaft ist und leistet und wie eine neue Sozialkultur in unserem Lande entstehen kann. Nirgends ist die Politik „näher am Menschen“ als in den Kommunen. Deshalb darf die neue Bundesregierung, wie immer sie auch aussieht, die Kommunen nicht weiter belasten, sondern muss sie stärken und in die Freiheit versetzen, damit von unten her eine leistungsfähige, eigenverantwortliche und solidarische aber auch vorwärts gerichtete und zuversichtliche Gesellschaft wächst, in der Ideen und Verantwortung gelebt werden können. „Du bist Deutschland“, das muss jede und jeder erst einmal erkennen.

Thor
Alois Glück

vor allem Vertrauen, das so sehr für die demokratischen Staatsstrukturen verloren wurde.

Kulturförderung der Bezirke

Wer die Sehnsucht nach Heimat auch in jungen Jahren in der erweiterten Dimension von heute nicht mehr zu spüren vermag, der ist wirklich heimatlos. Darin liegt eine entscheidende Aufgabe für die Erziehung und Bildung von heute. Hier beginnen Gemeinschafts- und Individualverantwortung in einem, denn jeder muss sich auf die Suche nach seiner Heimat begeben. Heimat-erziehung ist Hinführung zu Geschichte und Brauchtum wie zu einem verantwortlichen Gestalten der Gegenwart und Zukunft, ist Spannungsfeld zwischen Tradition und Fortschritt.

Jede Erziehung muss zu Vertrauen führen und zur Erkenntnis, dass alles seinen Sinn hat. So gesehen handelt es sich um ein Grundbedürfnis des Daseins. Heimatkultur und ihre regionale Förderung bleibt gerade in der multikulturellen Gesellschaft eine entscheidende Säule für die Zukunftsziele Europas und der globalen Welt. Die überörtlichen Kommunen, vor allem die bayerischen Bezirke, dürfen sich trotz aktueller Finanznöte von der gegenwärtigen wie künftigen Entwicklung zum Europa der Bürger nicht ausschließen. Ihre Kulturförderung ist zeitgerecht. **MS**

Wiesheu zu Gründer-Agenturen:

Optimierung des Erfolgsprojekts

Bereits 33 zentrale Anlaufstellen für Existenzgründer

Bayern baut sein landesweites Netz von Gründer-Agenturen zügig aus. Gut eineinhalb Jahre nach dem Start der ersten Pilotprojekte in München und Bayreuth bieten heute bereits 33 zentrale Anlaufstellen in ganz Bayern umfassende Beratung und Hilfe für Existenzgründer. Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu kündigte an, dass Bayern das Erfolgsprojekt Gründer-Agentur weiter ausbauen und vertiefen wird.

Wiesheu: „Deutschland braucht wieder neue Gründerjahre. Deshalb wollen wir Existenzgründer optimal fördern. Existenzgründer in Bayern sollen ihre Zeit und Energie schnellstmöglich voll in den Aufbau des Unternehmens investieren können. Mit unseren Gründer-Agenturen geben wir jungen Unternehmensgründern optimale Startbedingungen ohne große Behördengänge und Bürokratie: Wir vernetzen Wirtschaftskammern und Behörden, verzahnen ihre Kompetenzen und bieten dem Gründer so eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen und Formalitäten.“ Wiesheu betonte, dass die Angebote der Gründer-Agenturen hervorragend angenommen werden. Wiesheu: „Im Durchschnitt werden in jeder Gründer-Agentur monatlich mehr als 400 Beratungen durchgeführt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Wer sich beraten lässt, spart nicht nur Zeit und Geld, er ist auch erfolgreicher als andere Unternehmensgründer.“ Wiesheu kündigte an, die Ar-

beit der Gründer-Agenturen künftig noch effizienter zu gestalten.

Das Leistungsspektrum der Gründer-Agenturen ist vielfältig und umfasst neben der Gründer-Beratung z. B. die Durchführung von Gewerbeanmeldungen, die Ausgabe von Informationsmaterialien, Unterstützung bei der Anmeldung zur Berufsgenossenschaft und bei der steuerlichen Erfassung, Eintragung in die Handwerksrolle sowie die Erstellung von Gründungskonzepten und Finanzierungsvorschlägen. Mit der Einrichtung des landesweiten Gründer-Agentur-Netzwerks hat Bayern laut Wiesheu im bundesweiten Vergleich die Nase vorn.

Die Gründer-Agenturen gehen auf einen Vorschlag der Deregulierungskommission der Staatsregierung zurück. Aufgebaut und betreut werden die Agenturen von den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern in Kooperation mit Notaren, Landratsämtern und kreisfreien Städten. **MS**

Gemeinsame Prüfung von Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden:

Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen steigen wieder

Bekanntnis zum kommunalen Finanzausgleich als flexiblen Finanzierungsinstrument

Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein hat im Kabinett über die positive Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2005 berichtet. Der Minister zeigte sich erfreut über einen positiven Trend und die leichte Entspannung der Finanzlage in vielen bayerischen Kommunen. Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen nach Angaben Becksteins im ersten Halbjahr 2005 auf über vier Milliarden Euro und lagen damit um 11 Prozent über dem Ergebnis im Vorjahr.

Beckstein: „Die Haushaltssituation vieler Städte und Gemeinden ist immer noch alles andere als rosig. Es ist aber sehr erfreulich, dass die Steuereinnahmen der kreisfreien Städte im ersten Halbjahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr um über 24 Prozent gestiegen sind. Ein erster Lichtblick sind auch die Mehreinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden, die aber leider mit 2,1 Prozent deutlich geringer ausfallen. Das besiegelt natürlich nicht die angespannte Finanzlage und die Schwierigkeiten vieler Kommunen bei der Finanzierung ihrer wichtigen kommunalen Aufgaben. Trotzdem zeichnet sich Gott sei Dank durch unsere Initiativen zu Gunsten der Kommunen eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung ab.“

18 Prozent mehr Gewerbesteuererinnahmen

Der entscheidende Faktor für die höheren Steuereinnahmen der Kommunen sei der Anstieg bei den Gewerbesteuererinnahmen um über 18 Prozent auf 2,3 Milliarden Euro, bestätigte Finanzminister Faltlhauser. Nur durch den massiven Druck von CDU und CSU, so Beckstein, konnte die völlig verfehlte Erhöhung der Gewerbesteuerumlage auf 28 Prozent wieder auf 20 Prozent zurückgeführt werden, so dass die Kommunen wieder einen größeren Anteil an der Gewerbesteuer behalten können. Beckstein warnte davor, sich angesichts der Lichtblicke bei den Kommunalfinanzien entspannt zurückzulehnen. Beckstein: „Zur Haushaltskonsolidierung und zur Sparsamkeit bei den laufenden Ausgaben gibt es keine Alternative, um die Investitionsfähigkeit zurückzugewinnen, die für die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben notwendig ist.“

Detaillierte Analyse

Die großen Unterschiede bei der Entwicklung der Steuereinnahmen in kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden zeigen, wie notwendig eine sehr differenzierte Betrachtung der verschiedenen kommunalen Ebenen und Bereiche ist, betonte

Beckstein. Der Ministerrat hat deshalb Innenminister Beckstein und Finanzminister Faltlhauser beauftragt, bis Ende Oktober eine detaillierte Analyse der aktuellen finanziellen Situation der Kommunen in Bayern zu erstellen und im Ministerrat zu erläutern. Das Kabinett will dann anhand der konkreten und aufgeschlüsselten Zahlen prüfen, wie eine dauerhaft positive Entwicklung der kommunalen Finanzen erreicht werden kann.

Beckstein kündigte an, dass die Staatsregierung gemeinsam

mit den kommunalen Spitzenverbänden im Oktober sehr genau prüfen werde, welche Auswirkungen Hartz IV auf die finanzielle Situation in den Städten und Gemeinden hat. Beckstein: „Die finanziellen Folgen von Hartz IV sind für die Kommunen nach wie vor nur schwer zu kalkulieren. Zum festgelegten Revisionstermin im Oktober rechnen wir mit seriösen Zahlen zu den Ausgabenlasten der Kommunen und dann werden wir auch gemeinsam die Bilanz von Hartz IV für Land und Kommunen ziehen.“

Klares Bekenntnis zum Finanzausgleich

Finanzminister Kurt Faltlhauser gab im Kabinett ein klares Bekenntnis zum kommunalen

Transrapid-Symposium 2005:

Deutliche Entlastung der Umwelt

Die Umweltverträglichkeit des Transrapid stand im Fokus des dritten Transrapid-Symposiums im Konferenzzentrum der Hanns-Seidel-Stiftung. Vertreter aus Politik, Industrie und Wissenschaften diskutierten vor rund 300 Gästen die Umweltaspekte am Magnetschnellbahn-Projekt München Hauptbahnhof - Flughafen. Durch das abwechslungsreiche Programm führte Gerhard Schmitt-Thiel vom Bayerischen Fernsehen.

Ein klares Bekenntnis zum Magnetschnellbahn-Projekt gab zunächst Dr. Johannes Keil, Geschäftsführer der neu organisierten DB Magnetbahn GmbH ab: „Die Bahn wird den Transrapid bauen.“ Er versicherte: „Auf die Zeit der öffentlichen Auslage aller Planungsunterlagen in den Gemeinden bereiten wir uns sorgfältig vor. Hier werden wir wie bisher sachlich und offen kommunizieren.“

Entlastung der Umwelt

Hartmut Mehdorn, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, unterstrich die große Bedeutung der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Magnetbahn und die daraus erzielbare Entlastung der Umwelt. „Kein anderes Verkehrsmittel wird so viele Kunden anziehen, wie die Magnetschnellbahn, weil sie unschlagbar in zehn Minuten zwei zentrale Verkehrsknoten, den Hauptbahnhof mit dem internationalen Flughafen, verbindet. Wer mit der Magnetschnellbahn unterwegs ist, fährt nicht Auto.“ Einzelstudien hätten gezeigt, dass der Transrapid die richtige Lösung ist.

Ziel sei es, die am 28. Februar dieses Jahres beantragte Planfest-

stellung bis Ende 2006 für die Gesamtmaßnahme zu erreichen, fuhr Mehdorn fort. Er empfahl, die Umweltverträglichkeit des Systems auf der Transrapid-Versuchsanlage in Lathen selbst zu erproben. „Da kann jeder erleben, wie leise und erschütterungsarm die Magnetbahn ist.“

Entschlossenheit der Staatsregierung

„Die Bayerische Staatsregierung steht voll hinter dem Projekt einer Magnetbahnstrecke in München“ unterstrich Verkehrsminister Otto Wiesheu die Entschlossenheit der Staatsregierung, die Realisierung der Transrapidstrecke in der Landeshauptstadt tatkräftig zu unterstützen. Dieses attraktive Verkehrsmittel sei wie kein anderes Verkehrssystem geeignet, dazu beizutragen, das bereits heute überlastete Straßennetz um den Airport zu entlasten. Dies würde die Attraktivität des zweitgrößten deutschen Flughafens für die Fluggäste weiter steigern.

Türöffner für viele weitere Auslandsprojekte

Eine Referenzstrecke in Deutschland wirke zudem als

Finanzausgleich in Bayern ab. Die Staatsregierung werde die Kommunen auch in Zukunft nicht im Regen stehen lassen. Mit 5,6 Milliarden Euro liege der kommunale Finanzausgleich in Bayern deutlich über dem Durchschnitt anderer Länder.

Nicht auf Kosten der Kommunen sparen

Der Freistaat werde auch künftig für den ausgeglichenen Haushalt nicht auf Kosten der Kommunen sparen. Deshalb habe Bayern auch als einziges Land den Großteil der Steuerausfälle bei den Kommunen durch das Vorziehen der Steuerreform ausgeglichen und trotz des Sparkurses die Kommunen dauerhaft von den Lasten der Kontingentflüchtlinge und der Solidarumlage entlastet. Faltlhauser: „Wir sind und bleiben der verlässliche Partner der Kommunen. Mit dem kommunalen Finanzausgleich in Bayern werden wir auch in Zukunft versuchen, flexibel auf die Sorgen und Nöte der Kommunen zu reagieren.“

„Türöffner für viele weitere Auslandsprojekte“ und verbessere dadurch spürbar die Exportchancen dieser Technologie, konstatierte Wiesheu. Ein Scheitern des Projekts wäre ein verhängnisvoller Schritt, weil eine in Deutschland entwickelte Technologie damit erneut nicht auch im eigenen Land zur Anwendung gebracht würde.

Technik als Teil der Geschichtlichkeit

Die Umweltverträglichkeit der Technik stand im Mittelpunkt des Vortrages von Prof. Dr. Peter Koslowski, Inhaber des Lehrstuhls für Philosophie, insbesondere Philosophie des Managements und der Organisationen an der Freien Universität Amsterdam. Laut Koslowski ist Technik Teil der Geschichtlichkeit der Welt, aber weil sie Kompensation der Geschichtlichkeit der Natur ist, ist sie „Kompensation der Mängel der Menschen und der Natur“. Die Verkehrstechnik und der Transrapid zielten auf die Überwindung des Mangels der Ortsgebundenheit menschlicher Existenz.

Unübersehbar sei, dass die technische Entwicklung in der Gegenwart Momente des Athletischen als Kampf und Lust an der Selbststeigerung und zudem Elemente des Vergnügens, Zeitvertreibens und Spiels aufweist, fuhr der Philosoph fort. Demzufolge sollte Deutschland beim Transrapid nicht nur den Rekord

„Stadt recyceln - Revitalisierung innerstädtischer Brachflächen“

Auslobung zum Bayerischen Landeswettbewerb Modellhafte Stadt- und Ortssanierung 2006

Die Oberste Baubehörde lobt zum dritten Mal einen Landeswettbewerb der Städtebauförderung aus, in dem gebaute Projekte mit beispielhaften Strategien und vorbildlicher Umsetzung ausgezeichnet werden.

Mit seiner Thematik nimmt er sich einer zukunftsorientierten Aufgabe an, nämlich der Revitalisierung innerstädtischer Brachflächen. Denn auch in vielen bayerischen Städten und Gemeinden ist der Strukturwandel zunehmend sichtbar: Aufgelassene Produktionsstätten und Firmengelände, geräumte Kasernen, nicht mehr benötigte Liegenschaften von Bahn oder Post - Arealen und Gebäudekomplexe, die in ihrer ursprünglichen Nutzung nicht mehr gebraucht werden, gibt es in fast jeder Kommune. Viele dieser Brachen bieten durch ihre Größe und oftmals gute Lage die Chance, das innerstädtische Nutzungsangebot zu verbessern und Grundstücke, die einst Barrieren darstellten, wieder in das Stadtgefüge zu integrieren.

Durch den wirtschaftlichen Strukturwandel und durch demografische Veränderungen werden Flächen weiterhin brach fallen und umgebaut werden müssen. Ihre Mobilisierung und ihr Beitrag zur Standortverbesserung sind wesentliche Ziele bayerischer Stadterneuerungspolitik.

Viele Kommunen in Bayern haben bereits das große Potential solcher Flächen für eine nachhaltige Innenentwicklung genutzt.

Ziel des Landeswettbewerb 2006 ist es, Vorbilder für eine qualitativvolle, strategische Umgestaltung von Konversionsflächen zu kommunizieren und damit Impulse für die weitere Innenentwicklung durch Flächenrecycling auszulösen. Der Wettbewerb richtet sich an alle Städte, Märkte und Gemeinden, die bereits durch die Bündelung öffentlicher und privater Aktivitäten und Investitionen beispielhafte Projekte zur Innenentwicklung realisiert haben und bereit sind, ihre Erfahrungen weiterzugeben. Die Einbeziehung der Bauherren und ihren Architekten ist erwünscht. Die Auslobung dieses Landeswettbewerbs will auch dazu beitragen, Baukultur und Prozessinnovation in der Stadterneuerung weiter zu fördern.

Termine: Auslobung: 20.10.2005, Abgabe: 20.02.2006, Preisverleihung: 15.05.2006

Der Auslobungstext steht im Internet unter www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebauforderung

im Erfinden, sondern auch im technischen, wirtschaftlichen und spielerischen Verwirklichen halten. Es sei „mehr als unglücklich“, dass die Erfindung des Transrapid in Deutschland, aber sein erster Einsatz in China erfolge. China werde den Rekord und das Prestige für die erste Magnetschwebbahn einfahren.

Land der Erfinder

„Es ist immer schwierig, zwei Rationalitätsformen, technische und umwelterhaltende Rationalität, gleichzeitig zu realisieren. Aber im Vermögen zur Synthese dieser beiden Rationalitätsformen besteht das Wesen der echten Innovation und des wirklichen Fortschritts und es ist zu hoffen, dass Deutschland als Land der Erfinder auch beim Transrapid endlich die Kraft dieser Synthese und zur Verwirklichung des Transrapids in einer umweltverträglichen Weise findet“, schloss Koslowski seine Ausführungen.

Informationen darüber, wie die Ergebnisse der frühzeitig und über einen Zeitraum von einem Jahr durchgeführten Kartierung

in die Planung eingeflossen sind, gab Stephan Steingen vom Büro Fröhlich & Sporbeck. Er schilderte dies an den Beispielen Lerchenauer Straße (München), Würmkanal (Landkreis München) und der Isarquerung (Landkreis Freising). Europäische Aspekte präsentierte dazu Prof. Dr. Otto Sporbeck, Gesellschafter der Beratungsgesellschaft. Beide kamen zum gleichen Ergebnis.

Biotop- und Artenschutz

Sporbeck zufolge kann insgesamt festgestellt werden, dass durch die bei der Magnetbahnplanung durchgeführten Untersuchungen hinsichtlich der Betroffenheit von Natura 2000-Gebieten sowie von streng und besonders geschützten Arten in Verbindung mit den daraus resultierenden Vermeidungs-, Schutz- und Kompensationsmaßnahmen die Umweltfolgen für den Biotop- und Artenschutz auf ein Minimum reduziert werden konnten. Die Voraussetzungen für eine Zulassung des Vorhabens unter Beachtung der natur- und artenschutzrechtlichen Anforderungen sind geschaffen worden.“ **DK**

HypoVereinsbank
Firmenkunden Zentralbereich
Öffentliche Kunden
Thomas Grotowski
Telefon 089 378-46247

Was heißt eigentlich Öffentlich?

Öffentliche Kunden befinden sich in einem dynamischen Entwicklungsprozess. Ob Kommunen, Stiftungen, Kirchen oder Krankenhäuser. Themen wie Liberalisierung der Märkte, Kostensenkungen oder Privatisierung rücken immer mehr in den Vordergrund.

Die Anforderungen steigen. Ob komplexe Zahlungsverkehrslösungen, professionelle Anlageformen oder die Strukturierung von Finanzierungen. Mit unserem Know-How begleiten wir Sie umfassend. Präsenz vor Ort und Kenntnis der jeweiligen Landes- und Kommunalgesetze versteht sich. Fordern Sie uns.

HypoVereinsbank

Ein Mitglied der HVB Group

VDV sucht Konsens mit Politik über künftige ÖPNV-Finanzierung

Von Dipl.-Kfm. Günter Elste,
Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

Ein leistungsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) garantiert die Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger. Er stärkt darüber hinaus auch die Wirtschaft und ist somit ein überaus bedeutender Faktor für den Standort Deutschland.

Diese Sichtweise herrschte bisher auch in der politischen Landschaft über alle parteipolitischen Grenzen hinweg vor. Gegenwärtig sind die Lage und Perspektive des ÖPNV wie auch anderer gesellschaftlich bedeutsamer Sektoren jedoch vor allem geprägt durch den politischen Zielkonflikt zwischen Haushaltskonsolidierung und zusätzlichen Anforderungen in Sachen Mobilität, Ökonomie und Ökologie. Massive Kürzungen öffentlicher Finanzierungsbeiträge zum ÖPNV mit erheblichen Auswirkungen auf seine Leistungsfähigkeit und Attraktivität waren bereits die Folge. Politik für den ÖPNV ist jedoch in erster Linie Infrastrukturpolitik, die langfristig angelegt sein muss, um nachhaltige Erfolge sowohl auf verkehrlicher als auch auf ökonomischer und ökologischer Ebene erzielen zu können.

Neuer Konsens

Der VDV hat deshalb die Initiative ergriffen und im September 2005 das Diskussionspapier „Neuer Konsens zur Finanzierung des ÖPNV“ vorgelegt. Denn Deutschland braucht angesichts der großen arbeitsmarkt-, umwelt- und verkehrspolitischen Herausforderungen dringend einen neuen Konsens zur ÖPNV-Finanzierung - und dies zwischen allen Beteiligten. Der VDV und seine Mitglieder möchten daher mit der Politik in Bund, Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften in eine Diskussion eintreten, um trotz Sparzwängen auf Seiten der öffentlichen Hände eine den Herausforderungen entsprechende angemessene ÖPNV-Grundversorgung langfristig sicherzustellen.

Alle Politikbereiche, also auch der ÖPNV, sind demnach aufgefordert, selbstkritisch ihre Aufgaben auf das notwendige Maß zu konzentrieren und die Effizienz des dafür notwendigen Mitteleinsatzes zu steigern.

Zwei wesentliche Schritte

Der Vorschlag des Verbandes sieht zwei Schritte der Umsetzung vor: Zunächst muss eine Verständigung über ein angemessenes ÖPNV-Grundangebot und seinen Finanzbedarf gefunden werden. In einem zweiten Schritt sind anschließend die Finanzie-

und seiner Mitglieder zur weiteren Steigerung der Effizienz.

Der Verband und seine Mitglieder verpflichten sich, ihre Aktivitäten zur Steigerung ihrer Erträge und zur Senkung ihrer Kosten konsequent fortzusetzen. Damit werden öffentliche Haushalte weiter entlastet.

Bei den Fahrpreisen sind alle Potentiale des Marktes unter Beachtung der Preiselastizität der Nachfrage auszuschöpfen. Der VDV und seine Mitglieder bekennen sich weiter zu dieser Aufgabe. Sie erwarten von der Politik einerseits Mitwirkung bei der Schaffung einer gesellschaftlichen Akzeptanz zugunsten eines stärker nutzerfinanzierten ÖPNV und andererseits Selbstbeschränkung bei den rechtlichen Rahmenbedingungen, damit Fahrpreise und Fahrpläne marktorientiert, flexibel und schnell geplant, kalkuliert und umgesetzt werden können.

Bürokratieabbau

Effizienzsteigerung ist nicht nur ein Thema der Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbundorganisationen, sondern auch für alle anderen am ÖPNV Beteiligten. Der Abbau von Verwaltungskosten durch Entschlackung von Vorschriften, wirkungsvolle Abläufe, schlanke Organisationen, also Entbürokratisierung, ist ebenfalls als „Finanzierungsquelle“ des ÖPNV anzusehen. Verwaltungsprozesse (Aufbau und Ablauf) müssen ebenso kritisch überprüft werden wie vorhandene technische und betriebliche Standards.

Ermittlung des Umfangs und des Finanzbedarfs eines angemessenen ÖPNV-Grundangebotes

Moderne ÖPNV-Politik kommt vor dem Hintergrund der dramatischen Lage der öffentlichen Kassen nicht daran vorbei, das „Ob“ und „Wie“ der bisherigen Verkehrsangebote in jedem Einzelfall auf den Prüfstand zu stellen. Daraus sind Konsequenzen zu ziehen, sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch der

technischen und betrieblichen Standards. Gleichwohl muss dies rational und konzeptionell geschehen, d.h. es wird zunächst eine Übereinkunft über den Umfang und den Finanzbedarf eines angemessenen ÖPNV-Grundangebotes benötigt. Die gesetzlich festgeschriebene Revision des Regionalisierungsgesetzes, die 2007 mit Wirkung ab 2008 erfolgen muss, muss genutzt werden, um diese Arbeit nicht nur bezogen auf den SPNV, sondern für alle Verkehrsträger des ÖPNV konsequent anzugehen.

Anpassung der Finanzierungsinstrumente

Der VDV ist der Ansicht, dass auf der Basis eines gesamtpolitischen Konsenses über den Finanzbedarf auch eine Verständigung über die erforderliche Anpassung der ÖPNV-Finanzierungsinstrumente möglich sein wird. Maßstäbe müssen dabei der größtmögliche Wirkungsgrad der Finanzmittel aus öffentlichen Kassen und die größtmögliche Transparenz der Finanzierungsstrukturen sein.

Flankierende gesetzgeberische Maßnahmen

Schließlich sind weitere flankierende Maßnahmen zum Erreichen des Ziels erforderlich. Hier sind zum einen das Sicherstellen einer angemessenen Mitfinanzierung für die Grunderneuerung der vielerorts „in die Jahre gekommenen“ ÖPNV-Infrastruktur und zum anderen die Fortentwicklung des Baurechts unter dem Gesichtspunkt der ÖPNV-Erschließung zu nennen.

Der mit dem vorgelegten Diskussionspapier angeregte Prozess der Definition der künftigen Angebots- und Finanzierungsstrukturen im ÖPNV bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Politik, Aufgabenträgern, Verbundorganisationen und Verkehrsunternehmen. Gemeinsames Ziel muss es sein, ein optimales Verhältnis zwischen weiterer Effizienzsteigerung durch die Verkehrsunternehmen, Verstärkung der Nutzerfinanzierung und notwendiger Mitfinanzierung aus öffentlichen Kassen zu erreichen. Der neue Konsens muss jetzt gefunden werden, um weiteren Schaden von den Verkehrsunternehmen und in letzter Konsequenz vom Standort Deutschland abzuwenden!



Günter Elste, Präsident des VDV.

runsinstrumente hieran anzupassen. Flankierend sind weitere Maßnahmen durch die am ÖPNV Beteiligten erforderlich.

Stärkung der Nutzerfinanzierung

Der VDV sieht im Rahmen eines Gesamtpaketes sechs komplementäre Bausteine als notwendig an, die nur zusammen eine optimale Gesamtwirkung erreichen können: Selbstverpflichtung des VDV

Drittes Münchner Verkehrspodium:

Mobilität nachhaltig sichern

Perspektiven für umweltverträglichen Straßenverkehr

Der Personenverkehr in Deutschland wird nach Ansicht von Verkehrsexperten bis zum Jahr 2015 um etwa ein Prozent pro Jahr zunehmen. Dabei scheinen alle Zahlen und Statistiken ebenfalls zu belegen, dass dieser Verkehr hauptsächlich auf der Straße bewältigt wird. So ist die Sicherung eines Maximums an individueller Mobilität bei gleichzeitiger Reduzierung der ökologischen Belastung auf ein Minimum eine zentrale Zukunftsaufgabe für Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Technik.

Für das Bildungswerk der Hanns-Seidel-Stiftung war dieser Problembereich Thema des 3. Münchner Verkehrspodiums im Konferenzzentrum München. Unter dem Motto „Mobilität nachhaltig sichern - Perspektiven für einen umweltverträglichen Straßenverkehr“ diskutierten Experten über die Vereinbarkeit notwendiger individueller Mobilität und ökologischer Verantwortung. Alle Beteiligten waren sich zunächst einig, dass im Hinblick auf einen umweltverträglichen Straßenverkehr die in den vergangenen Monaten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehende Feinstaub-Diskussion, lediglich ein Aspekt von vielen sein kann.

Mobilität ist Leben

Mit der Prämisse „Mobilität ist Leben“ führte Johannes Hintersberger, Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz im Bayerischen Landtag, in sein Statement ein. Hintersberger sieht in der Mobilitätssicherung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit sind für ihn kein Widerspruch zu wirtschaftlichem Wachstum. Entscheidende Lösungsansätze im Spannungsfeld „Umwelt und Verkehr“ sieht er insbesondere in der Nutzung technischer Entwicklungspotenziale und einem integrierten Mobilitätsmanagement.

Auch Werner Schmid vom Bayerischen Gemeindetag betrachtet das Begriffspaar „Mobilität und Nachhaltigkeit“ nicht als Gegensatz. Mobilität müsse intelligent vernetzt und durch bürgorientierte Angebote gesichert werden, so Schmid. Zudem sollte bereits Kindern umweltgerechtes Mobilitätsverhalten vermittelt werden. Dies alles vor dem Hintergrund, dass Bayern durch seine ländliche Struktur auf individuelle Mobilität angewiesen sei.

Alternative Antriebssysteme

Günther Fischhaber von der AUDI AG skizzierte in seinem Kurzvortrag vor allem alternative Antriebssysteme: z. B. Hybrid-Antrieb, Erdgas und Wasserstoff. Er ging dabei auf Chancen und Risiken der jeweiligen Technologie ein. Neben den Antriebstechnologien sieht Fischhaber noch in der elektronischen Vernetzung von Fahrzeugen mit der Umwelt interessante Lösungsansätze für einen umweltverträglicheren Straßenverkehr.

Gerhard Heilmaier, Vorstand der jungen Münchner Loremo AG, einem innovativen Unternehmen aus der Automobilbranche, plädierte seinerseits für einen Werte- und Paradigmenwechsel. Schließlich finde Mobilität nicht nur auf der Straße statt, „sondern auch in unseren Köpfen“. Heilmaier sprach sich für neue Mobilitätsideen aus. So will die Loremo AG beispielsweise mit einem neuartigen Karosseriekonzept ein deutlich verbrauchsarmes Fahrzeug konstruieren.

Fazit: Mobilität nachhaltig zu sichern, bedeutet „Mobilität mit Verantwortung“. Dabei müssen ökonomische, ökologische und soziale Aspekte sinnvoll miteinander in Einklang gebracht werden. DK

Rathaus

19. – 20.10.2005

Kommunale 2005

N Ü R N B E R G

Der Marktplatz für Städte und Gemeinden

Tagung und Fachmesse für Kommunalbedarf

Die größte süddeutsche Fachmesse mit Tagung für Kommunalbedarf ist auch dieses Jahr wieder das Informationsforum für Sie als Entscheider aus Kommunen, Bezirksverbänden und Verwaltungen. Effiziente Lösungen, Konzepte und Dienstleistungen helfen Ihnen in der Praxis die nötigen Einsparungen zu erzielen. Das umfangreiche Kongressprogramm bietet Ihnen zahlreiche Möglichkeiten zum Dialog und Erfahrungsaustausch mit Kollegen und Fachleuten. Nutzen Sie die Gelegenheit und informieren Sie sich auf der Kommunale in Nürnberg! www.kommunale.de

Interessiert? Wir beraten Sie gerne: NürnbergMesse, Tel +49 (0)9 11. 85 06 -49 54, besucherinfo@nuernbergmesse.de

Veranstalter Tagung
Bayerischer Gemeindetag
Kommunal GmbH
Tel +49 (0)89 36 00 09-0
www.baygt-kommunal-gmbh.de

in Zusammenarbeit mit

VKU
Verband Kommunaler
Verwaltungen e.V.

Hilfsorganisatorischer Partner

Hilfsorganisatorischer Partner

NÜRNBERG MESSE

Resolution der ARGE28:

Hilfe für Grenzregionen

Appell: Verkehrspolitischen Kollaps in Ostbayern vermeiden

Mit einer Resolution haben die Wirtschaftskammern der ARGE28, einem Zusammenschluss von 28 Wirtschaftskammern aus Deutschland, Österreich, Italien und Griechenland, jüngst die politisch Verantwortlichen aller staatlichen Ebenen aufgefordert, sich für eine stärkere strukturpolitische Unterstützung in den Grenzregionen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten einzusetzen. Politiker in Brüssel, Berlin und München versprochen, sich entsprechend für die Grenzregionen zu engagieren und konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Der Forderungskatalog enthält u. a. die von der ARGE als „dringend notwendig“ erachteten Verkehrsprojekte für die Region Ostbayern: den vierspurigen Ausbau der B 85 von Amberg-Ost nach Cham, den durchgängigen dreispurigen Ausbau der B 12 Passau-Philippstreu, den sechsspurigen Ausbau der Bundesautobahn A 3 sowie die Errichtung der „Donau-Moldau-Bahn“ als Schnellstrecke von München über Regensburg und Cham nach Prag. „Die Wirtschaftskammern der ARGE28 fordern mit Nachdruck den unverzüglichen Aufbau einer leistungsfähigen, grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur, die die Wirtschaftsräume beiderseits der Beitrittsgrenze verbindet“, heißt es.

„Die Bundesregierung ist sich bewusst, dass die Grenzregionen an der Nahtstelle zwischen den bisherigen und den neuen EU-Mitgliedsstaaten seit der Erweiterung der EU einer besonderen Dynamik und einem schwierigen und langwierigen Integrationsprozess unterliegen“, erklärte Bundesminister Manfred

Stolpe. Die Fördermittel will die Bundesregierung jedoch auf die „besonders bedürftigen Regionen“ konzentriert sehen. „Die Bayerische Staatsregierung setzt sich gegenüber Bund und EU nachdrücklich dafür ein, dass die Interessen der Grenzregionen auch nach 2006 angemessen berücksichtigt werden“, antwortete Bayerns Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu. Die Regie-

Forderungskatalog ...

(Fortsetzung von Seite 4) Außerdem gebe es derzeit Gewinner - vor allem die großen Städte - und Verlierer, sprich vorwiegend die Landkreise. „Hier muss unbedingt ein Ausgleich geschaffen werden“, forderte der Präsident.

Anteil an der Umsatzsteuer

In der neuen Legislaturperiode muss laut Zellner die Struktur der Kommunalfinanzien dringend reformiert werden. Die Abhängigkeit der Kreishaushalte von den beiden Finanzierungs-

bezirke Oberfranken, Niederbayern und Oberpfalz müssten als Grenzregionen als eigenständiges Fördergebiet anerkannt werden.

„Die Europäische Kommission hat der Sondersituation der Grenzregionen Rechnung getragen. In ihrem Vorschlag für die Strukturfondsgrundverordnung der kommenden Programmperiode wurden die Regionen entlang der ehemaligen EU-Außengrenze als besonders förderwürdig eingestuft. Nun sind das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat aufgerufen, diesen Vorschlag zu unterstützen“, so der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern Oberpfalz, Toni Hinterdobler.

„Kreisumlage und staatliche Zuweisungen“ auf der einen Seite und das „Ausgeliefertsein“ bei der Bezirksumlage seien vom Selbstverwaltungsgedanken her bedenklich, zumal der Festsetzung der Kreisumlage bekanntlich Grenzen gesetzt seien. Ein Ausweg biete sich hier nur, wenn den Landkreisen ein gesicherter Anteil an einer der vorhandenen großen Steuern zuerkannt wird. Im Besonderen sei hier ein eigenen Anteil der Landkreise an der Umsatzsteuer zu denken. Die neue Bundesregierung sei daher gefordert, die

Landkreise im Rahmen einer Gemeindefinanzreform entsprechend zu beteiligen. In punkto Zukunft der Gewerbesteuer sagte Zellner: „Bis eine klar definierte, von den Städten und Gemeinden akzeptierte Ersatzlösung gefunden ist, stehen wir auf der Seite unserer ‚Schwesterverbände‘, die - wohl unter der gleichen Bedingung - an der Gewerbesteuer festhalten wollen.“ Tatsache sei, dass viele Landkreise die Einnahmen aus der Kreisumlage nahezu ausschließlich zur Finanzierung der ihnen abgeforderten Sozialleistungen, wie z.B. der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, Pflege-, Jugendhilfe, Grundsicherung im Alter, Unterkunftskosten für Empfänger von Arbeitslosengeld II und sonstigen Sozialhilfe verwenden und gleichzeitig von notwendigen Investitionsmaßnahmen absehen müssen. Der Gesetzentwurf des Freistaates Bayern und des Landes Nordrhein-Westfalen, dem die Vorschläge des Bayerischen Landkreistags zur Überprüfung der sozialen Leistungsgesetze und Standards zugrunde liegen und der weitere Sparmaßnahmen beinhaltet (Neugestaltung der Kostenbeteiligung der Anspruchnehmer und der Eltern, Heranziehung des Kindergeldes zur Finanzierung von Jugendhilfemaßnahmen etc.), müsse deshalb erneut eingebracht werden. „Eini-

gen an Verbesserungen ist zwar schon erreicht, aber vor allem eines nicht - die Einführung einer Finanzkraftklausel, weil nur so eine spürbare finanzielle Entlastung der Kommunen zu erzielen ist“, sagte Zellner.

Nachbesserungsbedarf

Der Präsident wies auch auf die finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen hinsichtlich der Grundsicherung im Alter hin (früher Grundsicherungsgesetz, jetzt Teil des SGB XII) und forderte eine Bundeserstattung über das Jahr 2005 hinaus: „Das gilt ungeachtet der Verfassungsbeschwerden der bayerischen Kommunen gegen das alte Grundsicherungsgesetz. Schließlich handle es sich hier um eine rentenähnliche Leistung, die bereits jetzt schon nicht mehr von den Kommunen getragen werden kann und deren Belastung demographisch bedingt noch deutlich ansteigen wird.“ Es bestehe also dringender Nachbesserungsbedarf.

Auch eine Wiederaufnahme der Föderalismusdiskussion ist nach Ansicht der bayerischen Landkreise unabdingbar notwendig. Es dürfe nicht sein, so

Softwarelösung Quadriga-Mobile:

Mobil verfügbare IT-Informationen

Auf der SYSTEMS in München stellt die Firma Quadriga Informatik die Software „Quadriga-Mobile“ vor, die kommunale IT-Abteilungen bei der Verwaltung der PCs und weiterer IT-Ressourcen unterstützt. Quadriga-Mobile erlaubt es, Informationen zu den vorhandenen IT-Ressourcen auf einem Pocket PC bereitzustellen und vor Ort verfügbar zu machen.

Muss ein Mitarbeiter der IT-Abteilung vor Ort ein Problem mit einem PC beheben, nützt es wenig, wenn die benötigten Angaben nur am eigenen Arbeitsplatz zur Verfügung stehen. Zwar ist es möglich, vorab Informationen zusammenzustellen und auszudrucken. Aber das ist umständlich, erfordert viel Papier und am Ende ist eine vor Ort dringend benötigte Information dann doch nicht dabei.

Mit Quadriga-Mobile hat der Mitarbeiter hingegen die Möglichkeit, die aktuellen Daten zu den vorhandenen IT-Ressourcen vom Arbeitsplatz-PC auf einen Pocket PC zu übertragen. Überall, wohin er den Pocket PC danach mitnimmt, hat er die Daten der PCs, Drucker, Monitore und der sonstigen IT-Komponenten zur Hand.

Scannen von Barcodes

Quadriga-Mobile erlaubt es, eigene Barcode-Etiketten zu erstellen und damit alle IT-Ressourcen einheitlich zu kennzeichnen. Mit einem Barcode-Scanner, der mit dem Pocket PC verbunden ist, scannt ein Mitarbeiter das auf der Komponente angebrachte Barcode-Etikett und bekommt sofort detaillierte Informationen zur Komponente auf dem Pocket PC angezeigt. Auch Fehler beim Abtippen der oft sehr langen Seriennummern lassen sich jetzt vermeiden: Zum Erfassen einer Seriennummer reicht es, den vom Hersteller angebrachten Barcode zu scannen, in dem die Nummer verschlüsselt ist.

Quadriga-Mobile unterstützt einen Hand-Scanner, der sich drahtlos mit ganz unterschiedlichen Pocket PCs verbinden lässt. Damit ist es möglich, bereits vorhandene Pocket PCs für Quadriga-Mobile zu verwenden und

Zellner, dass auch künftig durch Bundesgesetz Kommunen Aufgaben übertragen werden, ohne im Sinne eines Konnexitätsprinzips auch den auskömmlichen finanziellen Ausgleich dafür sicherzustellen. **DK**

mit dem Hand-Scanner zu kombinieren.

Bestandskontrollen

Ohne Quadriga-Mobile war es bei einer Bestandskontrolle bisher erforderlich, mit einer Strichliste umherzugehen, die Inventarnummern der Gegenstände abzulesen, auf der Strichliste abzuhaken und die gesamte Liste am PC abzutippen. Mit Quadriga-Mobile reduziert sich eine



Ein handlicher Scanner liest den Barcode eines Inventar-etiketts und überträgt die Daten drahtlos zum Pocket PC.

Bestandskontrolle auf das Umhergehen mit dem Pocket PC und Scannen der Barcode-Etiketten, mit denen die IT-Komponenten gekennzeichnet sind.

Zieht ein Mitarbeiter in einen anderen Raum, reicht es, am neuen Standort die Barcode-Etiketten der umgestellten Komponenten zu scannen, um den Umzug zu dokumentieren.

Diese Beispiele zeigen: Quadriga-Mobile beschleunigt Arbeitsabläufe und schaltet Fehlerquellen aus, die durch manuelle Tätigkeiten entstehen. Auch bei der Erst-Inventarisierung oder im Wareneingang bieten die in Quadriga-Mobile enthaltenen Anwendungen Unterstützung.

Basis am PC

Quadriga-Mobile ist sozusagen das „mobile“ Gegenstück zum PC-basierten Quadriga-IT. Zusammen bilden beide Pakete eine umfassende Lösung für die Verwaltung der IT-Ressourcen. Hardware-Komponenten und Softwarelizenzen, Anwender, Lieferanten, Verträge, Standorte und Räume, Problemfälle - all das lässt sich mit Quadriga-IT verwalten.

Als „offenes System“, das sich durch frei definierbare Zusatzfelder an unterschiedliche Bedürfnisse anpassen lässt, eignet sich Quadriga-IT auch zur Verwaltung von Gegenständen, die nicht zu den IT-Ressourcen gehören. Im Rathaus, für die Schulen und sonstige kommunale Einrichtungen kann die Software als allgemeine Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und technisches Gerät genutzt werden. Der Bauhof kann seine Maschinen mit ihren technischen Merkmalen erfassen, die Feuerwehr ihre Fahrzeuge.

Weitere Informationen: Im Internet: www.quadriga.de Auf der SYSTEMS 2005: Halle A2, Stand 542.

Verwaltung von PCs und anderen (IT-)Ressourcen

Quadriga-IT

- **Intuitive Benutzeroberfläche:** In Quadriga-IT lassen sich viele Aufgaben mit einem Minimum an Arbeitsschritten erledigen.
- **Mehr Überblick über die IT-Ressourcen:** durch systematische Verwaltung von Hardware, Softwarelizenzen, Anwendern, Lieferanten, Verträgen und Räumen.
- **Kostenreduzierung:** durch das gezielte Aufdecken von Einsparpotenzialen, bessere Nutzung vorhandener Ressourcen und Vermeidung unnötiger Neuschaffungen.
- **User HelpDesk:** zur Aufnahme, Bearbeitung und schneller Lösung von Problemfällen. Die Option „Web-IT“ macht den User HelpDesk für PC-Anwender via Internet erreichbar.
- **Automatisches Auslesen von PCs:** Die Option PC-Scan erlaubt es, Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen automatisch zu ermitteln.
- **Vertragsverwaltung:** Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen.
- **Bewährte Lösung:** die bereits bei über 800 Organisationen im Einsatz ist, darunter bei zahlreichen kommunalen Behörden. Zukunftssicherheit ist gewährt durch intensive und praxisnahe Weiterentwicklung.
- **Gutes Preis-/Leistungsverhältnis:** Funktionsreichtum und Funktionstiefe von Quadriga-IT sind im Verhältnis zum Preis außergewöhnlich.



Quadriga-Mobile
Der Pocket PC macht viele Informationen über die IT-Ressourcen vor Ort verfügbar, unterstützt den User HelpDesk und erleichtert Bestandskontrollen mit einem Barcode-Scanner.

SYSTEMS
IT Media Communications

24.-28. Oktober 2005
Halle A2, Stand 542

Weitere Informationen:
Fordern Sie eine kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns in München auf der SYSTEMS.

Quadriga Informatik GmbH
Herrnstr. 57
D-63065 Offenbach
Tel. 069.850030-0
Fax 069.850030-99
info@quadriga.de

www.quadriga.de

Voraussetzungen zur Prüfbarkeit von Nachtragsangeboten bei Bauverträgen

Trotz umfangreicher Literatur zum Thema „Mehrvergütungsansprüche“ stellt sich in der Praxis immer wieder die Frage nach der Prüfbarkeit eines Nachtragsangebotes. Die oberen Instanzgerichte legen die Schwelle für die Prüfbarkeit erfahrungsgemäß sehr niedrig an. Die meisten Urteile befassen sich jedoch mit der Prüfbarkeit von Kündigungsabrechnungen und von Schlussrechnungen.

Regelmäßig werden die Instanzgerichte vom BGH gerügt, dass sie die Anforderungen an eine prüfbare Abrechnung überhöht ansetzen würden. Es müsse deutlich unterschieden werden zwischen Prüfbarkeit und Richtigkeit einer Abrechnung. Maßgebend seien die Informations- und Kontrollinteressen des Auftraggeber, welche Umfang und Differenzierung der für die Prüfung erforderlichen Angaben bestimmen und begrenzen. Dies bedeutet im Klartext, eine Abrechnung kann zwar formal und rechnerisch nicht richtig, aber trotzdem prüfbar sein.

Dies kann jedoch für Nachtragsangebote so nicht gelten. Bei einer Abrechnung ist im Normalfall nur das Zustandekommen der Abrechnungsmengen auf geeignete Art nachzuweisen. Während Notwendigkeit der Leistung und deren

Preis durch den Vertrag „vorbestimmt“ sind, ist dies bei Nachtragsforderungen gerade nicht der Fall.

Bamberger Urteil

In einem der wenigen Urteile zur Prüfbarkeit von Nachträgen (OLG Bamberg, AZ:3 U 240/00) heißt es unter anderem, dass der Unternehmer die für die Preisermittlung maßgeblichen Ermittlungsgrundlagen darzulegen habe, anderenfalls der Nachtrag nicht prüfbar wäre. Nach Auffassung des Verfassers bestätigt diese Entscheidung die übliche Sichtweise des BGH für solche Nachträge, bei denen die Anspruchsgrundlage unstrittig und die Preisermittlung selbst den wesentlichen Bestandteil des Nachtrags darstellt. Bei Nachtragsforderungen auf Grund geänderter oder

zusätzlicher Leistungen und insbesondere aus dem Bereich der Behinderungen, Bauzeitverlängerungen, Beschleunigung, kurz: der gestörten Bauabläufe stellt sich die Frage der Prüfbarkeit bereits früher. Ein Großteil dieser Nachträge macht die Darstellung des terminlichen Bausolls, die bauablaufbezogene Darstellung der Störungseignisse (hindernde Umstände) und der Nachweis der Kausalität bzgl. Ursache - Wirkung - Folgen aus. Bevor diese Grundlagen nicht gesichert sind, kommt man in den genannten Fällen gar nicht zu einer Prüfung der Nachtragshöhe bzw. rechnerischen Richtigkeit.

Feststellung der Vollständigkeit

Der Erlass „Richtlinien zu den §§ 1 und 2 VOB/B, Leitlinien zur Vergütung bei Nachträgen...“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 6. Januar 2004 sieht unter Nr. 3.2.2 als ersten Schritt einer Prüfung vor, „...festzustellen, ob die Unterlagen vollständig und prüfbar sind. Nichtprüfbare Unterlagen sind zur Ergänzung zurückzugeben.“

Hieraus lässt sich richtigerweise folgern, dass eine Nachtragsforderung wegen unvollständiger Unterlagen nicht prüfbar ist. Es empfiehlt sich, einen Passus, der diese Vollständigkeit der Nachtragsunterlagen beschreibt, als sog. „Besondere Nachtrags-Vergabebedingungen“ mit in die Besonderen Vertragsbedingungen aufzunehmen. Die Unterlagen dürften als vollständig zu bewerten sein, wenn das Nachtragsangebot entsprechend der nachstehenden Auflistung gegliedert ist und es die jeweils erforderlichen Nachweise und Anlagen beinhaltet.

1. Sachverhaltsdarstellung
2. Vertragsleistung
3. Tatsächlich ausgeführte/auszuführende Leistung
4. Ursache der geänderten / zusätzlichen Leistung mit baubetrieblicher Begründung
5. Anspruchsgrundlage
6. Ermittlung der Höhe der Nachtragsforderung
7. Auswirkungen auf den Bauablauf
8. Vorbehalte
9. Anlagen

Feststellung der Anspruchsgrundlage

Da die Anspruchsgrundlagen z.B. nach §§ 2 oder 6 VOB/B unterschiedliche Folgen haben, muss die der Nachtragsforderung jeweils zu Grunde liegende klar und eindeutig erkennbar sein. Ein Nachtrag ist nicht prüfbar, wenn hier, frei nach dem Motto „ein § wird schon

treffen“, mit der VOB-Schrotflinte in den Nachtragswald geschossen wird. Weiterhin gilt: eine Nachtragsforderung, zum Beispiel auf Grund einer Behinderung, welche dargestellt wird durch den adäquat kausalen Zusammenhang zwischen Ursache (hindernde Umstände) und Wirkung (z.B. Verzögerung, geänderte oder zusätzliche Leistung) hat die entsprechenden Nachweise hierfür zu beinhalten. Ohne diese Unterlagen, mit denen die geforderte Kausalität bewiesen werden muss (§286 ZPO), ist der Nachtrag ebenfalls nicht prüfbar.

Feststellung der Preisermittlungsgrundlage

Fehlen die maßgeblichen Preisermittlungsgrundlagen (siehe: OLG Bamberg, AZ:3 U 240/00) wie die erforderlichen Kalkulationsansätze (§ 2 VOB/B) oder die entsprechenden Schadensnachweise bzw. -ermittlungen (§ 6 VOB/B) so ist die Prüfbarkeit eines Nachtragsangebotes nicht gegeben. Dies ist auch der Fall wenn Anspruchsgrundlage und Preis- bzw. Schadensermittlung nicht korrespondieren.

Warum sollten an die Prüfbarkeit von Nachtragsforderungen, bei denen es oft um „das richtige Geld“ geht, wesentlich geringere Ansprüche gestellt werden als an die Prüfung der Angebotunterlagen im Vergabestadium? Die Anzahl von Beschlüssen und Urteilen der letzten Monate zu den Themen „Mischkalkulation“ bzw. „Spekulationspreis“ sowie „Vollständigkeit der Angebotsunterlagen“ spricht für sich.

Fazit: Eine Nachtragsforderung ist dann prüfbar, wenn die drei Kriterien Vollständigkeit, Anspruchsgrundlage und richtige Preisermittlungsgrundlage festgestellt sind. Praxistipp: Es empfiehlt sich für Auftraggeber und deren Ingenieurbüros, Nachtragsangebote, welche mit der Bitte um entsprechende Ergänzung an den Auftragnehmer werden, mit einem Vermerk zu versehen. Beispielsweise: „Es wurde festgestellt, dass das Nachtragsangebot nicht prüfbar ist da...“, dann sollte die Nennung eines oder mehrerer der drei genannten Kriterien folgen. Die Verwendung des Begriffes Prüfung (z.B.: „Bei der Prüfung wurde festgestellt, dass...“) verbunden mit eventuellen Korrekturen und/oder handschriftlichen Eintragungen könnte unter Umständen später dahingehend ausgelegt werden, dass die Prüfbarkeit gerade dadurch belegt wird und das Nachtragsangebot somit prüfbar ist.

Autor Dipl.-Ing. Jürgen S. Weber ist Lehrbeauftragter an der Universität Karlsruhe (TH) und Senior Consultant bei der James R. Knowles (Deutschland) GmbH. Weitere Informationen unter weber@knowles.de bzw. www.knowles.de

Flächensparen beginnt im Ortsinneren

Der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Albert Göttle, hat dazu aufgerufen, bei Bebauungen verstärkt die innerörtlichen Baulandreserven einzubeziehen. Denn bis zu 20 Prozent der innerörtlichen Flächen in den Gemeinden werden bislang nicht oder kaum genutzt, wären aber für eine Bebauung geeignet. Das ist das Ergebnis eines Pilotprojektes, an dem fünf bayerische Modellgemeinden - die schwäbischen Gemeinden Rehling und Schmiechen, die oberbayerische Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn bei München, die oberfränkische Gemeinde Walsdorf bei Bamberg und die unterfränkische Stadt Hammelburg mit dem Ortsteil Westheim - teilgenommen haben.

Das Besondere daran: Bürger und Agenda-Gruppen der Gemeinden haben die Bestandserhebungen selbst durchgeführt, Fachleute des LfU haben sie dabei unterstützt. Göttle lobte die Modelluntersuchungen als nachahmenswertes Beispiel der Zusammenarbeit: „Wir müssen noch stärker wegkommen vom Neubau auf der grünen Wiese, damit der Flächenverbrauch im Freistaat weiter zurückgeht. Dies schont Natur und Landschaft und spart teure Erschließungen gleichermaßen.“



Rechtsanwalt Uwe-Carsten Völlink (l.) mit Alfred Kailing (HWK Schwaben). Bild: HWK

Neues VOB-Recht bietet viele Gestaltungsmöglichkeiten:

Billig ist nicht gleich preiswürdig

(treu) Wenn im öffentlichen Bereich Bauleistungen ausgeschrieben werden, so geschieht dies stets nach den Richtlinien der „Vergabungsordnung für Bauleistungen“, kurz VOB genannt. Bei umfangreichen Bauvorhaben ist dabei der Gestaltungsspielraum zum Beispiel für eine Kommune recht begrenzt. Das Vergaberecht wird nun aber aufgrund neuer EU-Richtlinien eine Überarbeitung erfahren, die bis zum 31.01.2006 in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Öffentliche Auftraggeber haben dann voraussichtlich mehr Chancen regionale Anbieter zu berücksichtigen.

Die Handwerkskammer für Schwaben hat dazu nun eine Informationsveranstaltung durchgeführt, die sich ganz speziell an Mitarbeiter und Entscheider in den Bauverwaltungen, an Architekten, Statikbüros und an Handwerksunternehmer richtete. Als Referent konnte ein ausgesuchter Fachmann für Vergaberecht, Rechtsanwalt Uwe-Carsten Völlink von der Kanzlei Nörr und Partner in München gewonnen werden.

Notwendige Kenntnis

In seiner Einführung betonte Alfred Kailing, der Geschäftsbereichsleiter für Beratung bei der Handwerkskammer für Schwaben, wie wichtig sowohl für die Verantwortlichen der öffentlichen Verwaltungen, wie auch für die Handwerksunternehmer eine gute Kenntnis des VOB-Rechts ist. „Die Städte und Gemeinden sitzen mit ihren ortsansässigen Unternehmen in einem Boot. Sie sollten auch gemeinsam rudern und sorgsam darauf achten, dass Aufträge auch in der Region bleiben. Denn vor Ort zahlen die Betriebe Steuern und Abgaben, dort stellen sie Arbeits- und Ausbil-

dungsplätze, aber dann brauchen sie auch aussichtsreiche Angebotsmöglichkeiten.“ sieht es Kailing als Verpflichtung der Kommunen an, so auszuschreiben, dass die Betriebe am Ort reelle Chancen haben. Der Gesetzgeber habe, so Kailing weiter, für den Mittelstand Schutzmechanismen vorgesehen und diese sind im Interesse einer prosperierenden Wirtschaftsleistung im regionalen Bereich auch anzuwenden und zu berücksichtigen. Entscheidend dabei ist, dass neben dem Preis auch weitergehende Kriterien wie Service und Qualität in den Ausschreibungen Eingang finden und in der Wertung berücksichtigt werden.

Fachfragen

Von den rund 70 anwesenden Teilnehmern wurden diese Ausführungen sehr interessiert aufgenommen und spezielle Fachfragen diskutiert - so unter anderem, wie durch Einbezug von Dienstleistungen ortsnahe Unternehmen einen Vorteil erlangen können. Aufgrund der guten Resonanz plant die Kammer eine Neuauflage dieser Veranstaltung.



Der gesamte Sieger-Dachgarten in einer Übersicht. Bild: FBB

Erstmalig vergeben:

FBB-Gründach des Jahres 2005 „Privat“

Im letzten Jahr lobte die Fachvereinigung Bauwerksbegründung e.V. (FBB) in Zusammenarbeit mit der Bausparkassenzeitschrift „house and more“ das FBB-Gründach des Jahres „Privat“ aus. Es sollten Beispiele begrünter Dächer aus dem privaten Wohnungsbau eingereicht werden. Aus den vielen eingegangenen Bewerbungen hat der Vorstand der FBB nun den Sieger ermittelt: der FBB-Vorsitzende Dr. Gunter Mann überreichte Ulrich Flohrer aus Karlsruhe die Siegerurkunde mit der Begründung, dass der Vorstand fasziniert war von der Entstehungsgeschichte der Dachbegründung und deren Funktion als grüne Oase mitten in der Stadt.

Das Gebäude entstand vor über 100 Jahren und Ulrich Flohrer kaufte seine Altbauwohnung 1995 gleich mit dem Vorhaben und der Baugenehmigung für eine nutzbare und begrünte Dachterrasse. 1999 setzte der Hausherr seine Pläne um. Dabei mussten Dachkonstruktion samt Statik und Dachabdichtung der neuen Situation angepasst werden.

Auf 84 Quadratmetern entstand in Eigenleistung in einer von Gebäuden umgebenen Hinterhoflage ein hervorragender Dachgarten, der es in sich hat: flachgründige extensive Bereiche mit Schnittlauchwiese, zwei lauschige Sitzplätze umgeben von Hochbeeten und Pflanzkübeln mit Birke, Kastanie, Hartriegel, Buchs und sogar Feigen, Holzterrasse und -wege, begrünter Werkzeugschuppen und Details wie Brunnen und Kompostcontainer.

Die bis ins Detail geplante und mit viel Gefühl für die Natur umgesetzte grüne Dachterrasse ist ein Musterbeispiel für die Rückholung von Grün und Erholungsflächen in stark besiedelte Bereiche. Ein Blick von dem benachbarten Hochhaus verdeut-

licht die beneidenswerte Dachbegründung in einer überwiegend versiegelten Stadtsituation. Doch nicht nur der Hausherr selbst profitiert vom grünen Dach, sondern auch die Nachbarn, die den schönen Anblick genießen dürfen und die Bewohner darunter, die auch im Sommer eine angenehm kühle Wohnung haben. Ulrich Flohrer selbst nutzt die begrünte Dachterrasse mit Freunden und seiner Katze oft und schätzt die Ruhe und den schönen Anblick blühender Pflanzen. Selbst bei sommerlicher Hitze bietet der Dachgarten ausreichend Schatten und angenehme Kühle.

Einen Garten mitten in Karlsruhe zu bekommen ist fast unmöglich oder kostet bei einem Grundstückspreis von etwa 400 Euro pro Quadratmeter viel Geld. Da rechnet sich ein solcher Dachgarten schnell, selbst wenn Zusatzkosten durch neue Statik und Dachabdichtung anfallen - der Garten auf dem Dach kostete in diesem Fall nur die Hälfte!

Ein schönes Beispiel, das eindrucksvoll verdeutlicht, dass gerade in versiegelten Bereichen Dächer viele Möglichkeiten bieten.

Partner der Kommunen für...

Stadtentwicklung und Immobilienmanagement

- Innenstadtentwicklung
- Standortentwicklung
- Baulandentwicklung
- Machbarkeitsuntersuchungen
- Konversion
- Stadtbau
- Stadtplanung
- Stadtmarketing
- Public Private Partnership (PPP)
- Strategieberatung
- Portfolio-Management
- Erfassen und Bewerten kommunaler Liegenschaften und Infrastruktur
- Organisationsoptimierung
- Neues kommunales Haushaltsrecht (NKH/NKF)

Seit über 50 Jahren ist BauGrund als immobilienwirtschaftlicher und stadtbaulicher Dienstleister für die öffentliche Hand, vor allem für Städte und Gemeinden, tätig. BauGrund greift auf ein Erfahrungspotenzial zurück, welches nahezu einmalig für ein kommunales Dienstleistungsunternehmen ist.

Im Bereich der Stadtentwicklung führt BauGrund vielfältige Tätigkeiten zum Auf- und Ausbau sowie zur Entfaltung von Städten, Standorten und Bauland durch und ist nach Baugesetzbuch bestellter Entwicklungs- und Sanierungsgeber.

BauGrund ist Treuhänder für Städte und Gemeinden. So übernimmt BauGrund auch die Beratung und das Management für kommunale Immobilien und Infrastrukturvorhaben.

Aus gutem Grund - BauGrund

12. - 20.10.2005
Kommunale 2005
Halle 12.0 Stand 216

Deutsche Bau- und Grundstücks-AG
Chlodwigplatz 1 · 53119 Bonn
Telefon (0228) 5 18-212 · Telefax (0228) 5 18-276
www.baugrund.de · E-Mail info@baugrund.de

BauGrund

Dillingen an der Donau:

Vertrauen auf modernste Erdgastechnik

Das landschaftlich schön gelegene Dillingen an der Donau ist eine Stadt, in der es sich gut leben und arbeiten lässt. Attraktiv sowohl als Wirtschaftsstandort wie auch als Kulturstadt bietet Dillingen seinen Bürgerinnen und Bürgern alle Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Eine der obersten Prioritäten der Stadtverwaltung Dillingens ist umweltschonendes und nachhaltiges Handeln. Da versteht es sich fast von selbst, dass die Stadt bei der Energieversorgung auf Erdgas setzt.

erdgas schwaben versorgt seit über 50 Jahren die Region Schwaben mit dem umweltschonenden Erdgas. Im Frühjahr 1952 gegründet, baute der Energieversorger sein Leitungsnetz stetig und vorausschauend aus. Heute umfasst das Netz über 4.700 Kilometer in ganz Schwaben und versorgt 165

Städte und Gemeinden in der Region.

Langlebige Heiztechnik

Eine davon ist seit vielen Jahren die große Kreisstadt Dillingen an der Donau. Dillingens Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl sitzt dabei sozusagen an der Quelle, denn neben Benediktinerkolleg und Donaustadion versorgt erdgas schwaben auch das Rathaus in der Königstraße mit der umweltschonenden Energie Erdgas. Hans-Jürgen Weigl ist stolz auf Dillingens

historisches Rathaus: „Das sogenannte Alte Rathaus, erzählt er, „wurde bereits um 1500 erbaut. 1827 dann wurde ein nachgebildeter Renaissance-Giebel vorgeblendet und die Traufseite entsprechend dekoriert. Damit sah unser Rathaus schon beinahe genauso aus wie die Dillingerrinnen und Dillinger es kennen. Die letzte große Veränderung war der Einbau einer Erdgasheizung. Damit verbindet sich aufs Angenehmste historische Architektur mit modernster Erdgastechnik. Darüber hinaus achten wir als innovative und moderne Stadt bereits seit Jahren bei unseren Bauvorhaben auf eine umweltschonende und langlebige Heiztechnik. Mit Erdgas sind diese Voraussetzungen erfüllt.“

Georg Radlinger, Leiter des Kommunalkundenmanagements

von erdgas schwaben, sieht sich bestätigt: „Aufgrund der hohen technischen Standards sowie der Zuverlässigkeit moderner Erdgasgeräte hat Dillingen mit Erdgas eine sichere, saubere und umweltschonende Energie gewählt. Erdgas ist zudem langfristig verfügbar. Wir von erdgas schwaben bemühen uns unser Leitungsnetz schwabenweit auszubauen. Im Jahr 2005 sind dafür Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe eingeplant. Schwaben ist unsere Heimat, daher ist es für uns wichtig, dass wir als regionales Versorgungsunternehmen uns gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hier in der Region engagieren - zum Nutzen aller Menschen, die hier leben und arbeiten.“

Steigende Nachfrage

Erdgas ist in Deutschland eine vergleichsweise junge Energie. Die Nachfrage nach Erdgas steigt kontinuierlich. Über 75 Prozent aller Neubauwohnungen werden heute mit einer Erdgasheizung ausgestattet. Tendenz steigend.

ATZ Entwicklungszentrum Sulzbach-Rosenberg:

„Technik im Zelt“ ein voller Erfolg

Große Resonanz erfuhren die 1. Fachtagung des ATZ Entwicklungszentrums in Sulzbach-Rosenberg und die anschließende Jubiläumsfeier anlässlich des 15. Geburtstags des ATZ. 150 Teilnehmer informierten sich über „Verfahren und Werkstoffe für die Energietechnik“ mit dem Schwerpunkt „Energie aus Biomasse und Abfall“. Abends beging das ATZ dann mit mehr als 300 zum Teil hochkarätigen Gästen sein Jubiläum.

Unter dem Motto „Technik im Zelt“ berichteten Fachleute aus Wissenschaft und Praxis zwei Tage lang über zukunftsweisende Konzepte und ihre Erfahrungen als Betreiber. Thermische und biologische Prozesse, die Nutzung der dabei erzeugten Energie sowie die Vermeidung von Korrosion und Verschleiß standen im Mittelpunkt der Diskussion.

Gründergeneration

Festredner Hans Spitzner, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, der das ATZ von seinen Anfängen begleitet hat, stellte bei der Jubiläumsfeier besonders die Gründergeneration um Altlandrat Dr. Hans Wagner, Prof. Dr. Karl Brotzmann, dem verstorbenen Prof. Bergmann und Willi Morgenschweis sowie die große Unterstützung durch die Firma Conrad Elec-

tronic hervor. Kuratoriumsvorsitzender Herrmann Fellner beschied dem ATZ gute Zukunftsaussichten, da in der Biomasse-Nutzung das größte Entwicklungspotential aller regenerativer Energien stecke.

Idealer Partner

Für den Berchinger Unternehmer Hans Huber als Fördervereinsvorsitzender stellt das ATZ wiederum einen idealen Partner für den Mittelstand dar, weil es den Übergang der Technologie vom Labor in die Anwendung realisiere.

Nach den Dankesworten von ATZ-Vorstand Prof. Dr. Martin Faulstich mit der Bemerkung, die lobenden Worte der Vorredner seien „Balsam auf die Seelen des ATZ und seiner Mitarbeiter“, ging man zum gemütlichen Teil des Abends über. **DK**



V. l.: Ulrich Kühnl, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG, Innenstaatssekretär Georg Schmid, Erna-Maria Trixl, Geschäftsführerin LEW TelNet GmbH, Dr. Manfred Nozar, 1. Bürgermeister der Stadt Neusäß.

Stadt Neusäß:

Eröffnung der neuen LEW TelNet-Zentrale

Neusäß wird künftig zu einem Knotenpunkt hochmoderner Infrastruktur in Sachen Kommunikation: Mitte September wurde die neue Firmenzentrale der LEW-Datenkommunikationstochter TelNet feierlich eröffnet.

Im Beisein von Staatssekretär Georg Schmid und zahlreichen Gästen wurde der neue Firmensitz des Spezialisten für Datenkommunikation LEW TelNet in Neusäß nun auch offiziell eingeweiht. Bürgermeister Dr. Manfred Nozar begrüßte die Anwesenden und freute sich über den Gewerbezuwachs für die Stadt Neusäß. Zudem präsentierte LEW TelNet im Rahmen der Feierlichkeiten auch ihr neues Firmenlogo.

Aufträge an regionale Firmen

Rund 750.000 Euro hat der Umbau der ehemaligen Neusäß-Bezirksstelle zum neuen Firmensitz der LEW TelNet gekostet. Auf etwa 1000 Quadratmetern sind Büroflächen sowie eine Funkmontagewerkstatt entstanden. LEW TelNet hat dabei für den Umbau gezielt Aufträge an Firmen aus der Region vergeben. „Die Lechwerke übernehmen Verantwortung für Standorte in der Region“, betonte LEW-Vorstandsmitglied Ulrich Kühnl.

Nach nur sechs Monaten Bauzeit nahmen die 72 Mitarbeiter der LEW TelNet schon Anfang August die Arbeit in Neusäß auf. Die LEW TelNet als hundertprozentige Tochter der Lechwerke AG ist einer der

führenden Dienstleister für Datenkommunikation in Bayerisch-Schwaben. LEW TelNet hat aus dem einstigen internen Kommunikationsnetz der Lechwerke ein modernes Datenübertragungsnetz entwickelt, das höchsten Anforderungen gerecht wird. So ist ein Vorzeigemodell für Kommunikationsinfrastruktur am Standort Schwaben entstanden. Außerdem wird die Region wirtschaftlich gestärkt. Auch der Standort Neusäß wird aufgewertet und profitiert von der neuen Entwicklung: Immerhin leistet die LEW-Gruppe insgesamt gut eine Million Euro an Konzessionsabgabe und Gewerbesteuer, die Neusäß zugute kommen.

Umfangreiches Angebot

Auch künftig spezialisiert sich LEW TelNet auf die Bereitstellung von System- und Datenkommunikations-Lösungen für Unternehmen und Behörden. LEW TelNet bietet ihren Kunden Standortvernetzungen, Internetdienste, IT-Sicherheitslösungen, Dienstleistungen rund um das Datennetz und Internettelefonie an. Zu den Kunden des Unternehmens gehören namhafte Firmen (zum Beispiel Erdgas Schwaben) ebenso wie fast alle Landratsämter der Region und viele Kommunen.

Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft:

Vehementer Einsatz für Wasserkraftwerke

4.248 Wasserkraftwerke in Bayern werden 2005 rund 20 Prozent des bayerischen Strombedarfs erzeugen. Das erspart der Umwelt jährlich rund 12 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) setzt sich deshalb vehement für den Erhalt und Ausbau von Wasserkraftwerken ein. „Sie sind eine verlässliche Säule der dezentralen Stromversorgung“, betont Geschäftsführer Dr. Christoph Präl.

Durch die Wasserrahmenrichtlinie der EU ist die umweltfreundliche Wasserkraft gefährdet: Ihre Vorgaben sind primär auf den natürlichen Zustand von Gewässern gerichtet; wirtschaftliche Nutzung ist nur in Ausnahmen vorgesehen. Das widerspricht übergeordneten Umweltzielen wie der Reduzierung von Kohlendioxid durch den Einsatz regenerativer Energien.

Der Verband fordert die Politik daher auf, diesen energiepolitisch bedeutenden Aspekten durch eine maßvolle Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie Rechnung zu tragen.

Außerdem setzt sich der VBEW dafür ein, dass das Er-

neuerbare-Energien-Gesetz nachgebessert und effizient gestaltet wird. Dazu gehört insbesondere die Beseitigung der Ungleichbehandlung der großen Wasserkraftanlagen, die den größten Erzeugungsanteil beitragen und damit für die übergeordneten Umweltziele eine besondere Bedeutung haben. Dazu gehört weiter, dass sich die Förderung am tatsächlich gegebenen volkswirtschaftlichen Nutzen orientiert.

Der Einsatz der Wasserkraft wird für die Netzstabilität immer wichtiger. Wasserkraftwerke können in sekunden-schnelle die unregelmäßige Stromerzeugung aus Windkraft ausgleichen.

Passivhaus gegen steigende Energiepreise

Die nächste Nebenkostenabrechnung könnte Hausbesitzer ebenso wie Mieter erschrecken. Grund sind die extrem gestiegenen Energiepreise. Nicht so bei einem Passivhaus: „Die Lüftung mit Nachheizung einschließlich Warmwasser verbraucht in unserem Haus unter 1,5 Liter Heizöl pro Quadratmeter Wohnfläche“, freut sich Hausbesitzer Colin Hartmann, „das bedeutet, dass wir bei den derzeitigen Energiepreisen etwas über 100 Euro im Jahr an Heizkosten haben.“ Ein herkömmlicher Neubau in vergleichbarer Größe liegt dagegen bei knapp 500 Euro pro Jahr.

Den Verbrauch von Heizöl oder Gas senken lautet deshalb die Devise. „Beim Neubau geht das mit einem Passivhaus am einfachsten“, erklärt eza!-Geschäftsführer Martin Sambale, „damit kann man gegenüber einem herkömmlichen Baustandard 80 Prozent an Energiekosten sparen.“ Wer aus einem Altbau in so ein energiesparendes Haus umzieht, erzielt natürlich noch höhere Einsparungen.

Passivhäuser haben die Öko-Freak-Ecke längst verlassen. Die Systeme sind längst Stand der Technik und haben sich im Alltag bewährt. Auch das Gerücht, dass Passivhäuser unerschwinglich sind, ist mittlerweile widerlegt: „Das Passivhaus Hartmann konnte aufgrund der effektiven Zusammenarbeit mit den Fachplanern und den Handwerkern zum Preis eines konventionellen Gebäudes realisiert werden“, fasst Architekt Jochen Schurr zusammen. Beim Passivhaus sind zwar einzelne Bauteile, wie zum Beispiel die Dämmung, aufwändiger. Andere Teile wie etwa Heizkörper fallen dafür komplett weg. Der Rest amortisiert sich fast immer in wenigen Jahren.

Und die Bewohner sind mit ihrem Energieverbrauch ebenso zufrieden wie mit dem Komfort. „Als zusätzlichen Komfort im Passivhaus betrachten wir die Lärmschutz Eigenschaften der Dreifachverglasung. Die größte Komfortsteigerung bringt uns aber die Lüftungsanlage: die Raumluft ist immer frisch, Gerüche werden schnell abgesaugt, selbst im Bad bleiben alle Ecken trocken und der Wohnraum bleibt frei von Staub, Fliegen und Mücken“, ist der Irseer Hausbesitzer begeistert. Auch einen Altbau kann man übrigens auf Passivhaus-Niveau sanieren.

...ebenso wie 164 weitere Städte und Gemeinden in unserer Region

Hans-Jürgen Weigl, Oberbürgermeister der Stadt Dillingen an der Donau, freut sich, dass den Dillingen Bürgerinnen und Bürgern mit Erdgas eine saubere und umweltschonende Energie zur Verfügung steht.

www.erdgas-schwaben.de

Dillingen a. d. Donau - wir heizen mit Erdgas

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Als erster bayerischer Regionalversorger:

E.ON Bayern für Netzbetrieb bei Strom und Gas nach TSM zertifiziert

Bei TSM geht es um den Nachweis, inwieweit alle sicherheitsrelevanten Themen in den technischen Regelwerken beschrieben sind und wie deren Umsetzung gelebt wird. Basis für TSM bilden Richtlinien des Verbandes der Netzbetreiber und der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches.

Ein Versorgungsunternehmen muss im Sinne von TSM eine klar gegliederte Organisation nachweisen. Außerdem müssen die personellen, technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen vorhanden sein, um einen sicheren und effizienten Netzbetrieb zu gewährleisten. Mit TSM wird somit die Leistungsfähigkeit des Netzbetreibers intensiv auf den Prüfstand gestellt.

Konsequente Umsetzung der Richtlinienqualität

Bei E.ON Bayern betonte das TSM-Prüfungsgremium die hervorragende Richtlinienqualität und deren konsequente

Umsetzung. Beispielhaft sei das von E.ON Bayern entwickelte integrierte Störungskonzept für Strom und Gas.

Hoher Standard in allen Regionen

„Wir haben in den letzten Jahren hart daran gearbeitet, unseren Netzbetrieb in allen Regionen auf einen gleichen Standard mit hohem Niveau zu bringen.“, äußerte sich der technische Vorstand der E.ON Bayern AG, Hermann Wagenhäuser, bei

der Übergabe der Zertifikate.

Zertifikate

Die Zertifikate für den Strombereich überreichten Dr. Gerd von Laffert vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Dr. Christoph Prael, Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft und Dr. Konstantin Staschus, Geschäftsführer des Verbandes der Netzbetreiber.

Jörn-Helge Moeller, Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft überreichte die Gasurkunde.



Von links: Dr. Christoph Prael, Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, Alois Mader, Leiter Netztechnik E.ON Bayern, Jörn-Helge Moeller, Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft, Hermann Wagenhäuser, Mitglied des Vorstands der E.ON Bayern AG, Dr. Konstantin Staschus, Geschäftsführer des Verbandes der Netzbetreiber, Dr. Gerd von Laffert, Referent für Grundsatzfragen der Energiewirtschaft, Bayerisches Wirtschaftsministerium, Peter Richmann, Thüga AG.

Erstmalige Verleihung:

Kulturpreis Bayern

In enger Partnerschaft mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst verleiht die E.ON Bayern AG am 20. Oktober 2005 erstmals den Kulturpreis Bayern.

Würdigung herausragender Leistungen

Dieser Kulturpreis ist mit insgesamt 154.000 Euro Preisgeld jährlich dotiert und würdigt herausragende Leistungen in Kunst und Wissenschaft.

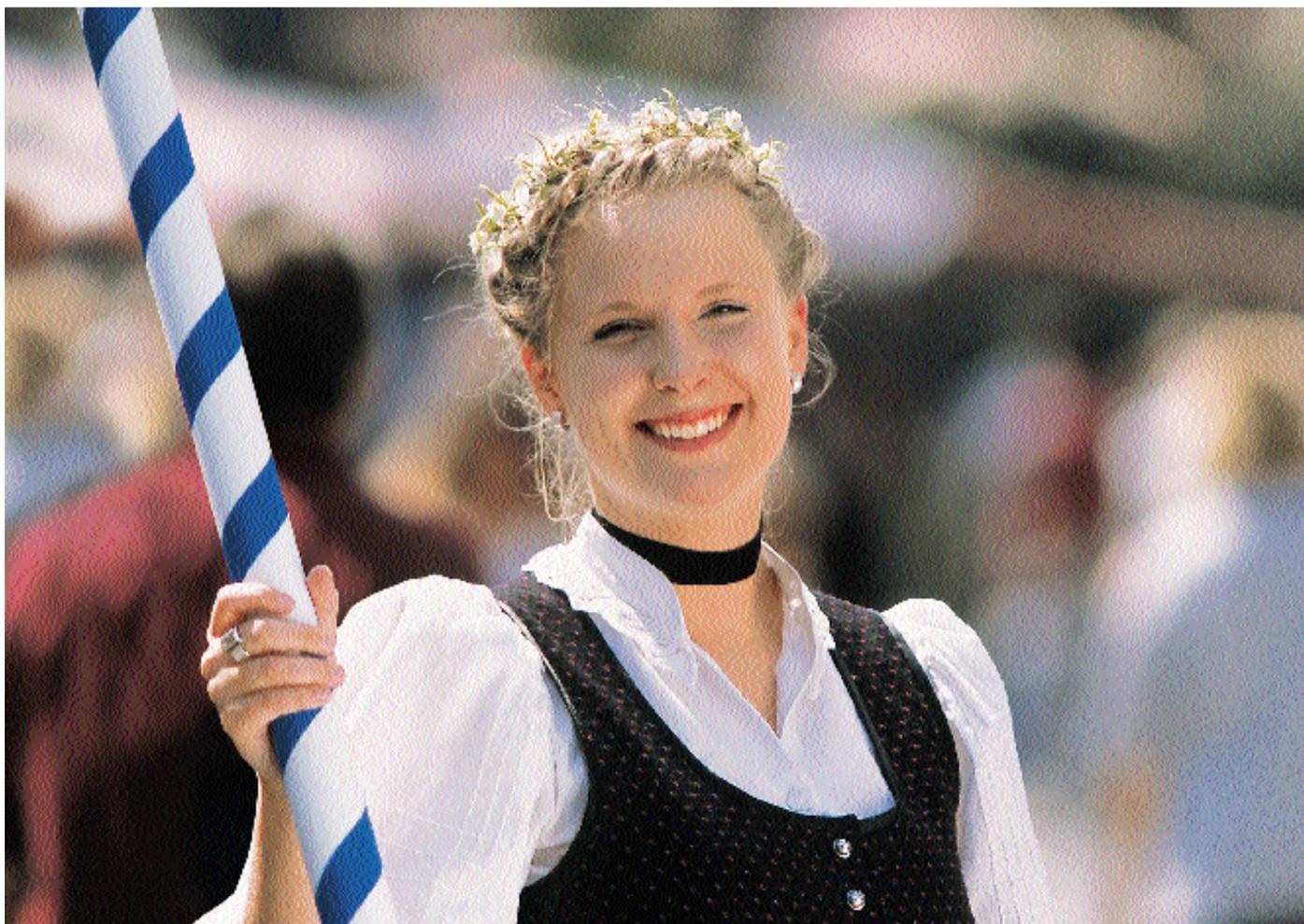
Der Kulturpreis Bayern ist die Weiterentwicklung des traditionsreichen Kulturpreises Ostbayern und umfasst die Regierungsbezirke Unterfranken, Oberfranken, Oberpfalz, Niederbayern und Oberbayern.

Bereich Kunst

Im Bereich Kunst wird jeweils ein Künstler aus diesen Regierungsbezirken mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Der Preis ist in dieser Kategorie mit jeweils 10.000 Euro dotiert. Eine Fachjury hat sich bereits für folgende Preisträger in der Sparte Kunst entschieden: Paul Maar (Unterfranken), Erwin Lipsky (Oberfranken), Hubert Ettl (Niederbayern), Dorothee Hartinger (Oberpfalz) und das Architektenteam Sattler, Allmann und Wappner (Oberbayern).

Bereich Wissenschaft

Neben fünf Persönlichkeiten in der Sparte Kunst werden im Bereich der Wissenschaft jährlich die besten Doktoranden der neun bayerischen Universitäten, die besten Diplomanden der 13 bayerischen Fachhochschulen sowie die besten Absolventen der fünf bayerischen Kunsthochschulen ausgezeichnet, die in Bezug zum Vertriebsgebiet der E.ON Bayern AG stehen. Die Preisträger werden seitens der jeweiligen Hochschulleitung benannt.



Ein Stück Bayern.

Wir haben Tradition: Die Qualität unserer Energieversorgung ist aus der Erfahrung von über 100 Jahren Stromgeschichte in Bayern gewachsen. E.ON Bayern ist Qualität aus Bayern.

www.eon-bayern.com
www.eon.com

e-on | Bayern

N-ERGIE Stromprodukte mit Syneco:

Kalkulationssicherheit für kommunale Kunden

Die Syneco GmbH & Co. KG, 1999 als Energiedienstleister von FÜW und Thüga gegründet, zählt heute zu den bedeutendsten Handelsunternehmen für Energie in Deutschland. Für die Syneco GmbH & Co. KG übernimmt die Syneco Trading GmbH, eine 100-prozentige Tochter, den kompletten Gas- und Stromhandel. Im Trading Floor in München, dem Sitz von Syneco, werden die kurz- und langfristigen physischen und finanziellen Geschäfte im OTC- und Börsenhandel abgewickelt. Hier werden die Rahmenbedingungen für einen effektiven Einkauf geschaffen, mit Marktpreisen, von denen die Kunden nachhaltig profitieren. Pressevertreter konnten sich davon an Ort und Stelle überzeugen.

Das Syneco-Netzwerk erstreckt sich über das gesamte Bundesgebiet und hat derzeit über 65 Partner und einen Stromabsatz von 23 Mrd. kWh. Die N-ERGIE Aktiengesellschaft (Nürnberg) ist der größte Anteilseigner, wie Werner Juling, Vorstandsmitglied bei N-ERGIE und Geschäftsführer der Syneco GmbH & Co. KG, darlegte. 2003 betrug das Handelsvolumen von Syneco rund 181 TWh an den Stromhandelsplätzen in Europa.

Chancen optimal nutzen

Mit innovativen Stromprodukten eröffnet das Unternehmen seinen Kunden - kommunalen und privaten Energieversorgern - alle Möglichkeiten, die Chancen des liberalisierten, europäischen Marktes optimal zu nutzen. Eine breite Palette an Beratungs- und operativen Leistungen wie monatliche Marktberichte, aktuelle Marktpreise, Referenz für Wettbewerbsangebote, Beschaffungsberatung, Ausschreibung und Prognosemanagement runden das Leistungsspektrum ab. Neben Stromprodukten werden in Zukunft neue Angebote insbesondere im Gasmarkt die Marktstellung von Syneco und damit ihrer Kunden weiter stärken.

Innovationsgeist

Produkte sind kaum entwickelt, schon finden sich Nachahmer, Leistungen sind kaum kommuniziert, schon gehören sie zum Standard. Um hier immer wieder voranzugehen, benötigt man nicht nur solide Marktkenntnisse, sondern auch Innovations- und Erfindergeist. Im Dialog mit Kunden, Spezialisten und externen

Marktteilnehmern entwickelt Syneco Produkte und Leistungen konsequent weiter. Das ist die eine Seite. Die andere ist der Preis.

Zukunftsmärkte

Die Syneco Trading GmbH verfügt über einen Finanzdienstleisterstatus nach KWG (Kreditwesengesetz) und darf deshalb auch Finanzdienstleistungen erbringen. Mit Flexibilität, Marktnähe und unter Ausnutzung aller Handelschancen unterstützt das Unternehmen seine Kunden bei den wachsenden Anforderungen an Beschaffung und Vermarktung. So werden Zukunftsmärkte gleich zu Beginn erschlossen.

Markenzeichen

Individuelle Lösungen für jeden Anspruch sind das Markenzeichen von Syneco. Beispiel 1: Ein Kunde ist stark nach Asien und USA exportorientiert. Nun gilt es, seine Energielieferung gegen sinkende Dollarkurse abzusichern. Die Lösung: 50 Prozent seiner Energiemenge werden über ein Indexprodukt mit Dollarkoppelung abgesichert, die restlichen 50 Prozent über eine klassische Vollstromlieferung abgebildet.

Beispiel 2: Der Kunde ist mit seinen Produktpreisen stark von den Schwankungen der Rohstoffpreise anhängig. Aufgabe ist es, seine Energielieferung gegen steigende Metallnotierungen abzusichern. Die Lösung: 70 Prozent seiner Energiemenge werden über ein Indexprodukt mit der Koppelung an den Messingpreis abgesichert, die restlichen 30 Prozent über eine klassische Vollstromlieferung abgebildet. Beispiel 3:

Ein Kunde benötigt Planungssicherheit bei der Kalkulation seiner Produkte, insbesondere bei energieintensiver Produktion im Bereich der Energielieferung. Ziel ist eine Preisabsicherung (Stromlieferung) bis 2011. Die Lösung besteht in einem langfristigen Vertrag, wobei sich die Preisformel an den Wünschen des Kunden orientiert.

Einmalig für Kommunen

Durch den direkten Zugang von Syneco zur Strombörse EEX in Leipzig kann N-ERGIE ihren Kunden innovative Stromprodukte anbieten. Für Kommunen ist dies hierzulande aus folgenden Gründen ein einmaliges Angebot:

1. Bestehender Vertrag (Abschluss 2003) läuft bis Ende 2005
2. Langfristige Sicherung von günstigen Strompreisen für kommunale Liegenschaften ab 2006 bis Ende 2008
3. Kalkulationssicherheit für die Kommunen
4. Einheitliche Preise für alle kommunalen Liegenschaften
5. Bei einer Veränderung der Netznutzungsentgelte verändern sich die vereinbarten Strompreise.

„Kommune Plus“-Kunden

Juling zufolge ist hierbei zu beachten, dass über die gesamte Laufzeit bis Ende 2008 die Preise nach oben festgeschrieben sind und bei sinkenden Großhandelsstrompreisen auch die Strompreise für diese sog. Kommune Plus-Kunden sinken. Bemerkenswert ist zudem, dass die N-ERGIE Aktiengesellschaft in Zusammenarbeit mit Syneco Firmenkunden und kommunale Unternehmen außerhalb ihres Netzgebietes mit innovativen Stromprodukten versorgt. Dazu gehören die Ruhr Zink GmbH, die Energiewerke Rastatt sowie die Münchner Rück Versicherung.

Mit Entwicklungstendenzen im Strom- und Gasmarkt beschäftigte sich Reiner Thiel, Salesmanager, Syneco Trading GmbH. Verstärkt, so Thiel, wer-

fung unter dem Aspekt des Risikomanagements gesehen. Die Stichtagsbeschaffung werde zunehmend durch Produkte abgelöst, die dem Risikowunsch des Kunden entsprechen. Durch Verknüpfung mit anderen Marktrisiken der Kunden (Währung, Rohstoffe) würden Energieprodukte integrativer Bestandteil des Risikomanagements beim Kunden.

Komplexere Produkte

Der Trend gehe zu komplexeren Produkten mit höherem Beratungsanspruch an die Versorgungsunternehmen. Fundamentaldaten bestimmten zunehmend die Preisbildung am Großhandelsmarkt. Das Preisniveau werde sich langfristig an den Vollkosten der Stromerzeugung orientieren. Für die Strompreisentwicklung sei mittlerweile der europäische Markt maßgebend.

Entwicklungstendenzen

Laut Thiel sind folgende Entwicklungstendenzen im Gasmarkt zu beobachten:

1. Aktuell werden strukturierte Gasprodukte nur von wenigen Unternehmen angeboten, die über entsprechende Langfristverträge und Flexibilität verfügen.
2. Ein deutscher Gasmarkt, vergleichbar dem Strommarkt, ist nicht existent.
3. Es gibt keine transparente Preisfeststellung - vergleiche Strommarkt.
4. Neue gesetzliche Vorgaben werden zu neuen Modellen und einem sich entwickelnden Gasmarkt führen. Zeitrahmen ca. GWJ 2007/2008.
5. Die Entwicklung neuer Produkte mit transparenter Preisordnung wird im Markt fortgeschritten. Zeitrahmen ca. GWJ 2008/2009.
6. An den europäischen Gasmärkten hat die Liquidität deutlich abgenommen.

Thiel wies darauf hin, dass Syneco seit Oktober 2004 im CO₂-Emissionshandel aktiv ist. Das aktuelle Handelsvolumen liege bei ca. 1 Mio. Tonnen. Weitere Handelsmöglichkeiten seien geplant. Thiels abschließender Appell: „Geben Sie uns die Risiken, die Sie nicht wollen - ob Risikostrukturierung, Risikoberatung, Risikoreporting - ...nehmen Sie sich die Freiheiten, die Sie brauchen!“

Dirk Fieml zum Vorstandsmitglied bestellt

Die Aufsichtsräte der Städtische Werke Nürnberg GmbH, der N-ERGIE Aktiengesellschaft sowie der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg haben in einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung den Dipl.-Ing. Dirk Fieml, zum Mitglied der Geschäftsführung bzw. zum Vorstandsmitglied bestellt. Der 40-Jährige wird spätestens ab Januar 2006 bei der StWN GmbH und der VAG kaufmännische Geschäftsführungsfunktionen ausüben. Bei der N-ERGIE übernimmt er den Geschäftsbereich Marktmanagement und den Zentralbereich Informationstechnologie. Seit 2003 ist Fieml kaufmännischer Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung bei den Stadtwerken Ingolstadt. **DK**



Peter Saam (l.) und Ernst Schuster vor der Übergabestation. **DK**

Gemeindewerke in Thalmässing:

Verpachtung an N-ERGIE

Die Marktgemeinde Thalmässing hat einstimmig die Verpachtung ihrer Gemeindewerke an die N-ERGIE Aktiengesellschaft Nürnberg beschlossen. Der 15-jährige Pachtvertrag sieht vor, dass N-ERGIE das Stromversorgungs- und Straßenbeleuchtungsnetz betreibt und ca. 1.000 Kunden mit Strom beliefert.

Die Gemeinde entschloss sich zu diesem Pachtvertrag, da sie in absehbarer Zukunft neben einer personellen Aufstockung umfangreiche Investitionen, wie z. B. in Datenverarbeitungssysteme, hätte tätigen müssen, um den Anforderungen des neuen Energierechts gerecht zu werden.

Verlagerung des Risikos

Das zunehmende wirtschaftliche Risiko aus dem Wettbewerbsgeschehen am Energiemarkt wird durch die Verpachtung des Gemeindewerks auf die N-ERGIE verlagert. Die Kommune hat dadurch den Vor-

teil und die Garantie, in den nächsten Jahren in ihren Haushalten gesicherte Einnahmen aus der Verpachtung einstellen zu können. Die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe bleiben davon unberührt. Dies bedeutet, dass die N-ERGIE die Konzessionsvertragsverpflichtung in Höhe von ca. 66.000 Euro übernimmt.

Für den 1. Bürgermeister von Thalmässing, Ernst Schuster, ist dieser Verpachtungsvertrag die konsequente Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit dem regionalen Energiedienstleister. Für die N-ERGIE ist dieser Verpachtungsvertrag der erste dieser Art. **DK**

Stadtwerke Bamberg:

Eine Region gibt Gas

Wer mit Erdgas fährt, spart Geld und profitiert von weiteren Vorteilen. Um dies noch mehr Menschen näher zu bringen, haben sich die Stadtwerke Bamberg nun dem Arbeitskreis „Die Region gibt Gas“ angeschlossen.

Der Arbeitsgemeinschaft Nordbayerische Ferngasversorgung gehören 32 Unternehmen an, darunter auch die Stadtwerke Bamberg. „Wir möchten wertvolle Synergien nutzen“, so Klaus Rubach, Geschäftsführer der Stadtwerke Bamberg zur Motivation für den Zusammenschluss. Durch die Bündelung und Abstimmung der Aktivitäten werde der Kunde in Zukunft noch besser informiert und beraten. Die Versorgungsgebiete umfassten ganz Oberfranken, weite Teile der Oberpfalz und Unterfrankens sowie eine Region in Niederbayern.

Deutlicher Trend

Bereits jetzt gibt es einen deutlichen Trend zum Erdgasauto. „Erdgasfahrer“ sparen über 50 Prozent im Vergleich zu Benzin und über 30 Prozent gegenüber Diesel. Dank geringerer Schadstoffemissionen ist Erdgas zudem sehr umweltschonend.

Der Gesetzgeber belohnt das Umweltplus durch einen bis 2020 reduzierten Steuersatz für Erdgas als Kraftstoff. Auch bei Berücksichtigung aller Kosten

ist Erdgas im Tank nicht nur für Vielfahrer oft die wirtschaftlichste Lösung, wie ein aktueller Vergleich der Zeitschrift AUTO Straßenverkehr ergeben hat. Je nach Modell rechnen sich Erdgasautos bereits ab einer Fahrleistung von unter 4000 Kilometern im Jahr (bei vierjähriger Laufzeit).

Auch die Stadtwerke Bamberg setzen auf den modernen Kraftstoff Erdgas. Für Frühjahr 2006 ist die Eröffnung einer eigenen Erdgasstation am Berliner Ring geplant. Insgesamt stehen den Autofahrern im Gebiet der Arbeitsgemeinschaft Nordbayerische Ferngasversorgung bereits 31 Erdgasstationen zur Verfügung.

Autofahrer, die auf Erdgasantrieb umsteigen möchten, erhalten von den Stadtwerken Bamberg attraktive Zuschüsse. Für ein Jahr gibt es ein Geschenk von 900 Kilogramm Erdgas. Das reicht bei PKW für rund 15.000 Kilometer. Zusätzlich 250 Euro zahlen die Stadtwerke, wenn der Autobesitzer auf seinem PKW einen von den Stadtwerken gestellten Erdgas-Werbeaufkleber anbringt. **DK**

Wir beraten Sie gerne!

Die Wärmepumpe

LEW-Anzeige „Wärmepumpe“ zur Verwendung in der Bayr. Gemeindezeitung in den Ausgaben 14 und 19.
4sp. 187,5 x 135 - 4c

Mobilität und Wärme ohne Öl und Gas:

Bayern ist auf dem Weg

Pressekonferenz mit den CSU-Landtagsabgeordneten Henning Kaul und Helmut Brunner

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag setzt sich seit Jahren dafür ein, dass Bayern als Hochtechnologie- und Sonnenland alle möglichen Energieformen erforscht und nutzt. In einer Pressekonferenz im Maximilianeum berichteten MdL Henning Kaul, Vorsitzender des Arbeitskreises für Umwelt- und Verbraucherschutz, und MdL Helmut Brunner, Vorsitzender des Arbeitskreises für Landwirtschaft und Forsten, über den Stand der Umsetzung und die weiteren Ziele.

Die Grundlage allen Wohlstands ist die Verfügbarkeit von Energie. Deutschland als rohstoffarmes Land merkt jede Veränderung im Weltenergieangebot von Öl, Gas und Uran besonders stark. Die einzige heimische Speicherenergie ist die Stein- und Braunkohle. Wie dramatisch die Situation ist, zeigen laut Kaul folgende Zahlen: „2003 mussten in Deutschland 74 Prozent des Energiebedarfs importiert werden; beim Öl sind wir zu 97 Prozent, beim Gas zu 82 Prozent, bei der Kernenergie zu 61 Prozent, bei der Kohle zu 59 Prozent vom Ausland abhängig.“

Im Wissen um die schwieriger werdenden Randbedingungen einer umweltverträglichen, stabilen und bezahlbaren Energieversorgung habe Bayern seit 1990 mit mehr als einer halben Milliarde Euro erneuerbare Energien und Energiesparmaßnahmen gefördert. Die Ergebnisse seien messbar und könnten sich im

Wettbewerb mit den Bundesländern und dem Bund sehen lassen: In Bayern liege der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch mit 7,8 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt mit 3,4 Prozent und das siebenmal so hoch wie in NRW. Allein durch Biomasse würden bereits 4 Prozent des Primärenergieverbrauchs erzeugt.

Vorschlagsliste

In Ergänzung und Fortschreibung bisheriger Landtagsbeschlüsse auf Initiative der CSU-Landtagsfraktion werden, so Kaul, folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Zukünftige nationale Energiepolitik muss sich am Leitbild der Nachhaltigkeit und an der Umsetzung der international eingegangenen Verpflichtungen zur CO₂-Reduktion orientieren. Demgemäß ist ein ausgewoge-

ner Energiemix erforderlich, bei dem einzelne Energieträger und Energietechniken nicht ausgeschlossen werden dürfen.

2. Sicherheit, Preisstabilität und Umweltverträglichkeit der Energieversorgung müssen durch eine wettbewerbsfähige inländische Energiewertschöpfung gestärkt werden.

3. Die bestehenden Regelungen mit dem Ziel für verstärkte Anreize zur Innovation und Kostensenkung fortentwickelt werden.

4. Der schon hohe Anteil erneuerbarer Energien zur Deckung des Primärenergiebedarfs in Bayern soll stetig erhöht werden, vor allem durch die verstärkte Nutzung der Biomasse. Nächste Zielmarke ist 12,5 Prozent bis zum Jahr 2010.

5. Die Anstrengungen bei der Energieeinsparung im Gebäudebereich auch durch Kontrollsysteme über die Einhaltung von Vorschriften werden wir weiter verstärken. Für Kraftfahrzeuge fordern wir effizientere Antriebe und setzen uns für flächendeckend verkehrsleitende Maßnahmen ein.

6. Verstärkter Einsatz biogener Kraftstoffe zur Beimischung und zum Direkteinsatz.

7. Vernetzung von Energieberatungsstellen zur Information über Daten, Förderprogramme, Technologien und beratende, produzierende und ausführende Firmen.

8. Vernetzung von regionalen Initiativen zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien und für Energiesparmaßnahmen.

9. Einbau der Kriterien eines umwelt- und ressourcenschonenden Energieverbrauchs in die Umweltbildung und in die Lehrpläne der Schulen und Hochschulen, mit dem Ziel eines verantwortlichen Umgangs mit Energie.

Wie Helmut Brunner darstellte, ist die Erzeugung von Biomasse ein wichtiges zweites Standbein in der Landwirtschaft. Kein anderes Bundesland setze so viel Biomasse zur Energieerzeugung ein wie Bayern. Erfreulich sei dabei auch, dass diese Werte hohe Zuwachsraten aufweisen. Die Biomasse sei mit der Wasserkraft der bedeutendste regenerative Energieträger in Bayern. Sie spare in Bayern pro Jahr 2,3 Milliarden Liter Heizöl und rund 6 Millionen Tonnen CO₂ ein. Von ihrem Erfolg pro-

fitierten auch die Landwirte. Der hohe Holzeinsatz bei Biomasseheizwerken sei von 1990 bis heute von rund 500.000 Tonnen auf jetzt rund 1 Million Tonnen angestiegen. Eine positive Entwicklung sei auch bei den Pelletfeuerungen, die im Bedienungskomfort an herkömmliche Ölheizungen heranreichen, zu verzeichnen. So würden in Bayern mittlerweile bereits über 13.000 Tonnen Pellets pro Jahr benötigt, was rund 6,5 Millionen Liter Heizöl entspreche.

Auch die Produktion biogener Treibstoffe spiele in der Landwirtschaft eine immer größere Rolle, betonte Brunner. So hätten die bayerischen Landwirte heuer auf 15.000 Hektar Ackerfläche nachwachsende Rohstoffe zur Produktion von Treibstoffen wie Biodiesel und Bioethanol angebaut. Im Bereich der Biogasproduktion halte Bayern mit rund 650 der rund 2000 deutschen Anlagen die Spitzenstellung. „Für unsere Landwirte stellen Biogasanlagen eine gute Möglichkeit dar, überschüssigen Aufwuchs und auch Gülle über die Biogasanlage einer energetischen Verwertung zuzuführen. Gerade in den letzten Jahren ist der Bau von Biogasanlagen sprunghaft angestiegen.“

Erweiterungspotenziale

Ziel sei es, so der Landtagsabgeordnete, in Bayern mittelfristig einen Anteil der Biomasse von 5 Prozent am Primärenergieverbrauch zu erreichen. Die Erweiterungspotenziale im Bereich der Biomasse seien bei den festen Biobrennstoffen (insbesondere Holz) zu sehen, bei den biogenen Kraftstoffen auf Basis von Ackerkulturen und bei der Erzeugung von Biogas aus Energiepflanzen. Land- und Forstwirte sollten in Zukunft verstärkt Lieferanten dieser erneuerbaren Energiequellen werden und eine immer bedeutendere Rolle bei der regionalen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Energie spielen, forderte Brunner.

Um die Nutzung von landwirtschaftlichen Energiepflanzen, Stroh und Getreide zu energetischen Zwecken weiter voranzubringen, „wollen wir die Entwicklung von Verbrennungstechniken für diese speziellen Brennstoffe unterstützen, damit die jeweils geltenden Emissionsgrenzwerte bei diesen Brennstoffen eingehalten werden können“, bemerkte der CSU-Politiker. Wichtig sei aber auch, den Einsatz von flüssigen Bioenergieträgern, also biogenen Treibstoffen, vor allem im Mobilitätsbereich voranzubringen. **DK**



V. l.: Anneliese Zelfel (Schulleiterin), Bernhard Reith (ESB Regionalleiter, Süd), Martin Heun (ESB Bereichsleiter Marketing & Vertrieb), Cornelia Irmer (Bürgermeisterin Geretsried), Karin Mühlbauer (Schulrätin).

ESB-Aktion

„Pausenhof macht Spaß!“

Wolfratshausen/Geretsried - Einige der 14 Siegerschulen des ESB-Wettbewerbs „Pausenhof macht Spaß!“ haben in den letzten Wochen angesichts des ESB-Schecks im Wert von 10.000 Euro bereits enthusiastisch mit dem Umbau ihrer Pausenhöfe gearbeitet. Einer dieser Gewinner, die Karl-Lederer-Grundschule in der Johann-Sebastian-Bach-Straße 4, initiierte im Oktober vergangenen Jahres eine Aktion der besonderen Art: Unter reger Beteiligung der Eltern und ansässiger Firmen und mit Hilfe vieler Kinderhände entstand ein fröhlicher Erlebnispfad mit verschiedenen Materialien und Elementen aus Fauna und Flora. Somit konnte der Pausenhof nunmehr erfolgreich eingeweiht werden.

„Wir hätten nie gedacht, dass wir in so kurzer Zeit unseren Kaschauer-Erlebnispfad pflastern können und sind vor Begeisterung völlig aus dem Häuschen. Unglaublich, wie produktiv unser Aktionstag verlaufen ist“, freut sich Projektleiterin Sabine Kos und meint weiter: „Als wir unseren Aufruf um Mithilfe gestartet haben, haben sich fast 100 Eltern gemeldet, ein großer Erfolg für uns und für die Aktion der ESB.“

Unter Anleitung der Erwachsenen wuchs der Erlebnispfad im Laufe des Aktionstages und konnte am frühen Nachmittag vollendet werden. Neben Ornamenten und Tiergestalten kreierten Kinder und Eltern auch drei sogenannte Dorfplätze, die im Frühjahr nächsten Jahres von insgesamt zwölf Weiden-Tipis eingerahmt werden. „Jede Schulklasse kann ab dem nächsten Jahr einen der zwölf Tipis übernehmen und selbst entscheiden, wie das Weidenzelt heißen soll und welche Aktivitäten darin stattfinden“, erklärt Sabine Kos.

Während einige Eltern für die Brotzeit und Väter und Mütter für die groben Arbeiten verantwortlich waren, waren die Kinder für die Ausgestaltung des Erlebnispfades verantwortlich.

„Die Vorbereitungen führten die Firmen Gartenbau Schmidt, Sappl Erdbau und Holzer Tiefbau aus. Damit die Kinder gleich mit dem Pflastern beginnen konnten“, so Sabine Kos. Das nötige Material stellten die Raiffeisen Lagerhaus Thanning, Bay Wa Geretsried, das Kieswerk Gämmerler, ITB Transportbeton Geretsried und Reinschütz Geretsried-Gelting; die Lieferung des Materials übernahmen unter anderem das Betonwerk Kühne sowie das Transportunternehmen Gigl aus Arget-Sauerlach. Der Bauhof der Stadt Geretsried stellte das benötigte Werkzeug zur Verfügung.

„Schön ist, dass wir mit dem Scheck der ESB und der Unterstützung dieser Firmen alle Kosten decken können. Diese unglaublich positive Resonanz macht Mut, in Zukunft ähnliche Projekte, mit oder ohne Unterstützung der ESB, anzupacken“, freut sich Sabine Kos. Bürgermeisterin Cornelia Irmer hieß die diesbezüglichen: „Ich freue mich sehr, dass die Aktion so gut angekommen ist. Die Karl-Lederer-Grundschule in Geretsried hat damit eine Initiativzündung zum Nachmachen ausgelöst.“

Erste Energiekonferenz des Landkreises München

Zur ersten Energiekonferenz des Landkreises München, die in der Kreissparkasse München-Starnberg stattfand, konnten rund 120 Teilnehmer begrüßt werden. Zustande kam die Tagung auf Initiative der Arbeitsgruppe „Agenda 21“ des Umweltausschusses des Kreistags. Sowohl Kreispolitiker wie auch Landkreisverwaltung beschäftigen sich seit Jahren intensiv mit den Themen Energie und Umweltschutz.

Die zahlreichen Teilnehmer der Energiekonferenz, darunter Landrat Heiner Janik, etliche Kreisräte, Bürgermeister, Gemeinderäte, Mitglieder von Agenda-Gruppen, Vertreter von Kirchen, Innungen und Naturschutzverbänden, der Baugebiet München-Land sowie dem Bauernverband erfuhren, was diesbezüglich im Landkreis bereits alles passiert ist.

So gibt es erfolgreiche Geothermieprojekte in Unterhaching, Pullach und Unterschleißheim, die auch in den Nachbargemeinden Überlegungen anstoßen. In den Landkreismunicipalitäten nutzen zahlreiche Photovoltaikanlagen die Sonnenenergie. In etlichen öffentlichen Einrichtungen wurden vielfältige Energieeinsparmaßnahmen umgesetzt. Öko-Audit-Projekte tragen zu einer effektiven Energienutzung bei, Energiesparförderung unterstützt private Investoren.

Gemeinsame Marschroute

Gastgeber Karl-Ludwig Kampth, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse München-Starnberg, berichtete von den eigenen Anstrengungen für rationale und effektive Energienutzung in den Gebäuden der Sparkasse. Er konnte auch auf die intensive Förderung umweltpolitischer Maßnahmen im Landkreis verweisen. Dazu kommt noch ein breites Engagement für einen sinnvollen Energieeinsatz in den Schulen des Landkreises.

Ingrid Lenz-Aktas, Sprecherin der Agenda-21-Arbeitsgruppe des Umweltausschusses im Kreistag, stellte erfreut fest: „Es tut sich etwas im Landkreis.“ Sie möchte mit „überparteilicher Anstrengung“ die Schritte Einzelner auf eine gemeinsame Marschroute in Richtung Energiewende lenken.

Landrat Heiner Janik stellte ebenfalls das bereits Erreichte heraus. Ihm ist es wichtig, „alle Fragen zur Energie ohne ideologische Dogmatik zu behandeln“. Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit könnten nicht isoliert betrachtet werden, schon gar nicht auf kommunaler Ebene. Janik setzt auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Ihm scheint für die Zukunft ein vernünftiger Energiemix der realistischste Ansatz zu sein.

Chance für das Land

Prof. Dr. Gerhard Hausladen von der TU München sieht in der rationellen Energieverwendung eine große Chance für das Land. Der Kirchheimer Professor für Bauklimatik zeigte äußerst fachkompetent die Zusammenhänge auf.

Jörg Schindler von der Solarinitiative München-Land e.V. arbeitete die Potenziale regenerativer Energien im Landkreis München heraus. Dabei ging er näher auf den Energiebedarf und die Einsparpotenziale ein. Weiter zeigte er die Potentiale der Solarthermie, Photovoltaik, Biomasse und Geothermie auf. Auch behandelte er den Verkehr und wagte einen Blick in die Zukunft.

Christian Schiebel, Baudirektor bei der Regierung von Oberbayern, stellte Wege vor, wie die Kommunen in ihrer Siedlungspolitik Ressourcen schonen können. Birgit Baidl von der Initiative „Ziel 21“ im Landkreis Fürstentfeldbruck berichtete von ihren Erfahrungen. Ein überparteiliches Bündnis hat sich dort zum Ziel gesetzt, bis 2030 die „Energiewende“ zu schaffen. Die Konferenz endete mit einer Diskussion über „Wege zur Energiewende im Landkreis München“. **DK**

Die 5-Sterne-Wärme von der ESB.

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.



Modern heizen, unbeschwert leben. Mit der 5-Sterne-Wärme von ESB wird vieles angenehmer. Sie haben Anschluss an eine moderne Energie und sind damit in guter Gesellschaft. Denn in 295 Städten und Gemeinden Südbayerns leben bereits 160.000 Familien in Ihrer Nachbarschaft

mit Erdgas – bequem und komfortabel. Wählen Sie jetzt das Leistungspaket, das genau auf Ihre Wünsche zugeschnitten ist – wir freuen uns auf Sie!

Mehr Infos unter 01 80/1 08 08 01 (zum Ortstarif) oder unter www.esb.de

ESB
Erdgas Südbayern

Erdgas Südbayern GmbH · Ungsteiner Straße 31 · 81539 München · E-Mail: info@esb.de

Biomassenahwärmeversorgung für den Höhenluftkurort Reit im Winkl:

Bürgerwerk der besonderen Art

Neue Wege in der Energieversorgung hat Reit im Winkl mit dem im Jahr 2000 erbauten Biomasse-Heizwerk mit Nahwärme-Versorgung eingeschlagen. Bundesweit einzigartig ist, dass für fast alle Wärmeverbraucher im Ort nunmehr Wärme aus erneuerbaren Energien zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Ansatz einer flächendeckenden Wärmeversorgung unterscheidet sich wesentlich von den Projekten mit wenigen ausgewählten Großabnehmern oder der Beschränkung auf Neubaugebiete. Das Biomasse-Heizwerk stellt mit über 10 Millionen Euro Investitionssumme die größte Baumaßnahme in der Geschichte der Gemeinde dar. Der größte Teil davon entfällt auf das Nahwärmenetz.

Bereits vor Projektstart mussten Vorverträge mit potentiellen Wärmekunden abgeschlossen werden, um die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen. Es galt, Vorurteile auszuräumen und die Vorteile des Projektes für Reit im Winkl darzustellen. Ein oft vorgebrachter Einwand war, dass Holz langfristig nicht ausreichend zur Verfügung stehe und die Versorgungssicherheit durch ein zentrales Heizwerk mit entsprechendem langem Leitungsnetz nicht gewährleistet sei.

Hartnäckig hielt sich zudem die Behauptung, dass eine Holzfeuerung wesentlich umweltschädlicher sei als eine Ölfeuerung. Hier wurde deutlich, wie prägend der optische Eindruck unschöner Rauchfahnen ist, die von mangelhaften Holzfeuerungsanlagen oder der Verwendung ungeeigneter bzw. mit Schadstoffen belastetem Brennmaterial herrühren.

Sensibilisierte Urlaubsgäste

Dass das Biomasse-Heizwerk für die 3500-Einwohner-Gemeinde von großer Bedeutung ist, zeigt zunächst der Umstand, dass die Urlaubsgäste inzwischen in sehr hohem Maße für diesen Umweltaspekt sensibilisiert sind. Darüber hinaus kommt der unmittelbaren Reduzierung der Schadstoffe eine besondere Bedeutung zu. Immerhin wurden an kalten Wintertagen täglich bis zu 40.000 Liter Heizöl in Reit im Winkl verbrannt. Die Abgase stiegen etwa 20 bis 40 Meter auf und verblieben dort als deutlich wahrnehmbare Abgasschicht. Jedoch ist eine niedrige Konzentration der Luftschadstoffe eine unabdingbare Voraussetzung für die dauerhafte Zuerkennung des Prädikats „Luftkurort“.

Durch modernste Technologie kann Holz nunmehr äußerst schadstoffarm verbrannt werden. Im Vergleich zu den heutigen Ölheizungen findet eine Reduzierung der Schadstoffgase Kohlenmonoxid um ca. 50 Prozent, Schwefeldioxid um ca. 80 Prozent und Kohlendioxid um mehr als 90 Prozent statt.

die Heizzentrale als auch der erste Abschnitt des Versorgungsnetzes fertig gestellt. Knapp 280 Gebäude sind inzwischen an die Nahwärmeversorgung angeschlossen.

Von Beginn an war das Team der Gammel Engineering GmbH in die Projektentwicklung involviert. Das Abensberger Unternehmen zeichnete für die gesamte technische Planung verantwortlich. Zudem erfolgten Beratung und ingenieurtechnische Begleitung beim Ausbau des Versorgungsbezirks und bei der Erweiterung vom Heizwerk zum Heizkraftwerk.

Enorme Heizöl-Einsparung

Durch die neue Energieversorgung aus dem Sonnenspeicher Holz werden mittlerweile bereits mehr als 2,3 Mio. Liter Heizöl pro Jahr ersetzt. In den nächsten zwei bis drei Jahren sollen es etwa 400 Gebäude mit einer Anschlussdichte von über 90 Prozent werden.

Mit der jetzigen Heizwerkkapazität können in Reit im Winkl im Endausbau mehr als 3 Millionen Liter Heizöl pro Jahr eingespart werden. Dies entspricht einer Reduzierung des Kohlen-

dioxid-Ausstoßes von mehr als 7 Mio. Kilogramm pro Jahr.

Bei der Umsetzung des Projektes wurde ein Alleingang der Gemeinde, die mehrheitliche Anteile des Biomasse-Heizwerkes hält, nicht in Erwägung gezogen. Vielmehr wurden mit der Gründung der Naturwärme Reit im Winkl GmbH & Co. KG aktive und interessierte Bürger gesucht, die sich bereit erklärten, nach dem Motto „Betroffene zu Beteiligten machen“ von Anfang an in das Biomasse-Heizwerk zu integrieren.

Echtes Bürgerwerk

Neben dem 20 %igen Gemeindeanteil gehört das Werk mehrheitlich den Gemeindegürgern. Insgesamt wurden 84 Kommanditisten, davon 80 direkt aus Reit im Winkl, gefunden, die das notwendige Eigenkapital in Höhe von 2 Mio. DM zeichneten. Somit ist das Heizwerk zu einem echten Bürgerwerk geworden und fest in der Gemeinde verankert.

Die Einzigartigkeit des Projektes ist durch nationale wie internationale Preise und Auszeichnungen, beispielsweise der Verleihung des Ehrentitels „Gemeinde der Zukunft 2002“ des Gemeindeforschungsvereins „Allianz in den Alpen“ sowie der Auszeichnung mit dem „Energieförderpreis Bayern“ eindrucksvoll dokumentiert. **DK**

Energiesparpreis für Nürnberger Stadtdienststellen

Kommunales Energiemanagement KEM hilft städtischen Bediensteten

Nicht nur die Sieger der „Energiesparpreise für städtische Dienststellen“, seien die Gewinner, meinte Baureferent Wolfgang Baumann anlässlich der Preisverleihung: Die Bürger könnten sehen: „Aha, die bei der großen Stadt tun's auch“, weshalb Baumann auf Nachahmer hofft.

Für Baufachmann Baumann ist das Bestreben der Nürnberger Stadtdienststellen, Energie zu sparen, „keine Selbstbeschäftigung, sondern ein Anstoß nach außen!“ Doch für die mitdenkenden Beamten und Angestellten solle „Energiesparen auch Spaß machen.“ Weshalb Baumann an die Sieger neben „Lob für die Dienststellen“ jeweils auch Geldgeschenke verteilte.

Neben einem 3. Preis (400 Euro) für den Bauhof Donaustraße und einem 2. Preis (600 Euro) für das Altenheim Platnersberg übergab Baumann zwei erste Preise, jeweils verbunden mit 1.000 Euro Prämie.

Das Sozialamt in der Großweidenmühlstraße ist einer der Sieger. Hier würden beispielsweise immer energiesparende Haushaltsgeräte angeschafft, wenn die alten kaputt gingen,

klärte Baumann auf. Auch die Mitarbeiter des Bürgeramts Ost dürfen sich als Energiespar-Sieger fühlen: Diese Dienststelle habe unter anderem im Peller Schloss die Strom- auf Gasheizung umgestellt und damit bewiesen, dass dies auch in denkmalgeschützten Gebäuden klappe, so Baumanns Begründung.

Doch warum sparen städtische Dienststellen überhaupt Energie? Für Udo Deinhard vom Bürgeramt Ost ist das keine Frage, denn: „Umweltschutz ist überall“ begründet er sein Energie-Engagement - ob im Amt oder zuhause.

Bei ihren Umweltbemühungen werden die städtischen Dienststellen vom „KEM“ unterstützt, dem kommunalen Energiemanagement des Hochbauamts. Wolfgang Müller und seine KEM-Mitarbeiter gäben oft den Energiespar-Anstoß. Damit habe diese „kleine, feine Truppe eine Daueraufgabe“, registriert Referent Baumann erfreut die Ergebnisse der Beratung: Bis zu 15 % der Ressourcen Wasser, Wärme oder Strom hätten die Preisträger jeweils eingespart.

KEM-Chef Müller ergänzt: „Auch jeder Privatmensch im eigenen Haushalt kann das Energiesparpotenzial von 15 % erschließen.“ Die ausgezeichneten Stadtdienststellen hätten dies in ihren Ämtern nur beispielhaft vorgemacht. Denn das Nutzerverhalten - ob Fenster kippen oder Licht ausschalten - sei hier wie dort ähnlich und zu verbessern.

Wolfgang Baumann hofft, dass sich noch viel mehr Stadtdienststellen direkt ans KEM wenden, um Energiespar-Rat zu erhalten. Bürger dagegen sollten beim Umweltamt nach Energie-Infos fragen: Unter 0911/231-4624 werde ein Infopaket geschickt, war bei der Preisverleihung zu hören. **wra**



Landrat Reinhard Leutner (links) bei der Inbetriebnahme der Holzpelletsheizanlage im Januar 2004.

„Lichtenfelser Weg“ bei alternativen Energien

Seit der Verabschiedung des Leitbildes der Agenda 21 durch den Kreistag von Lichtenfels am 13. Dezember 1999 sind fast sechs Jahre vergangen. Für Landrat Reinhard Leutner war dies Anlass, bei einem Pressegespräch Bilanz zu ziehen und den „Lichtenfelser Weg“ bei Energieeinsparung und Umweltschutz aufzuzeigen.

Eine 14-seitige, im Infodienst des Landkreises erschienene Broschüre zeigt die vielfältigen Maßnahmen und Projekte im Landkreis. So wurde die Landkreisverwaltung in den vergangenen Jahren mit energiesparenden Datenverarbeitungssystemen ausgerüstet. Um den Kunden zusätzliche Wege zu ersparen, ist das E-Government-Angebot ständig ausgebaut worden. Der Streusalzeinsatz im Winter wurde durch den Einsatz von Feuchtsalz (seit 1985) weniger belastend für die Umwelt. Einmal jährlich, 2005 bereits zum achten Mal, finden die Lichtenfelser Sonnentage statt, an dem die erneuerbaren Energien umfassend dargestellt werden. 1999 bis 2004 wurden durch den Landkreis insgesamt 770 Anlagen im Bereich Sonnenkollektoren und Photovoltaik gefördert und damit eine Investitionssumme von rund 8,8 Mio. Euro angeschoben.

Mit Stolz erfüllt Landrat Leutner auch der Einbau einer Holz-

pelletsheizanlage in der Staatlichen Berufsschule. Die Anlage war die erste von fünf Demonstrationsanlagen mit mehr als 400 kW, die vom Landwirtschaftsministerium gefördert wurde. Besonders zu nennen sind auch die Photovoltaikanlagen auf den Dachflächen der Viktor-von-Scheffel-Realschule Bad Staffelstein und beim Meranier Gymnasium in Lichtenfels. Als neues Großprojekt wird nun auf der rekultivierten Deponie Oberlangheim auf einer Fläche von 1,6 Hektar eine Photovoltaikanlage installiert.

Im bayerischen Vergleich führt ist der Landkreis beim Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“, bei dem mittlerweile 12 Dörfer mit Landesgold, 8 Dörfer mit Bundesgold und 1 Dorf sogar mit Europagold prämiert wurde. Ebenfalls eine bayernweite Besonderheit ist das Fifty-Fifty-Bus- und Taxi-Projekt, das vor allem der Verkehrssicherheit dient, aber auch Umweltschutzbelangen genügt. **z**

E.ON Energie und Siemens:

Erweiterung des Kraftwerkstandorts Irsching

E.ON Energie und Siemens realisieren am Standort Irsching ein neues Kraftwerksprojekt, das in puncto Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit neue Maßstäbe setzt. In einem ersten Schritt errichtet Siemens eine neu entwickelte Gasturbinenanlage. Mit 340 Megawatt (MW) wird die Maschine die weltweit größte und leistungsstärkste Gasturbine sein.

Nach der Testphase wird die Gasturbinenanlage zu einem hocheffizienten Gas- und Dampfturbinen (GuD)-Kraftwerk mit einer Leistung von ca. 530 MW und einem Wirkungsgrad von über 60 Prozent erweitert. Die E.ON Kraftwerke GmbH wird die Anlage nach erfolgreichem Probebetrieb übernehmen und in den kommerziellen Betrieb überführen.

„Die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit Strom ist eine gigantische Herausforderung - insbesondere wenn sie zugleich ökonomisch, ökologisch und sozial verträglich sein soll“, erklärte Dr. Klaus Kleinfeld, Vorsitzender des Vorstands der Siemens AG. Für die kommenden 15 Jahre rechnen Experten annehmend mit einer Verdoppelung der weltweiten Stromnachfrage. „Dazu benötigen wir einen ausgewogenen Energiemix und vor allem

Innovationen. Mit unserer neuen Gasturbine setzen wir am Standort Deutschland Maßstäbe für eine umweltverträgliche und wirtschaftliche Stromerzeugung“, so Kleinfeld. Siemens investiert in die Entwicklung sowie in den Bau der Prototypanlage in Irsching rund 500 Mio. Euro.

Dr. Johannes Teysen, Vorstandsvorsitzender der E.ON Energie AG und Mitglied des Vorstands der E.ON AG, betonte, dass mit dieser Gasturbinenanlage in Irsching technisches Neuland betreten wird. „Dank des höheren Wirkungsgrades sind geringere Erzeugungskosten zu erwarten“, so Teysen.

Die Anlage kostet mehrere hundert Millionen Euro und schafft rund 20 neue Arbeitsplätze am Standort Irsching. Durch Arbeitsleistungen und Materialeinkäufe ergeben sich positive Impulse für die regionale Wirtschaft. **z**

Das schafft regionale Wertschöpfung:

Neue Energie für Ihre Gemeinde

Naturenergie-Heiz(kraft)werke schonen Umwelt und Finanzen

Senken Sie nachhaltig die Energiekosten für Ihre Liegenschaften! Für Ihre ortsspezifischen Anforderungen entwickeln wir die Versorgungsstrategie. Dabei setzen wir auf die verstärkte Nutzung der in Ihrer Region vorhandenen Energiequellen Abwärme und regenerative Energien. Durch den

regionalen Kapitalfluss bleibt die Kaufkraft in Ihrer Region. Setzen Sie auf die Erfahrung unseres Ingenieurteams aus über 70 erfolgreichen Energieprojekten.

Sie haben die Energiezukunft Ihrer Gemeinde in der Hand. Sind sie dabei?

Unsere Energie schont Ihre Ressourcen!

Gammel Engineering GmbH
An den Sandwellen 114 • 93326 Abensberg • Telefon 0 94 43 9 29-0
e-mail: gammel@gammel.de • www.gammel-engineering.de

GAMMEL ENGINEERING



Bestens gerüstet für Eis und Schnee: BOKIMOBIL Kommunal-Fahrzeuge aus dem Hause Kiefer.

BOKIMOBIL im Winterdienst

Spätestens jetzt sind Investitionsentscheidungen im kommunalen Fuhrpark nötig, um für den kommenden Winter gut gerüstet zu sein. Dazu stellen die BOKIMOBIL Kommunal-Fahrzeuge aus dem Hause Kiefer GmbH, 84405 Dorfen, ihre Vielseitigkeit auch im Winterdienst voll unter Beweis. Bestens gerüstet für Eis und Schnee sind die Fahrzeuge durch den Anbau von Schneepflug oder Schnee-Kehrwalze sowie Streugeräte.

Das Angebot bei Streugeräten reicht dabei vom BOKI-Walzenstreuer, der am Fahrzeugheck angebaut wird, bis zum Silo-Streuautomaten mit Feuchtsalz zum Aufbau auf die Kipperbrücke. Der BOKI-Walzenstreuer mit zuschaltbarem Streuteller wurde von der Kiefer GmbH speziell für die BOKIMOBIL Kommunal-Fahrzeuge entwickelt und erlaubt Streubreiten von 1,2 bis 6,0 Meter. Diese Technik ermöglicht es, auf schmalen Wegen nur in Fahrzeugbreite zu streuen und bei Bedarf (z.B. im Kreuzungsbereich) den Streuteller zuzuschalten.

Kompakte Bauweise

Durch das Schnellwechselsystem, das raschen Auf- und Abbau der Zusatzgeräte gewährleistet, kann ein plötzlicher Wintereinbruch nicht überraschen. Das BOKIMOBIL ist in kürzester Zeit startklar für den Winterdienst-Einsatz mit Schneepflug oder Vorbaubesen.

Durch seine kompakte Bauweise eignet sich das hydrosta-

tisch-angetriebene BOKIMOBIL Kommunal-Fahrzeug HY 1251S - nur 1,20 m breit und 3,69 m lang und mit Allradlenkung besonders wendig - speziell für die Pflege von Geh- und Radwegen im Winter. Aber auch schmale Altstadt-Straßen und verwinkelte Fußgängerzonen werden bequem geräumt und dank modernster Technik hervorragend gestreut.

Hervorragende Ergebnisse

Eine Alternative ist das BOKIMOBIL Typ 1151 mit Schaltgetriebe. Es bietet eine große Ladefläche und der Anbau von Winterdienst-Geräten ist ebenfalls kein Problem.

Besonders kraftvoll ist das BOKIMOBIL Kommunal-Fahrzeug HY 1351, das mit einem 92 kW/125 PS starken Diesel-Motor (schadstoffarm nach Euro 3) ausgerüstet ist. Damit betreibt das BOKIMOBIL HY 1351 unter anderem eine Schneefräse-Schleuder, die nicht nur in alpinen Regionen für ausgezeichnete Ergebnisse sorgt.

SCHMIDT Winterdienst:

Mehr als 80 Jahre Erfahrung in der Schneeräumung

Moderne und komplette Fahrzeugausrüstung für den Winterdienst gehört bei der SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH in St. Blasien zum täglichen Standard. Durch Qualität und Zuverlässigkeit haben die Fahrzeuge Weltgeltung erlangt.

Schneesleudern beispielsweise stellen eine unkomplizierte und bewährte Technologie zur Schneebeseitigung dar. Sie sind ideal für kleinere Kommunen und für Randwallräumung: So kann die Seitenschneeschleuder S3.1 den Schnee wahlweise sowohl nach links als auch nach rechts frei auswerfen oder für den Abtransport über einen Verladekamin auf einen LKW laden.

Für ihren Einsatz wird die Seitenschneeschleuder S3.1 an Trägerfahrzeuge montiert, die

mit Frontzapfwelle ausgestattet sind. Dazu gehören zum Beispiel UNIMOG, Geräteträger und Kommunalfahrzeuge.

Prefekte Lösung

Schneefräsen wiederum sind die perfekte Lösung für die Räumung von sehr hartem und vereistem Schnee: Die einstufige Schneefräse VF-Z.1 beispielsweise kann sowohl für die Frontal- als auch für die Randwallräumung eingesetzt werden. Den Räumkopf der Schnee-

MOBIWORX:

Telematik mit Pfiff

Die MOBIWORX Telematik GmbH freut sich über den bisherigen Verlauf des aktuellen Geschäftsjahres. Neben der starken Nachfrage auf das MOBIDAT Telematiksystem konnten darüber hinaus sehr interessante kundenbasierte Telematikprojekte akquiriert und durchgeführt werden.

„Unsere Geschäftsstrategie ist weiterhin sehr erfolgreich“ freut sich Jürgen Potocnik, Geschäftsführender Gesellschafter der MOBIWORX Telematik GmbH. „Nicht nur die Kunden aus dem Kommunalbereich arbeiten schon lange mit unseren Lösungen. Wir können immer mehr Kunden aus dem Transport und Speditionsbereich von unseren effektiven und pfiffigen Telematiksystemen überzeugen.“

Mehr Transparenz

Effizientes Durchführen von Straßendienstesätzen oder Ladeaufträgen geht weit über einfaches Telefonieren mit dem Fahrer hinaus. Für mehr Transparenz in den Geschäftsabläufen sorgen kundenorientierte Internetportale mit Routenplanungs- und Dispositionsfunktionalität aus dem Hause MOBIWORX. Diese Lösungen unterstützen Fahrer und Disposition im täglichen Ablauf ganz erheblich - transparent und wirtschaftlich.

Einsatz- und Auftragsdaten online ins Fahrzeug schicken, war früher nicht möglich. Transportunternehmen haben darüber hinaus die Möglichkeit, ihre Kunden und Partner in die Geschäftsabläufe mit einzubinden.

Alle Daten auf einen Blick im Internet

Der Einsatzleiter hat auf einer digitalen Straßenkarte den aktuellen Standort und den Status seiner Fahrzeuge immer im Blick. Aufträge und Touren werden ganz einfach via Webanwendung am PC geplant und danach mit allen Zusatzinformationen per Mausklick an das Fahrzeug übersendet. Um „auf Kurs“ zu bleiben, hat MOBIWORX sein Produktspektrum um ein mobiles Handgerät erweitert. Dieses Handgerät ermöglicht dem Straßenwärter Tätigkeiten außerhalb des Fahrzeuges ortsunabhängig zu erfassen.

Weitere Merkmale sind Kommunikation mit der Zentrale und die Navigation mit integriertem Kartenmaterial. Dies bedeutet für den Straßenwärter ein Höchstmaß an Komfort und Sicherheit. Aufträge können somit ohne Umwege bearbeitet werden. Die Auswertung und Datenweiterverarbeitung erfolgt in typischer MOBIWORX Manier orts- und zeitunabhängig über das Internet. In der Meiste-

rei oder Dienststelle muss keinerlei Software installiert und lizenziert werden. Außerdem ist für Dienststelle und Fahrzeug die Kommunikation vereinfacht. Und das bei besserer Informationsqualität.

Das heißt: Der Fahrer weiß genau, wann er wo was zu tun hat. Das Fahrzeug teilt dem Einsatzleiter den aktuellen Standort und Einsatzstatus mit. Subunternehmer können zeitnah ihre Tätigkeiten abrechnen. Einsatzdaten (Mäh-, Räum- u. Streukilometer) werden als digitale Karte, MS-Office Dokument, etc. auf Knopfdruck bereitgestellt.

Moderne Geschäftsabläufe in Meistereien und Behörden - das bedeutet Transparenz, Kosteneinsparung und zuverlässige Kommunikation zwischen Fahrer und Meisterei. Deshalb entscheiden sich immer mehr Kunden für Lösungen aus dem Hause MOBIWORX.

Definierte Schnittstellen machen Exporte systemunabhängig

Weiterhin gliedern sich die MOBIWORX Lösungen sehr harmonisch in die bestehende DV-Landschaft von Behörden ein. Bereits vorhandene Software oder auch SAP kann über Standardprotokolle angebunden werden. Durch eine solche Anbindung entfällt beispielsweise die manuelle Übertragung von Daten.

Sicher und zuverlässig

Die MOBIWORX Telematik GmbH mit Sitz in Raubling bei Rosenheim entwickelt, produziert und vertreibt Telematik-Systemlösungen. Ziel dieser Lösungen ist die Unterstützung und Verbesserung von Geschäftsabläufen in öffentlichen Verwaltungen, sowie Speditions- und Transportunternehmen. Die Zertifizierung u. a. nach e1 garantiert dabei höchste Sicherheit und Zuverlässigkeit. MOBIWORX gewährleistet bei seinen Telematiksystemen außerdem Zukunftssicherheit. Dafür werden die Technologien (Navigation, Kommunikation, Web) kontinuierlich auf dem neuesten Stand der Technik gehalten. Das Unternehmen bietet dem Kunden alles aus einer Hand: Beratung, Entwicklung und Produktion (auch von Sonderlösungen), Montage und Inbetriebnahme, Schulung und Nachbetreuung.

fräse VF-Z.1 bildet ein Monoblock-Frässystem, das speziell für höchste Räumleistungen entwickelt wurde. Die Frästrommeln sind durch gut zugängliche Abschereinrichtungen gegen eventuelle Beschädigungen gesichert. Angetrieben werden die Frästrommeln der Schneefräse VF-Z.1 durch die Zapfwelle des Trägerfahrzeugs, über eine Gelenkwelle und ein stark dimensioniertes Kegell-Stirnradgetriebe.

Seitenschneefräse

Zu den mit einer Zapfwelle ausgestatteten Trägerfahrzeugen, an die die Schneefräse VF-Z.1 über ein 3-Lenker-Hubsystem mit einstellbarem Oberlenker zu montieren ist, gehören zum Beispiel: UNIMOG, Geräteträger, Traktoren und Kommunalfahrzeuge.

Die Seitenschneefräse SF3-Z wiederum eignet sich ausge-

zeichnet für die Räumung von harten und vereistem Randwällen. Sie sorgt insbesondere für eine deutliche Verringerung des Aufwands bei der Räumung von Randwällen in bestimmten Umgebungen, die einen freien Auswurf des geräumten Schnees nicht zulassen, z. B. im innerstädtischen Bereich, auf Brücken oder an Lärmschutzwänden. Hier muss der Schnee auf LKW verladen und abtransportiert werden.

Mit der Seitenschneefräse SF3-Z wird der Schnee über einen Verladekamin direkt auf die LKW-Pritsche geworfen; LKW und Schneefräse sind über eine Schubeinrichtung synchronisiert. Für ihren Einsatz wird die Seitenschneefräse SF3-Z an Trägerfahrzeuge montiert, die mit Frontzapfwelle ausgestattet sind, wie zum Beispiel UNIMOG, Geräteträger und Kommunalfahrzeuge.



MOBIWORX steht für effektive Telematiksysteme.

SCHMIDT STRATOS
Bewährte Streutechnologie noch besser!

Steuerungssysteme

Die Zukunft ist schon programmiert! Steuerpulte mit unübertroffenem Bedienkomfort.

Modulbauweise

Für wirtschaftliche und individuelle Konfiguration. Hochwertiger Korrosionsschutz.

Verteilersystem

Streustoffeinsparung durch exakte Querverteilung. Maximale Feuchtsalzdurchmischung.

Modernes Design

Das Auge fährt mit. Sympathische Optik für Bediener und Umwelt.

Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH
Albitalstraße 36
D-79837 St. Blasien
Telefon 07672-412-0
Fax 07672-412-230
info@schmidt-holding.com
www.schmidt-holding.com

Erfassung Übermittlung Auswertung

Merkmale von MOBIDAT:

- ✓ Barungsfreier Dateneinsatz
- ✓ Einfache Anwendung
- ✓ Kundenorientierte Auswertungen
- ✓ Medienverarbeitung der Daten
- ✓ Erfassung direkt über Autoanlage
- ✓ Einstufige Datenübertragung via GSM
- ✓ GPRS, WLAN und Speicherkarte

Professionelles Bild von über 1000-
Anwendungsfeldern. Auswertungssoftware

Erstellen Sie verständliche Analysen
und Tourenempfehlungen auf Knopfdruck.

Telefon 0803299849.38 www.mobiworx.de

Agrar- und Kommunal-Service Reinold GmbH:

Doppelte Dienstleistung - zwischen Mähdrescher und Unimog

Die Soester Börde gehört zu den fruchtbarsten Regionen in den alten Bundesländern und dazu lässt die westfälische Landschaft mit so viel Grün in Stadt und Land eine Menge Arbeit für kommunale Dienstleister übrig. Beides betreibt Gerd Reinold mit seiner Agrar- und Kommunal-Service GmbH intensiv und bodenständig - und genau nach Plan.

Entsprechend ist sein Fuhrpark ausgestattet. Die eine Halle füllen nicht weniger als sechs Unimog (darunter ein Oldtimer) mit elf Anbaugeräten, die andere Halle zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen, beispielsweise fünf Mähdrescher, ein imposanter selbst fahrender Rübenernter und vier Traktoren. Zuckerrüben, Mais, Gerste, Raps und Weizen bestimmen den Jahreskalender des Hauses Reinold - und abseits davon das weitläufige Grün, vorrangig an Wegen und Gräben. Der Jahreskalender bringt es mit sich, dass sich bei-

Akkordarbeit wie der Ernteeinsatz, hohe Ansprüche der Auftraggeber sind aber auch hier zu erfüllen. So heißt es ab dem 15. September eines jeden Jahres alle Gräben auszumähen. Wer diese Landschaft kennt, weiß um Anzahl und Länge der Gräben entlang der Straßen und Wege und zwischen den Feldern. Zugewachsene Gräben erfüllen ihren Zweck nicht mehr, ganz im Gegenteil, es kann zu gefährlichen lokalen Überschwemmungen kommen.

Schweres Gerät ist hier gefragt. Die bekannten Ausleger-

pliziertes, gleichmäßiges Heranfahren an die Bäume. An mit vielen Bäumen gesegneten Wegstrecken lassen sich so 20 Prozent Zeit einsparen. Weniger Verschleiß im Fahrzeug und mehr Komfort für den Fahrer kommen hinzu. Für Gerd Reinold hat sich der Aufpreis für den hydrostatischen Fahrantrieb allemal bezahlt gemacht.

Wechsellenkung VarioPilot

Dass der Fahrer bei diesen Arbeiten auch die Wechsellenkung VarioPilot nutzt und das Fahrzeug von der rechten Seite aus steuert, ist ein weiteres Plus der Unimog-Geräteträger. Die Rechtslenkung wird dringend gebraucht, um die zum Teil kniffligen Mäh- und Säuberungsarbeiten in den Gräben und an den Böschungen zu überwachen. Deshalb hatten schon die beiden älteren Unimog vom Typ 1400 Rechtslenkung - allerdings fest installiert als Sonderausführung.

Daten zum Betrieb

Agrar- und Kommunal-Service Reinold GmbH
Inhaber: Gerd Reinold
59494 Soest-Ampen
Tel: 02921/60338
www.reinold-gmbh.de

Mitarbeiter: 7 Fahrzeuge und Geräte Kommunal:

3 Unimog U 400
2 Unimog U 1400
1 Unimog U 421
1 Transporter VW T4 Doka
1 Nissan Pick-up
2 Frontmäher Mulag
1 Frontmäher Dücker
1 Heckmäher Mulag
4 Saugmähgeräte Mulag
1 Astschere Dücker
1 Häcksler Mulag
1 Anhängereise Dücker

Die drei U 400 bewähren sich bei den Reinolds, den Komfort in der Kabine und bei der Bedienung haben auch die Mitarbeiter schnell schätzen gelernt. Außerdem: „Im Vergleich zum Vorgänger steht der U 400 fester bei seitlichem Geräteinsatz.“



Familienbetrieb: Gerd Reinold und Tochter Christina Reinold.



Grabenarbeiten im Duett: U 400 mit Auslegermäher UNA 600 von Dücker und Heckmäher MHU 800 von Mulag (vorn).

de Arbeitsfelder gut miteinander vertragen. In der buchstäblich heißen Erntezeit auf dem Feld sind 15-Stunden-Tage die Norm - hält sich das Grün mit dem Wachsen zurück und auch für die anderen Arbeiten hat die Natur die Abläufe weitgehend voneinander getrennt.

Die vierte Generation

Über die guten Böden der Soester Börde weiß Gerd Reinold alles, über zugewachsene Gräben und schwer zu mähen-de Böschungen entlang der Straßen oder auf den Feldern ebenfalls. Ein moderner Dienstleister als Familienbetrieb: Die vierte Generation ist bereits vertreten. Tochter Christina (23) hat das Kfz-Handwerk für Nutzfahrzeuge gelernt und macht sich derzeit fit im kaufmännischen Denken und Handeln.

Das Arbeitsleben zwischen Unimog und Mähdrescher sorgt schon ganz von selbst für Abwechslung. Zwar erfordern die Grünflächenarbeiten für Kommunen und Ämter in der Wasserwirtschaft und der Straßenunterhaltung nicht eine derartig enge

mähgeräte von Mulag und Dücker erfahren immer wieder einen harten Praxistest. Für manche Arbeiten muss ein noch größeres Kaliber ran, nämlich die Bankettfräse. Dann bildet Reinold einen regelrechten Arbeitszug für die Straße: Vom der Unimog, dahinter ein großer Tandem-Anhänger mit Kippmulde und als dritter im Bunde die Bankettfräse von Dücker. Im minimalen Tempo kriecht das Trio die Straße entlang, bis der Anhänger über die mitgeführte Schnecke gefüllt ist und das abgefärbte Grün weg gefahren wird.

Hydrostatischer Fahrantrieb

Hier kommt Gerd Reinold gern auf seine aktuellen Unimog zu sprechen. „Der Hydrostat ist das Wichtigste“. Seit der Unimog damit ausgerüstet wird, gehen die Arbeiten buchstäblich leichter voran. Die geforderte, kaum messbare Mindestgeschwindigkeit ist - speziell beim Fräsen - mühelos einzuhalten. Der Hydrostat macht den Einsatz an leicht zu mähenden Flächen schneller und erlaubt ein unkom-

Schutz und Unfallwarnung in der Baukolonne

Die Gefahr ist bekannt und beunruhigt Verantwortliche und Mitarbeiter von Straßenmeistereien und privaten Straßenbau- und -pflegebetrieben seit langem: Unkonzentrierte oder rücksichtslose Autofahrer prallen auf das letzte Fahrzeug einer Baukolonne und verursachen dabei oft schwere Unglücke. Auf den Technologietagen in Papenburg zeigte DaimlerChrysler eine Lösung für besseren Schutz der Bauarbeiter auf, gepaart mit einem schon lieferbaren Zubehör. Die Technologietage des Marktführers bei den Nutzfahrzeugen wurden nach 1999 zum zweiten Mal durchgeführt und geben einen Überblick über die Entwicklungs- und Forschungsarbeit der Marken des Konzerns.

Kern des Projektes „Baustellensicherung“ ist eine Fernsteuerung, wie sie im Prinzip von Kranarbeiten bekannt ist. Der Unimog als Absicherungsfahrzeug einer Wanderbaustelle lässt sich in der Anwendung von außen per Fernbedienung steuern über ein Bedienungseinheit. Der Unimog-Fahrer steht also abseits von Fahrzeug und Fahrbahn und ist im Falle eines Auffralls durch ein nachfolgendes Auto aus dem fließenden Verkehr nicht mehr unmittelbar betroffen.

Diese Semi-Selbstfahreinrichtung funktioniert bis zu ei-

nicht auf Hindernisse auf der Fahrbahn. In die Quere kommen darf dem langsam rollenden Unimog also niemand. Um diese Gefahr zu minimieren, sind rund um das Fahrzeug und auf der Fernbedienung Notaus-schalter platziert.

Nebeneffekte

Zwei Nebeneffekte bringt die Fernsteuerung außerdem mit sich: Der Unimog lässt sich auch vom Beifahrersitz aus steuern, zum Beispiel bei Mäharbeiten. Zwar gibt es beim Unimog bekanntlich die Variolenkung zum Steuern von der rechten Seite aus, mit der Semi-Selbstfahreinrichtung ist aber auch das Fahren und nicht nur das Lenken geregelt. Schließlich erleichtert die Technik das exakte Rangieren beim Aufnehmen von Geräten.

Warnendes Abstandsmessgerät

Wie immer beim Unimog macht die Kooperation mit den Herstellern der An- und Aufbaugeräte die Sache erst richtig rund. In diesem Falle ist es der Warnanhänger von Nissen aus dem norddeutschen Tönning. Der mit den üblichen gelben Warnleuchten ausgestattete kurze Anhänger hat ein Abstandsmessgerät, das heran naehende Autos erfasst und, erfolgt kein Verlassen der Spur, schrille Warntöne von sich gibt. Je näher das Fahrzeug der Baustelle kommt, um so schneller und lauter erklingen die Pfeiftöne. Die Straßenwärter haben eine weitaus verbesserte Chance, sich in Sicherheit zu bringen.

Forschungsprojekt

Der Warnanhänger arbeitet unabhängig vom Zugfahrzeug und zieht seine Energie aus eigenen Batterien. Dieser Anhänger ist bereits erprobt und am Markt, das Baustellenabsicherungssystem am Unimog dagegen ein Forschungsprojekt, über dessen endgültige Realisierung noch entschieden werden muss. Seine Funktionsfähigkeit hat es bereits unter Beweis gestellt, wie die Vorführung bei den Technologietagen in Papenburg gezeigt hat. Matthias Röcke



Gefahrenmoment: Der Unimog mit Warnanhänger soll die Baukolonne schützen.

Biokraftstoffe im Visier

Der Freistaat setzt verstärkt auf Bio-Kraftstoffe, um damit die Benzinkosten zu senken, die Abhängigkeit vom Mineralöl zu verringern und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Umweltminister Werner Schnappauf unterzeichnete deshalb zusammen mit seinen brasilianischen Kollegen aus Sao Paulo, Umweltminister Goldenberg und Wirtschaftsminister Meirelles, eine entsprechende Vereinbarung in der Bayerischen Staatskanzlei anlässlich des Besuchs von Gouverneur Alckmin bei Ministerpräsident Stoiber.

Die Vereinbarung über die technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien und der Klimaveränderung hat u. a. zum Ziel, Biokraftstoffe verstärkt auf dem deutschen Markt zum Einsatz zu bringen. Schnappauf: „So werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Schon heute können dem Benzin 5 Prozent Bioalkohol beigemischt werden, was zu einer Reduzierung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen

um 4 Prozent führen würde. Der Autofahrer würde Spritkosten sparen, weil Biokraftstoffe steuerbefreit sind. Die Motorleistung bleibt dabei gleich“.

In Brasilien ist die Entwicklung dem Minister zufolge noch weiter: Durch die Möglichkeit des Umschaltens im Auto kann der Fahrer per Knopfdruck entscheiden, ob er Benzin oder Biokraftstoff tanken will. Teilweise funktioniert die Kraftstofferkennung auch automatisch.

Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Florian Hahn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Peter Müller
Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlufstermine:
siehe Erscheinungsweise und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer, Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Wilhermsdorf:

Gelungene Modernisierung des „Rathauskomplexes“

Die Marktgemeinde Wilhermsdorf (Landkreis Fürth) hat zwei Tage lang ihren neu gestalteten „Rathauskomplex“ gefeiert: Mit Führungen, Musik und Kunstausstellung wurde ein Schlusstrich gezogen unter knapp fünf Jahre Einschränkungen im Umgang zwischen Bürgern und Gemeindeverwaltung.

Das Wilhermsdorfer Rathaus: Das war bis zum Jahre 2000 ein leicht graues Gebäude mit zwei Fachwerk-Erker, direkt an der Hauptstraße gelegen, der vielbefahrenen Straßenverbindung zwischen Fürth und Bad Windsheim. Heute sind die Erker verputzt und wie die gesamte Fassade hell gestrichen. Und hinter dem Gebäude an der Hauptstraße befindet sich ein innen und außen modernisiertes Ensemble aus Bürgerhaus, Flügel- sowie Neubau. Der so genannte „Rathauskomplex“ erschließt sich, wenn der Besucher den schmalen Zuweg zwischen Hauptgebäude und der früheren Metzgerei Zink durchschreitet.

Sanfter Zwang

Möglich wurde dieser Rathaus-Üm- und Neubau vor allem aus zwei Gründen: Zum Einen stellte die Regierung von Mittelfranken Ende der 90er Jahre in den Raum: Falls Wilhermsdorf sein Rathaus, wie damals erwogen, an anderer Stelle neu errichte, würde „insgesamt über die Förderung mit Geldern der Städtebaufinanzierung neu nachgedacht“. Das zwang den Gemeinderat zum Handeln. Und zum Zweiten war damals bereits abzusehen, dass der Durchgangsverkehr bald um den Ort herumgeführt wird: Die Ortsumgehung wurde denn auch tatsächlich im Sommer 2002 eröffnet.

Unbekannter Erbauer

Erst seit 1939 gehört das (jetzt „alte“) Rathaus der Gemeinde: Damals verkauften die Eheleute Ludwig und Maria Gassner das Anwesen an Ortsbürgermeister Friedrich Promm. „Mit Wohnhaus, Stadel, Stallung, Waschküche, Wagenremise, Hofraum und Wurzgarten für 16.000 Reichsmark“, weist der Kaufvertrag aus. Zuvor ging es durch

Internationaler Nürnberger Menschenrechtspreis 2005:

Auszeichnung für Tamara Chikunova

Bei einem Festakt in der Staatsoper Nürnberg ist vor 800 Gästen der Internationale Nürnberger Menschenrechtspreis 2005 an die Usbekin Tamara Chikunova verliehen worden. Die Geehrte gründete in ihrer Heimat im Jahr 2000 die Nichtregierungsorganisation „Mütter gegen Todesstrafe und Folter“. Seit ihr Sohn Dimitriy im Jahr 2000 unschuldig zum Tod verurteilt und hingerichtet wurde, kämpft sie unter hohem persönlichen Risiko und mit bewundernswertem Mut in ihrem Heimatland für die Abschaffung der Todesstrafe und der systematisch angewandten Folter. Mit der mit 15.000 Euro dotierten Auszeichnung würdigte die internationale Jury nicht nur die Arbeit Tamara Chikunovas, sondern auch das Engagement von Millionen Menschen weltweit, die sich für die Menschenrechte einsetzen.

Nürnbergers Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly wies darauf hin, dass sich Nürnberg vor dem Hintergrund seiner Geschichte als Ort der NS-Reichsparteitage, der „Nürnberger Gesetze“ und der Nürnberger Prozesse seiner besonderen Verantwortung bewusst sei.

Mut zur Zivilcourage

Wichtigstes Beispiel für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sei das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, das sich mit den Ursachen, Propagandamethoden und Folgen der totalitären Machtausübung des NS-Staats befasst. Doch die Beschäftigung mit der jüngsten Historie müsse Hand in Hand gehen mit dem Blick nach vorn. Maly: „Die

verschiedene Hände: Nicht einmal der tatsächliche Erbauer stehe fest, nur das Baujahr 1717 und die Funktion „herrschaftliches Wohn- und Verwaltungsgebäude“ seien sicher, schreibt Prof. Johannes Geisenhof, der Chefplaner des nun vollendeten Umbaus.

Mehrere Anläufe

Doch Geisenhof war nicht der Erste, der Pläne erstellte: Bereits 1964 zeichnete der Wilhermsdorfer Bauingenieur Fritz Reichel Skizzen für einen „Sitzungsraum-Trakt“. Denn schon damals fehlten Zimmer, wenn ein amtlicher Prüfer kam; Sozialräume gab es keine; auch Praktikanten fanden keinen Platz; beide Sozialamts-Schreibtische standen in einem Zimmer. Aber Reichels Ideen wurden ad acta gelegt. 1985 wurde das nachbarschaftliche „Zink-Anwesen mit Scheune, Haus, Hof und Schlachthaus gekauft“, erinnert sich Bauamtsleiter Siegfried Lutter, „speziell, um den Bauhof zu beherbergen.“

Kurz darauf gab es die zweite Planungsphase - diesmal von einer Studentin der Fachhochschule Nürnberg: Sie wollte sogar das Gewölbe unter dem Rathaus in einen „Ratskeller“ verwandeln - auch dieses Konzept verschwand im Aktenschrank.

Doch als im Jahr 2000 der Weißenburger Stadtplaner Prof. Johannes Geisenhof einen „Entwurf zur Sanierung und Erweiterung des Rathauses“ vorlegte, ging es ganz schnell. Geisenhof stellte die Historie des Rathauses in den Vordergrund und fand bei der Bezirksregierung Unterstützung: Ein Zuschuss von zwei Mio DM wurde damals aus Mitteln der Städtebauförderung in Aussicht gestellt - 40 % der Gesamtkosten von geschätzten fünf Mio DM (2,6 Mio Euro). Und der Gemeinderat beschloss „prompt

und mit großer Mehrheit“ die Maßnahme, freut sich Bürgermeister Scheuenstuhl heute noch.

Denn obwohl „die Schlussrechnung noch nicht vorliegt, werden wir im Rahmen liegen“: Scheuenstuhl schätzt, die prognostizierten Umbaukosten würden höchstens um die Preissteigerung überschritten, die Förderung fließe voll.

„Neue Sichtweisen“

Es gab Irritationen während der Bauphase, beispielsweise um die vorher freiliegenden und nun verputzten Fachwerke der Erker: „Es ergaben sich halt neue Sichtweisen“ sagt Scheuenstuhl heute nur noch über die heftigen Streitigkeiten. Die Dissonanzen waren quer durch die Gemeinderats-Frakturen zu vernehmen: Geisenhof setzte letztlich seine historische Sichtweise durch.

Büchern neuen Raum gegeben

Doch heute seien die „neuen Weiten“ des Rathauses hervorragend: Den „Ausstellungsraum und den Saal im Flügelbau“ stellt der Bürgermeister heraus; „Kantine, Besprechungszimmer, Bürgersaal - und die Gemeindebibliothek“, die wohl anfangs so nicht geplant war. Doch als im Laufe des Umbaus die Planer die Chance sahen, auch den Büchern neuen Raum zu geben, griff die Gemeinde zu.

Unfallfreier Bau

„Während der gesamten Bauzeit hat es keinen Unfall gegeben“ stellt Bauleiter Gerd Mohr heraus. Deshalb schaute er ebenso wie Planer Prof. Johannes Geisenhof sehr fröhlich drein, als die Gebäude mit einer symbolischen „Schlüsselbreze“ an Bürgermeister Harry Scheuenstuhl übergeben wurden. Der Gemeindechef zollte ob der großzügigen Förderung vor allem „der Regierung großen Dank“.

staat noch mehr zu engagieren“.

Laudatorin Nora Morales de Cortinas, argentinische Menschenrechtlerin und Mitbegründerin der Menschenrechtsorganisation „Mütter der Plaza de Mayo“, hob hervor: „Das gewaltsame Verschleppen von Menschen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das der Menschheit Verletzungen zufügt wie jedes Verbrechen, bei dem gefordert wird oder Menschen eliminiert werden.“ Der Nürnberger Preis gelte auch „der Erinnerung an die Abertausenden und Millionen Verfolgten und von der Ungerechtigkeit Gedemütigten“.

Deutliche Ermutigung

Die Preisträgerin machte schließlich deutlich, dass der Kampf um Menschenleben in Usbekistan überaus schwer sei, „da die korrupte Regierung unsere Aufrufe nicht hört“. Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen sei eine große Hilfe. Der Internationale Nürnberger Menschenrechtspreis ermutige sie in ihrer Arbeit, die sie „ungeachtet der Verleumdungen und der Missgunst“ im eigenen Land fortsetzen werde. **DK**

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Mit Geduld und Spucke fängt man eine Mücke - und manchmal bändigt man damit auch den Elefanten im Porzellanladen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, zollte im Stillen einer durchsetzungsstarken Frau Respekt.

Es gibt ja Ämter, von denen würde man nicht annehmen, dass die Frage „Sie oder Er“ die Endorphine in Wallung bringe. Dennoch geschieht es zuweilen. So beim Gartenbauverein unseres Städtchens. Jahrelang war der Vorsitz in den gleichen, ruhigen Händen. Gernot Schneider, ein umgänglicher Stadtrat, hatte in dem etwas heterogenen Verein eine relativ solide Mehrheit, die sich vor allem auf die Mitglieder stützte, die ein gemütliches Vereinsleben ohne große Aktivitäten oder Veränderungen wollten. Da war er erste Wahl, denn in der Disziplin „Auf der Stelle treten“ verfügt er über olympische Qualität.



gagement für den Gartenbau auf der Platte und schickte sogar seine Frau vor, die meinte, eine berufstätige Mutter und Stadträtin könne nicht auch noch einen Verein leiten. Doch eine knappe, aber eindeutige Mehrheit der Wähler stimmte für Claudia und bescheinigte Schneider: Flasche leer!

Der aber schäumte und sagte rundheraus, er wolle weiter Vorsitzender sein. Obwohl alle vernünftigen Vereinsfreunde ihm die Hand auf die Schulter legten und die alte Weisheit von „Mehrheit ist Mehrheit“ erläuterten, blieb er stur auf seinem Standpunkt. Er zögerte einfach die Herausgabe der Vereinsunterlagen heraus, behielt so lange es ging den Schlüssel zum Vereinsheim und berief weitere Veranstaltungen ein. Natürlich hatte er auch Paladine, die seinen angeblichen Anspruch auf die Vereinsführung lauthals unterstützten und behaupteten, nur mit ihm habe der Verein eine gute Zukunft und die Chance auf Zusammenhalt aller Mitglieder.

Claudia Elfer war also eigentlich nicht zu beneiden, aber sie hat die Situation prächtig gemeistert. Ob Schneider und Konsorten im Lokalblatt polterten, ob sie in Vereinsversammlungen stänkerten, ob Schneider in den Fluren des Stadtrats agitierte - Claudia blieb kühl überlegen, ließ sich nicht provozieren und formulierte klar ihre Vorstellungen. Nach einigen Wochen an der Vereinsspitze und vielen neuen Ideen, die sie umsetzte und dabei auch die Anhänger der Schneider-Fraktion im Verein mitnahm, war ihr Führungsanspruch unbestritten und jeder lächelte nur milde über Schneiders Poltern. Die Geschichte war über ihn hinweg gegangen.

Mein Chef, der Bürgermeister, bewunderte Claudias Führungsfähigkeit, ihr taktisches Geschick, ruhiges Agieren und ihre eisernen Nerven: Die hatten ihr den Erfolg im Verein gebracht. Auch wenn die Geschichte zeigt, dass der englische Philosoph Bertrand Russell auf dem heutigen Kalenderblatt recht hat: „Der Jammer mit der Menschheit ist, dass die Narren so selbstsicher sind.“

Wenn Show die Substanz dominiert

ten. Und Profi genug ist er, um immer in der Zeitung zu stehen, so als wäre im Verein mords was los. Diese Dominanz der Show vor der Substanz ging auch einige Zeit gut und Schneider hatte es sich so richtig gemütlich im Vereinsvorsitz eingerichtet. Ihm konnte keiner.

Aber so sicher wie auf eine verkorkste Steuerreform eine Rezession folgt, ging der Verein vor die Hunde. Kaum mehr Neumitglieder, da sich die meisten Interessierten von den verkürzten Strukturen abgeschreckt fühlten. Junge, Aktive wanderten zu anderen Vereinen ab. Und der Schatzmeister hatte Jahr für Jahr ein größeres Loch in der Kasse. Das wurde natürlich über kurz oder lang einigen vernünftigen Mitgliedern zu dumm. Diejenigen, die mal die Fenster aufmachten und frischen Wind reinlassen wollten, baten daraufhin Claudia Elfer, die Lieblingsstadträtin unseres Bürgermeisters, um eine Gegenkandidatur bei den Neuwahlen im Verein.

Schon im Vorfeld der Wahl ging es ausgesprochen munter zur Sache, denn wenn Schneider eines nicht vertragen kann, dann wenn es andere Götter neben ihm geben soll. Er bezeichnete Claudia Elfer als unfähig, hatte ein paar handfeste Lügen über ihr bisheriges En-

the
Sabrina

Fürstenfeldbruck wird Große Kreisstadt

Festakt am 11. Oktober mit Landtagspräsident Alois Glück

Anfang August hat der bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Günther Beckstein, die Rechtsverordnung zur Erklärung der Stadt Fürstenfeldbruck zur Großen Kreisstadt unterzeichnet. Diese Verordnung tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2006 in Kraft. Die Erklärung ist ein bedeutendes Ereignis, das für Fürstenfeldbruck nicht nur einen historischen Meilenstein darstellt, sondern der Stadtverwaltung auch einen enormen Zugewinn an Kompetenzen und Selbstbestimmung bringt.

Um diesen würdigen Anlass angemessen zu begehen, veranstaltet die Stadt für rund 500 geladene Gäste aus Wirtschaft, Verwaltung und öffentlichem Leben einen Festakt im Stadtsaal des Veranstaltungsforums Fürstenfeld. Die Feierlichkeiten finden am 11. Oktober 2005 statt.

Rahmenprogramm

Als Festredner konnte Landtagspräsident Alois Glück gewonnen werden. Außerdem überbringen Herr Regierungspräsident Christoph Hillenbrand und Herr Landrat Thomas Karmanin Grußworte und Glückwünsche. Für ein unterhaltsames musikalisches Rahmenprogramm sorgen die Stadtkapelle Fürstenfeldbruck und das Jugend Jazz Streich Orchester Fürstenfeldbruck.

Neue Aufgaben

Mit der Erklärung zur Großen Kreisstadt ab dem nächsten Jahr ändert sich für die Stadtverwaltung einiges: Zahlreiche neue Aufgaben vor allem in den Bereichen Gewerbe- und Gaststättenrecht, Bauaufsicht, Wasserrecht, sozialer Wohnungsbau und Verkehrsrecht werden hinzukommen. So wird die Behörde

de am Rathaus ein moderner Erweiterungsbau errichtet, der seit Kurzem in Betrieb ist.

Zentraler Bestandteil ist ein Infotresen, an dem man sich unkompliziert und bequem Rat bei der Orientierung in der Verwaltung einholen kann. Außerdem zeichnet sich der Rathausneubau durch hellere, freundlichere und geräumigere Büros sowie durch behindertengerechte Einrichtungen aus. Alles in allem zeigt sich also die Stadtverwaltung bestens gerüstet für das bevorstehende große Ereignis und die neuen Herausforderungen. **DK**

„Neues Herz“ für Untermeitingen

Das Lob der Festgäste war einhellig: Bei der neugestalteten Mehrzweckhalle in Untermeitingen (Landkreis Augsburg), die fast einem Neubau gleichkommt, ist jeder Euro gut angelegt. Die Sanierung der „Imhofhalle“ belief sich auf rund 6,2 Millionen Euro.

„Von der alten Mehrzweckhalle blieben am Ende nur die Grundmauern übrig“, berichtete beim Festakt Untermeitingens Bürgermeister Georg Klaußner. Die Halle mit Hallenbad sei zwar teuer, aber sie könne sich sehen lassen. Vize-Landrat Max Strehle etwa gratulierte der Gemeinde zu ihrem Mut und ihrer Weitsicht, in finanziell schwierigen Zeiten ein solches Projekt durchzuführen. Zweifellos habe Untermeitingen mit der Halle „ein neues Herz“ bekommen.

Die „Imhofhalle“, die von Schulen, Vereinen und Bürgern genutzt werden kann, wurde in fast drei Jahren Bauzeit erstellt. Dass aus dem neuen Gebäude

insbesondere die Schüler ihren Nutzen ziehen, betonten Schulamtsdirektor Wilhelm Klostermair von der Regierung von Schwaben und Rudolf Kreuzer, Rektor der Grundschule Untermeitingen in ihren Grußworten. Architekt Christian Bosse (Schwabmünchen) erläuterte, dass die neue Halle neben den Schulen auch für den Sport und von den Vereinen multifunktional genutzt werden kann.

Über eine Million Euro bezuschusste der Freistaat für das Projekt. Darüber hinaus beteiligten sich die Vereine für die Sonderausstattung ihrer Räumlichkeiten mit nicht unerheblichen Beträgen. **DK**

Kommunalpolitische Vereinigung Niederbayern:

Vorsitzender Franz Schwarz einstimmig bestätigt

Für weitere zwei Jahre wurde in Plattling der Aldersbacher Bürgermeister Franz Schwarz als KPV-Bezirksvorsitzender der CSU Niederbayern einstimmig im Amt bestätigt. Als drei weitere Stellvertreter wurden ebenfalls einstimmig Bürgermeister August Witzenzeller (Kollnburg), Bürgermeister Manfred Kaschl (Gerzen) und Altbürgermeister Josef Grabmeier (Grainet) wiedergewählt. Mitglieder des Hauptausschusses der Landesversammlung sind Heinrich Lenz, Franz Kiermaier und Lambert Huber.

Kritik wurde vonseiten der Delegierten vor allem wegen der erst kürzlich beschlossenen Streichung der Zuschüsse durch das Umweltministerium bei den Gewässern III. Ordnung laut. Es könne doch nicht angehen, so Bezirksvorsitzender Schwarz, dass man für viel Geld Gewässerentwicklungspläne in den jeweiligen Regionen anfertigen lässt, mit dem Versprechen, künftig die Mittel von 15 auf 30 Prozent zu erhöhen und jetzt der Zuschuss komplett gestrichen wird.

Richtlinien erweitern

Die Richtlinien für die Zuwendung von Kleinkläranlagen (RZKKÄ) zu erweitern, damit die Förderpauschale für Kleinkläranlagen alternativ auch für den Bau privater Anschlusskanäle gewährt werden kann, war ein weiterer Appell an das Umweltministerium. Fakt sei, so die Delegierten, dass es eine Reihe von Bürgern gebe, die aufgrund der Entfernung oder

sonstiger Umstände nicht von der jeweiligen Kommune an die öffentliche Entwässerung angeschlossen werden können und auf den Bau einer Kleinkläranlage angewiesen sind. Trotzdem seien einige Bürger bereit, die Anschlussleitung an die öffentliche Entwässerung selbst zu bauen und zu finanzieren. Nach Schwarz' Ansicht wäre es deswegen recht und billig, diesem Klientel den gleichen Zuschuss zu geben wie es bei den Kleinkläranlagen der Fall ist, „denn von den Einleitern sind ja auch noch die anfallenden Herstellungsbeiträge an die Gemeinde zu entrichten“.

In einem Antwortschreiben von Umweltminister Dr. Werner Schnappauf auf eine schriftliche Anfrage der Stadt Vilshofen sei zwar eine Prüfung durch die Ministerien und der Kommunalen Spitzenverbände zugesichert, zugleich aber auf die derzeit knappen, im Haushalt berücksichtigten Fördermittel verwiesen worden.

Die anwesenden Vertreter aus dem Bayerischen Wald machten ihrerseits vor allem deutlich, dass die Streichung der Winterdienstpauschale und die allgemeine Kürzung der Straßunterhaltskosten bei weitem nicht für den anfallenden Winterdienst ausreichen. Kritik gab es auch in punkto Bagatellgrenzen, die in vielen Förderbereichen bei FAG-Mitteln Anwendung finden. So kann beispielsweise beim Straßenausbau nur ein Bereich gefördert werden, der bei der Kostenermittlung die 100.000 Euro-Grenze überschreitet. Es ist nicht möglich, zwei Straßenteilstücke zusammenzufassen, um die Kostengrenze zu erreichen.

Verteilungssymmetrie

Finanzstaatssekretär Franz Meyer stellte als Gastredner die uneingeschränkte Unterstützung der Staatsregierung für die Kommunen heraus. Obwohl die Kommunen im Zeitraum von 1997 bis 2004 rund 8 Prozentpunkte mehr Zuwachs an Steuereinnahmen verbuchen konnten als der Freistaat, seien die bereinigten Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs von 1998 bis 2005 um fast 3 Prozentpunkte mehr gestiegen als der Staatshaushalt. Meyer: „Wir haben also in schwierigster Zeit die Verteilungssymmetrie nicht zu Lasten der Kommunen, sondern zu ihren Gunsten und damit zu Lasten des Staatshaushalts verschoben.“

Seiner Verpflichtung, den Kommunen eine finanzielle Mindestausstattung in dem Um-

fang zu gewährleisten, dass diese ihre Funktion erfüllen können und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit erhalten bleibt, komme der Freistaat umfassend nach.

Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund sei von 11,54 auf 11,60 Prozent erhöht worden. Die Schlüsselzuweisungen 2005 stiegen im maßgeblichen Zeitraum um 39,1 Mio. Euro auf insgesamt 2098,1 Mio. Euro. Ein Zeichen der Kommunalfreundlichkeit stelle auch die Übernahme der Solidarumlage durch den Freistaat dar. Sie werde ab 2006 zu 20 Prozent, ab 2007 zu 50 Prozent und ab 2008 zu 100 Prozent vom Freistaat getragen. Auch die Aufstockung der Mittel für den Sozialhilfeausgleich an die Bezirke von 2003 von 300 auf jetzt 600 Millionen sei eine große Leistung der Staatsregierung, betonte Meyer.

Vorgaben prüfen

Als eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre bezeichnete es der Staatssekretär, bei den notwendigen Einsparungen im Sozialbereich eine sachgerechte Differenzierung zu finden, denn: „Die schneller als die Wirtschaftsleistung wachsenden Sozialkosten, vor allem die Sozialhilfe bei den Bezirken und die Jugendhilfe auf Kreisebene, zehren die Finanzpotenziale der Kommunen wieder auf. Aber auch Staat und Bund können diese Zuwächse nicht schultern, da sie ebenfalls mit anderen Aufgaben längst an ihre finanziellen Grenzen stoßen und wir um der nächsten Generationen willen diese Lasten nicht in Form von Schulden in die Zukunft verschieben dürfen.“ Daher müssten alle einschlägigen landes- und bundesrechtlichen Vorgaben auf den Prüfstand. Richtschnur müsse dabei sein, das Subsidiaritätsprinzip zu stärken. **DK**



V. l.: Altbürgermeister Josef Grabmeier, Staatssekretär Franz Meyer, Bezirksvorsitzender Franz Schwarz sowie der Bürgermeister Manfred Kaschl und August Witzenzeller.

Fränkisches Seenland:

Tourismusverband unter neuer Führung

Gunzenhausen (wefa) - Auf neue Beine gestellt wird die Tourismusorganisation im Fränkischen Seenland. Künftig wird der neue Geschäftsführer Hubert Henselmann (36) das Land an Altmühl-, Brombach- und Rothsee vermarkten. Er hat am 1. September die Nachfolge von Horst Bieswanger angetreten, der nach 26 Jahren in den Ruhestand geht.

Eines steht heute schon fest: die zentrale Zimmervermittlung wird es künftig nicht mehr unter dem Dach des Verbands geben. Dafür sind die Mitgliedsgemeinden bzw. die neu zu gründende „Tourist-Information Altmühl- und Brombachsee“ zuständig.

Ausgelöst hatte die Veränderung der Strukturen der Beschluss des Kreistags Weißenburg-Gunzenhausen, wonach das seit 1965 bestehende Kreisverkehrsamt zum 1. Januar 2006 aufgelöst wird. Die finanziell klamme Gebietskörperschaft will damit jährlich rund 130.000 Euro einsparen. Der Landkreis Roth indes wird sein Kreisverkehrsamt behalten und die Zimmervermittlung weiterführen. Neun Gemeinden aus

dem südlichen Landkreis Ansbach und die Kommunen aus dem Kreis Weißenburg-Gunzenhausen bauen für die Zimmervermittlung und Gästebetreuung eine neue Organisationsstruktur auf.

Auf dem Tisch liegt das Angebot der Stadt Gunzenhausen, im Haus des Tourismusverbands am Hafnermarkt in Gunzenhausen eine „Tourist-Information“ einzurichten, an der sich auch andere Landkreisgemeinden „gegen ein moderates Entgelt“, so Bürgermeister Gerhard Trautner, beteiligen könnten. Bis zum Jahresende soll die neue Organisation stehen, jedoch halten sich die Gemeinden bisher noch auffällig im Äußerungen zurück. **KS**

Vorschau auf GZ 20

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 20, die am 20. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodele für öffentliche Aufgaben
- Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- Umweltschutz
- Abfall und Recycling

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-895160
Telefax 07151-895166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung

BECK

- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Strasse 31/1 - 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 - Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher
Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160
Fax 07151-995166

Beutelsbacher
Fahnenwelt
info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen



Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH • 97078 Würzburg
09 31/29903-0 • Fax 09 31/29903-15
e-Mail: funeralia@t-online.de • www.funeralia.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende



Kommunale Software

ad KOMM
IT-Lösungen

Innovative Technologien für Ihr
kommunales Informationsmanagement

Stadtweg 14 • 85134 Stammham
Tel.: 0 84 06/92 85 210 - Fax: 0 84 06/92 85 310
Poststelle@adKOMM.de

www.mehr-als-verwalten.de

Papierkörbe



der
Umwelt
zuliebe

Düngstuper Straße 46 • 27790 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 4431/738323 • Telefax: +49 (0) 4431/738324
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschuttsysteme

Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger
Fax: {02773} 82218 • Telefon: {02773} 82256 + 82263

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

KOMPAN
Unique Playgrounds

KOMPAN GmbH
Bühlensstraße 11 • 24941 Rinsberg
Tel.: +49 461 77906-0 • Fax: +49 461 77906-55
E-Mail: info@kmpn.com • www.kmpn.com

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner

Kommunal- und
Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co.

Bgm.-Kneil-Strasse 26 • D-92245 Kimmensbruck/Amberg
Tel.: +49 (0) 9621/7885-0 • Fax: +49 (0) 9621/7885-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen
ORION
www.orion-bausysteme.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT

HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 • Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration
+ werbung



vertragshandel für
Jelitto Star

weihnachtsbeleuchtung
+ fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 09 11/69 39 65
telefax 09 11/69 59 63
email: deko-jochum@t-online.de
internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst • Schneeräum- geräte • Streumaschinen

SCHMIDT

SCHMIDT Winterdienst- u.
Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 412252